

## I. AKADEMISCHER ANTIMARXISMUS

### 1. Marxismus als fanatische Predigt im Gebäude der Wissenschaft

Das Drohbild von einer gefährdeten Freiheit des „bürgerlichen“ Wissenschaftlers, der durch kommunistische Einschüchterung oder Unterwanderung der Hochschulgremien in seinem unmittelbarsten Berufsfeld bedrängt werde, zählt zu den Ursprungsmotiven der politischen Mobilisierung westdeutscher Historiker, Philosophen und Sozialwissenschaftler gegen marxistische oder radikaldemokratische Hochschullehrer und Studenten. Einer der exponiertesten und am wenigsten typischen Fachvertreter in diesem Konflikt war 1969 der Neuzeithistoriker Ernst Nolte.

Ernst Hermann Nolte wurde 1923 als Sohn eines katholischen Volksschulrektors in Witten an der Ruhr geboren.<sup>1</sup> Er legte 1941 sein Abitur ab und studierte Deutsch, Griechisch und Philosophie an den Universitäten Münster, Berlin und Freiburg, dort unter anderem bei Martin Heidegger. Noch 1945 absolvierte er ein Notexamen, konnte aber den Wunsch der Promotion bei Heidegger nicht mehr verwirklichen.<sup>2</sup> Dieser hatte aufgrund seines nationalsozialistisch geführten Freiburger Universitätsrektorats von 1933 bis 1934 und als NSDAP-Mitglied (1933-1945) nach einem Entnazifizierungsverfahren Lehrverbot bis 1949. Heidegger nahm nur für das Wintersemester 1950/51 seine ordentliche Lehrtätigkeit in Freiburg wieder auf, emeritierte und betreute keine Doktoranden mehr. Ernst Nolte wurde Gymnasiallehrer für alte Sprachen und Deutsch. Ab 1950 studierte er erneut in Freiburg und promovierte 1952 bei Eugen Fink mit der Arbeit „Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen

---

<sup>1</sup> Alle biographischen Angaben nach: Ernst Nolte. In: Munzinger/Internationales Biographisches Archiv 39/1996.

<sup>2</sup> So die Darstellung bei Volker Kronenberg: Ernst Nolte und das totalitäre Zeitalter. Versuch einer Verständigung. Bonn 1999, S. 70.

Idealismus und bei Marx“.<sup>3</sup> Bis 1965 blieb Nolte im Schuldienst, doch schon 1963 veröffentlichte er die für seine wissenschaftliche Karriere grundlegende Studie „Der Faschismus in seiner Epoche“.

In dieser Parallelbetrachtung der nationalistisch-autoritären, klerikalen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Bewegungen in Frankreich, Italien und Deutschland legte Nolte das Schwergewicht auf die Darstellung der faschistischen Ideologien in ihrer Genese seit der Französischen Revolution. Insbesondere ging es ihm darum, die Stimmen der faschistischen Autoren und politischen Führer sprechen zu lassen. Er nahm an, über den Originalton der Propaganda den Wesensgehalt des „Phänomens“ zu Gehör bringen zu können. So sei der Faschismus eine antimoderne und gegenrevolutionäre Bewegung, vor allem ein „Antimarxismus“, der den kommunistischen Feind „im Rahmen nationaler Selbstbehauptung“ mit dessen eigenen totalitären Mitteln zu vernichten trachte.<sup>4</sup> Nolte unternahm den Versuch einer Rekonstruktion des Untersuchungsgegenstandes nach Maßgabe der „Ideale“, welche die Anhänger der faschistischen Ideologie eine. Mit der „Konstruktion“ ging es ihm auch darum, die Unverbundenheit der Ideologiefragmente zu überbrücken, den einheitlichen geistigen Kulminationspunkt zu finden, die aus den Quellen in primitiver Brutalität entgegretende faschistische Propaganda auf die literarisch niveauvolleren Vorläufer „des großen Stromes gegenrevolutionären Denkens“ zu beziehen. In besonderer Weise hatte er vor Augen, den Stellenwert des Antisemitismus bei Hitler, „Kern seiner Gedanken- und Gefühlswelt“, zu begründen und als Antibolschewismus auszuweisen: dem fanatischen Glauben an eine schon im Alten Testament belegbare Identität des Judentums mit dem „marxistischen Bolschewismus“.<sup>5</sup>

Das Werk fand großen Zuspruch, auch bei Hans-Ulrich Wehler, der mit seinen Untersuchungen des Bismarckschen Imperialismus als Assistent Theodor Schieders in Köln einen sozialwissenschaftlichen Ansatz zum Verständnis deutscher Geschichte verfolgte<sup>6</sup> und Noltens Buch dem soziologischen Fachpublikum empfahl: Man habe es mit dem „bedeutendsten Werk“ zu tun, „das der deutschen Geschichtsschreibung

---

<sup>3</sup> Ernst Nolte: Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx. Unveröffentl. Diss. Manuskript, Freiburg i.Br. 1952.

<sup>4</sup> Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française – Italienischer Faschismus – Nationalsozialismus (1963). München 2000, S. 23ff. (51).

<sup>5</sup> Dazu schon: Ernst Nolte: Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus. In: HZ 192 (1961), S. 584-606 (584f., 590).

<sup>6</sup> Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Bismarck und der Imperialismus. Köln 1969.

seit mehr als zwei Jahrzehnten zugewachsen ist.“<sup>7</sup> Worauf stützte sich diese begeisterte Aufnahme? Wehler glaubte, dass Nolte die Trennungen zwischen Philosophie und Geschichtswissenschaft aufgehoben habe, dass er das „verfeinerte Instrumentarium des Historismus“ – das deutende Verstehen – mit einer „kraftvollen Typisierung“ in der Linie Max Webers verbinde.<sup>8</sup> Wehler würdigte sowohl die „stilistische Brillanz“ Noltes als auch die Fülle der historischen Darstellung, so etwa die des rassistisch unterbauten Eroberungskrieges im Osten, die Wehler als Erklärung der Vertreibung der Deutschen hervorhob<sup>9</sup>, entscheidend für sein Urteil aber war die Frage der Methode. Noltes Selbstauskunft, er folge einer historischen Phänomenologie als dem Verständnis des Gegenstands wie er sich von sich aus darstellt, wollte Wehler nicht einleuchten. Er nahm es nicht ernst.<sup>10</sup> Vielmehr schrieb er Noltes Arbeit „die Versöhnung mit dem Denken von Marx“ zu. An „Perspektiven“, folgerte er, denen die von ihm selbst bevorzugten „sozialhistorischen Untersuchungen folgen könnten, gibt es in Noltes Werk eine wahre Überfülle.“<sup>11</sup> Ein anderer Rezensent, Helmut Kuhn, Professor für Philosophie, Rektor der Münchner Hochschule für Politische Wissenschaften und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Politik“, bekannte sich ebenfalls dazu, „ein Bewunderer des Buches“ zu sein, allerdings einer, „der dessen Prinzipien gegenüber ernste Zweifel empfindet.“ Nolte näherte sich der „kommunistischen Terminologie, jedoch ohne deren marxistische Prämissen zu übernehmen.“<sup>12</sup> Kuhn wusste, dass Noltes Lehrer Martin Heidegger war, und lenkte die Aufmerksamkeit auf dessen radikalisierten Begriff einer „Transzendenz“ ohne Gott. Er kritisierte Noltes „transpolitische“ Bestimmung des NS-Regimes mit Hilfe Heideggerischer Kategorien. „Eine Art Schreibkrampf“ überfalle Nolte, „sobald er die Feder ansetzt, um den Nationalismus zu beschreiben“, und er könne „den Nationalsozialismus nicht sein lassen, was er gewesen ist. Er stilisiert ihn unter dem Diktat fragwürdiger Begriffe.“<sup>13</sup> Nolte verdunkle die Frage nach der Verantwortung. „Der Nationalsozialismus wie ihn N. beschreibt ist nicht böse.“<sup>14</sup> Nolte messe ihm vielmehr „Größe“ zu im Widerstand gegen den Fortschritt. „Zwischen dem existentiellen Pa-

<sup>7</sup> Hans-Ulrich Wehler: Soziologie des Totalitarismus. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 16 (1964), S. 160-168 (160).

<sup>8</sup> Ebd., S. 161.

<sup>9</sup> Vgl. ebd., S. 164.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 161.

<sup>11</sup> Ebd., S. 166.

<sup>12</sup> Helmut Kuhn: Rez. Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. In: Zeitschrift für Politik 12 (neue Folge) (1965), S. 299-303 (299).

<sup>13</sup> Ebd., S. 301.

<sup>14</sup> Ebd.

thos von *Sein und Zeit* – der ‚angstbereiten Entschlossenheit‘ und der ‚Freiheit zum Tode‘ – und dem fanatischen Kampfgeist der nationalsozialistischen Stoßtrupps bestand eine echte Verwandtschaft“, so Kuhn, „und Heidegger war nicht völlig verblendet, als er für die Zeit einer kurzlebigen Illusion die Uniform des SA-Mannes anlegte.“ Die von Nolte zur Charakterisierung und Verurteilung des Nationalsozialismus verwendeten Begriffe seien „im Grunde identisch mit den Begriffen der existentialistischen Apologeten des Nationalsozialismus von einst. Zwischen diesen und jenen liegt trennend nur ein Ereignis, die Katastrophe von 1945, aber kein Umlernen, das die Prinzipien beträfe.“<sup>15</sup> Doch diese fundamentale Kritik setzte sich nicht durch. Wehlers hohes Lob für Nolte war weit mehr im Einklang mit dem Bild, das der aufstrebende linksliberale Teil der akademischen Szene sich von dem genialen Außenseiter machte. Auf Vorschlag Schieders wurde Ernst Nolte mit seiner Faschismus-Studie von der Kölner Universität 1964 habilitiert und lehrte dort zunächst als Privatdozent. Ein Jahr darauf erhielt er den Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Universität Marburg.

Kein anderer unter den westdeutschen Historikern schien wie Nolte durch seine Beschäftigung mit Karl Marx und seine intensive, jahrelange Erforschung der Genese des Faschismus auf die praktische Auseinandersetzung mit dem marxistischen Antifaschismus vorbereitet, der im Zuge der Hochschulreformen und der Studentenbewegung an Einfluss gewann. Als kritische Studenten in den 60er Jahren zunächst in Tübingen durchsetzten, dass die Verstrickung der deutschen Universität in den Nationalsozialismus Gegenstand öffentlicher Diskussion wurde, setzte sich auch Nolte mit dem Problem auseinander. Er rezensierte die Vortragsreihen und Ringvorlesungen der Jahre 1964 bis 1966 an den Universitäten Tübingen und München sowie an der Freien Universität Berlin. Dabei bemerkte er als „merkwürdigste Gemeinsamkeit“ der Veranstaltungen, „daß sie alle auf Initiative der Studentenschaft zustande gekommen“ seien, was man, so Nolte weiter, „mit positiver Wendung als die erste autonome und distanzierte Auseinandersetzung der Deutschen mit der nationalsozialistischen Epoche bezeichnen könnte.“ Jedoch bringe „der gleichwohl vorhandene aktuelle Bezug zu bestimmten Reformbestrebungen der Öffentlichkeit und der Studentenschaft“ die Gefahr mit sich, „dass die Ausführungen der Professoren entweder auf eine apologetische oder auf eine opportunistische Linie gedrängt werden.“<sup>16</sup> Bei

---

<sup>15</sup> Ebd., S. 303.

<sup>16</sup> Ernst Nolte: Die deutsche Universität und der Nationalsozialismus. In: NPL 12 (1967), S. 236-239 (236). Nolte bezog sich auf die Veröffentlichungen: Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus.

seiner Durchsicht der Redner unterschied Nolte eine „universalhistorisch-konservative“ Interpretation, die den Nationalsozialismus als Ergebnis des antireligiösen Modernisierungsprozesses einordnete, und eine „soziologisch-progressistische“, die er vor allem Wolfgang Abendroth zuschrieb. Abendroth mache das „Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universitäten aus, den Rückzug in den elfenbeinernen Turm einer angeblich überpolitischen ‚Kultur‘, der doch nichts als die Folge eines politischen Versagens und der Ausdruck einer politischen Stellungnahme ist: die Bejahung der einst bekämpften feudal-imperialistischen Struktur der deutschen Gesellschaft und des eigenen unkritischen Selbstbehagens innerhalb ihrer“.<sup>17</sup> Während universitätskritischen Beobachtern an der Sprache der Ringvorlesungen auffiel, dass einerseits hilflose „Phrasen“ der Erschütterung den Platz analytischer Begriffe „okkupierten“, andererseits die „mimetisch verstehende Diktion“ der Historiker beim Versuch der Ursachenerklärung sogar „rhetorische Anleihe beim Faschismus“ machte<sup>18</sup>, glaubte Nolte an einen Erfolg der Unternehmung. „Was aus der Gesamtheit der Beiträge mit einer Evidenz zu Tage tritt, welche die Beweiskraft der einzelnen Vorträge weit übertrifft“, schrieb er, „ist ein *Faktum*: daß nämlich der Nationalsozialismus unmöglich als ein unglücklicher Zufall verstanden werden kann, sondern daß er tiefe Wurzeln in allen Fächern und Fakultäten und manchmal gerade in ihren modernsten Tendenzen hatte.“ Die Frage, ob es der Universität damit gelungen sei, mit sich selbst ins Reine zu kommen, sei aber falsch gestellt. „Gerade die Vielfältigkeit und die partielle Widersprüchlichkeit der Vorträge, gerade das an vielen Stellen unverkennbare Bemühen, auch dem Gegner gerecht zu werden“, so Noltens Fazit, „ist ein überzeugender Beweis dafür, daß die deutsche Universität in der Bundesrepublik zu ihrem überlieferten Wesen zurückgekehrt ist.“<sup>19</sup> Dass sich eine solche Rückkehr ereignet habe, glaubten auch Vertreter der neuen Linken, die in der „Theoriefeindschaft“, dem Mangel an „sozio-ökonomischer“ Analyse des Kapitalismus und dem „Antisozialismus“ der Professoren die altneue, dem Faschismus affine Verfehlung kritisierten.<sup>20</sup> Doch für Nolte war diese Restauration nur positiv. Wie sehr er das „überlieferte Wesen“ der deutschen Universität schätzte, wurde aus seinem eigenen

---

Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Tübingen 1965, Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. München 1966 sowie Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Veröffentlichungen der Freien Universität Berlin. Berlin 1966.

<sup>17</sup> Nolte: Universität und Nationalsozialismus, S. 237f.

<sup>18</sup> Vgl. Wolfgang Fritz Haug: Der hilflose Antifaschismus. Zur Kritik der Vorlesungsreihen über Wissenschaft und NS an deutschen Universitäten (1967). Frankfurt a.M. (2)1968, S. 17, 20f.

<sup>19</sup> Nolte: Universität und Nationalsozialismus, S. 239.

Beitrag zur „Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich“ deutlich. Hatte er in den Ringvorlesungen insgesamt noch den Nachweis für die tiefe Verwurzelung des Nationalsozialismus in der deutschen Universität für erbracht gehalten, so ging er hier nun im Gegenteil davon aus, dass die „Ursprünge des Nationalsozialismus“ keineswegs „in der Universität oder nur in ihrer Nähe zu finden“ seien. Erst die „Studentenschaft als Motor der nationalsozialistischen Hochschulrevolution“ habe das geändert.<sup>21</sup> Die überlieferte deutsche Universität identifizierte Nolte mit der philosophischen „Bewegung des Deutschen Idealismus“, die „um den Begriff der menschlichen (oder doch im Menschen sich vollziehenden) Selbsttätigkeit und Freiheit zentriert“ sei. Von „Anfang bis zu Ende“ sei der Idealismus politisch gewesen. „Aber diese Politik ist von nichts weiter entfernt als von einer ‚reinen‘ Politik, die sich als Kunstlehre von der rücksichtslosen Selbstbehauptung eines zufälligen Staatsgebildes versteht“, schrieb er. Die Universität sei die „unbestechliche Instanz“ gewesen, „die den Staat an seine allgemeine und sittliche Natur erinnert, d.h. an seine Bezogenheit auf das Menschengeschick im ganzen.“<sup>22</sup> Auch durch den „preußisch-kleindeutschen Nationalismus“ sei das nicht verneint worden.<sup>23</sup> Das Eindringen von überzeugten nationalsozialistischen Professoren stellte Nolte als späte Ausnahme dar. Bei den älteren und bei der „Mittelgruppe der ‚reinen Wissenschaftler‘“ sah er vor allem opportunistische Motive walten.<sup>24</sup> Nolte wich der Frage ausdrücklich nicht aus, wie sich sein Lehrer Martin Heidegger verhalten habe. Heidegger zeige in dem, „was man die ‚Demütigung des idealistischen Geistes‘, d.h. seine Verzeitlichung nennen kann“, in den „Analysen der Angst und der Temporalität“, im „Begriff des ‚geschichtlichen Volkes‘“ eine Nähe zur NS-Philosophie. Er sei aber dem „Blut- und Rassendenken aufs schärfste entgegengesetzt“ gewesen und habe sich nach dem Freiburger Rektorat, das keinen „Fehler des Denkens, sondern einen Irrtum der konkreten Urteilskraft in sich schließt“, von der „nationalsozialistischen Realität“ zurückgezogen. Heidegger dürfe als „Paradigma“ gelten „für die Ursachen der großen Hoffnungen und die Gründe der tiefen Enttäuschungen, die in ihrem Ineinander des Verhältnis eines großen Teils der deutschen Hochschullehrer zum Nati-

---

<sup>20</sup> Haug: Der hilflose Antifaschismus, S. 22, 48ff., 136.

<sup>21</sup> Ernst Nolte: Zur Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer im Dritten Reich. In: APuZ B46/1965, S. 3-14 (4f.).

<sup>22</sup> Ebd., S. 6.

<sup>23</sup> Ebd., S. 7.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 9ff.

onalsozialismus so ambivalent und zwielichtig machen.“<sup>25</sup> Nolte resümierte: „Bestürzend zu sehen ist die eigentümliche Wehrlosigkeit gerade seiner Gegner unter den Hochschullehrern, die häufig nicht klar sahen oder mindestens nicht genügend realisierten, daß der nationalsozialistische Begriff des ‚Judentums‘ sich letzten Endes gegen den Kern der Wissenschaft selbst, daß der Begriff der ‚Rasse‘ sich gegen die Nation und ihre internationalen Entfaltungsmöglichkeiten richtete.“ Aber, so Nolte weiter, „diese Wehrlosigkeit war keine bloße persönliche Schwäche, sondern das Resultat einer überaus komplizierten historischen Entwicklung.“ Daher habe er kein „Bild eines historischen Versagens“ gezeichnet, über das irgendetwas, „gar ein Unerprobter“, sich geringschätzig erheben dürfe.<sup>26</sup>

Ernst Nolte war in den 60er Jahren ein für die politischen Dimensionen seines Faches und für die sozialen Voraussetzungen seines Berufes höchst sensibilisierter Historiker. Auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung im Sommer 1968 schrieb er in einem Band zur Frage der Demokratisierung der Universitäten: „Ich bin in meiner Person – vielleicht mehr als irgendein anderer Mensch in Deutschland – ein lebendiger Beweis dafür, daß die Hochschulreform längst vor der gegenwärtigen Agitation begonnen hatte.“ Er sei 1960 ein Studienrat gewesen, „der noch nie eine Zeile veröffentlicht hatte: vier Jahre später berief mich die Universität Marburg auf einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte. Das wäre ein Menschenalter früher oder auch nur ein Dutzend Jahre zuvor so gut wie undenkbar gewesen.“ Er fühle sich daher verpflichtet, die deutsche Universität zu verteidigen. Sie sei durch Berufungen wie die seine inhomogen geworden, der „wichtigste Grund“ für ihre „eigenartige Schwäche“ und ihren „auffallenden Mangel an Selbstgewißheit“.<sup>27</sup>

---

<sup>25</sup> Ebd., S. 11.

<sup>26</sup> Ebd., S. 14. Nahezu alle von Wolfgang Fritz Haug angeführten „Motive und Stereotype der Apologie“, vgl. Haug: Der hilflose Antifaschismus, S. 82ff., vom Widerstand gegen die Behandlung des Themas, über den Vorwurf an die Studenten, die NS-Zeit nicht selbst erlebt zu haben, oder die Behauptung, der Nationalsozialismus sei von außen in eine integere Universität eingedrungen, bis hin zum Festhalten der Vorstellung, die „reine Wissenschaft“ sei das bestmögliche Widerstehen gegen den „politisierenden“ Nationalsozialismus gewesen, treffen auf Nolte zu, der seinerseits eine Kritik wie diejenige des „hilflosen Antifaschismus“ als unwissenschaftlich und politisch abwies. Dass bei Haug, der auch Noltes Beitrag zur „Typologie des Verhaltens der Hochschullehrer“ in seine Analyse mit einbezog, dennoch eine deutliche Zurückhaltung gegenüber Nolte und sogar zustimmende Bezugnahmen wie das leitmotivisch verwendete, aber unvollständig angeführte Zitat Noltes auf dem Vorblatt („Bestürzend zu sehen ist die eigentümliche Wehrlosigkeit gerade seiner Gegner unter den Hochschullehrern ...“) zu erkennen sind, verweist auf das offenbare Missverständnis, der Faschismushistoriker gehöre doch gewissermaßen dem eigenen kritischen Denken an.

<sup>27</sup> Ernst Nolte: Sinn und Widersinn der Demokratisierung in der Universität. Freiburg 1968, S. 9f.

„Aber gerade deshalb kann ich den Einbruch der Politik in die Universitäten – das heißt die Anziehungskraft und die Auswirkung der neuen Fächer Politologie und Soziologie mit ihren vorwiegend marxistischen Implikationen – nicht gleichsam von innen oder von oben hinab zurückweisen und bekämpfen. Wer als Philosoph um 1950 eine Dissertation über Marx verfaßte und als Altphilologe um 1960 den ‚Faschismus in seiner Epoche‘ schrieb, verkörpert diese Anziehungskraft vielleicht mehr als irgendein professioneller Vertreter der genannten Fächer.“<sup>28</sup>

Für die linken Studenten konnte Nolte attraktiv sein, da sie in ihm zunächst einen Opponenten der liberalen Totalitarismustheorie vermuteten, der den Begriff Faschismus in die wissenschaftliche Diskussion wieder einführen half. Er wusste, wie sehr die „Frage nach dem Faschismus“ die Studentenbewegung motivierte, und er bezog sie mit ein in seine Auseinandersetzung mit der geforderten Hochschulreform. Auch wenn sich diese Frage, so Nolte, „weit von der Hochschulproblematik zu entfernen scheint“, erst sie sei es, die den gedanklichen Kreis schließe.<sup>29</sup> Tatsächlich war Noltés Distanz zum liberalen politischen Denken unverkennbar. „Die Frage nach dem Faschismus stößt auf starke Widerstände, weil mächtige gesellschaftliche und geistige Kräfte daran interessiert sind, sie nicht zuzulassen oder nicht zur Kenntnis zu nehmen“, schrieb er. „An erster Stelle ist die Vorherrschaft der Totalitarismustheorie zu nennen.“<sup>30</sup> Sie sei „nur allzuleicht ein Komplement zum Kalten Krieg und manchmal gar bloß ein durchsichtiges Feigenblatt – je nach dem Verhältnis zu nicht-kommunistischen totalitären Staaten“.<sup>31</sup> Doch auch die „nationalistische Konzeption“, die Herleitung des Faschismus aus dem Nationalismus, wies Nolte zurück, da sie „entweder zu einem Zustand permanenter Zerknirschung“ führe, „in dem noch nie ein Volk gelebt hat und hat leben können“, oder aber „die Repristinaton des nationalsozialistischen Geschichtsbildes und damit die entgegengesetzte Schizophrenie“ erzwingt. Er verteidigte dagegen den Begriff des Faschismus im Sinne einer aus sich selbst heraus verständlichen „Interpretation als *Faschismus*“, der „durch bestimmte nationale Prämissen nur variiert, aber nicht geschaffen wird“.<sup>32</sup> Die westliche Gesellschaft müsse den Faschismus ernst nehmen, da sie sich „im Faschismus

---

<sup>28</sup> Ebd., S. 10.

<sup>29</sup> Ebd., S. 9.

<sup>30</sup> Der Aufsatz „Die Frage nach dem Faschismus“ in: ebd., S. 57-72 (59).

<sup>31</sup> Ebd., S. 67.

<sup>32</sup> Ebd.



selbst aufzugeben versucht ist, nachdem ihre eigenste Eigentümlichkeit, die Existenz einer radikalen und organisierten Kritik, zu einer Lebensbedrohung geworden zu sein scheint.“<sup>33</sup> Nolte verwendete die Bezeichnung vom „liberalen System“, das er kühl und ohne werthafte Bindung beschrieb und das er als „Mutterboden“ des Faschismus kennzeichnete, womit er sich scheinbar der prinzipiellen Systemkritik jener radikalen Linken annäherte, die eine liberale Ordnung wie die der Bundesrepublik, die den Kapitalismus ermöglichte, für eine Vorform von Faschismus hielt. Doch Nolte teilte nicht den Ausgangspunkt der marxistischen politischen Ökonomie und er sprach nicht vom Kapitalismus, sondern von der permissiven Dynamik des liberalen Systems, Traditionen und Religionen zu zersetzen, ethische Glaubenshaltungen zu erschüttern und die soziale Ordnung an sich zu gefährden, da dieses System schließlich einer „Lebensform radikaler Kritik“, der revolutionären „Linken“, als deren weltgeschichtlich ersten Staat Nolte später die USA bezeichnete<sup>34</sup>, freie Bahn böte. Diese Art, den Liberalismus zum eigentlichen Problemfall zu machen, war auf kategorische Weise anders begründet, als es der Marxismus tat. Nolte war kein „Linker“. Er hatte die Perspektive der Gegenaufklärung übernommen, die „liberal“ und „marxistisch“ als Mutter- und Tochterideologie in enge Verwandtschaft rückte. In diesem Sinne auch hatte er das Verhalten jener Hochschullehrer erklärt, die wie Heidegger ihre Hoffnungen auf die Nationalsozialisten setzten, da diese mit dem Bolschewismus auch den Liberalismus auszulöschen versprochen. Nolte begründete die „Hoffnung“ auf den Faschismus aus dem faschistischen Selbstverständnis heraus, ganz wie es der im „Faschismus in seiner Epoche“ erklärten Methode entsprach: Als radikale Verteidiger von bürgerlicher Ordnung und Sicherheit gegen die Gefahren des revolutionären Bürgerkrieges sah er die faschistischen Bewegungen aus der Krise eines wehrlosen liberalen Systems hervorgehen: „Es gibt keinen Faschismus ohne die Herausforderung des Bolschewismus“, schrieb er 1968.<sup>35</sup> Dieses kriegerische Lagebild lieferte die historische Blaupause, mit deren Hilfe Ernst Nolte die inneren Konflikte Westdeutschlands und ganz besonders die Auseinandersetzungen an der Universität Marburg deutete. Er sah in diesen sein Geschichtsbild bestätigt und schärfte sein politisches Urteil.

---

<sup>33</sup> Ebd., S. 71.

<sup>34</sup> Vgl. Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg. München 1974.

<sup>35</sup> Vgl. Ernst Nolte: Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen. München 1968, S. 13ff.

Die Verschlingung von Ernst Noltes historiografischer Fragestellung mit den gesellschaftlichen Konflikten treten klar hervor im Streitfall der Habilitation von Reinhard Kühnl an der Philosophischen Fakultät – seit Juli 1970: bei der Sektion Gesellschaftswissenschaften – der Universität Marburg. Sowohl Nolte als auch Kühnl sprachen von einer exemplarischen Bedeutung für die Bundesrepublik. Der Politikwissenschaftler Kühnl war 1969 Oberassistent von Wolfgang Abendroth, der die Habilitation betreute und durchsetzte. Ernst Nolte war Mitglied der achtköpfigen Prüfungskommission und gehörte zu den zunächst drei, später zwei Gutachtern, die Kühnls Arbeiten aufgrund mangelnder wissenschaftlicher Leistungen ablehnten. Bis zum Abschluss des Verfahrens im Februar 1971 entfalteten sich drei Streitgegenstände, die aufeinander bezogen waren und stoßweise zur öffentlichen Skandalisierung führten: Erstens sorgte der studentische Protest gegen Marburger Professoren mit „Aktionen“ gegen einzelne Vorlesungen, die „gesprengt“ wurden, und gegen das Historische Seminar, das zeitweilig „besetzt“ war, für eine politische und persönlich verletzende Polarisierung im Umfeld der sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächer. Zweitens kam es im Frühjahr 1969 zur Reform der Universitätsgremien, über deren rechtliche Zulässigkeit weder die Professoren untereinander, noch Universität und Hessisches Kultusministerium einig waren. Nach dem „Marburger Modell“ wurde die Versammlung der Philosophischen Fakultät so umgebildet, dass das Stimmenverhältnis sich zuungunsten der Ordinarien verschob, die mit 40 Prozent über keine absolute Mehrheit mehr verfügten.<sup>36</sup> Als sich auch gegen diese reformiert zusammengesetzte Fakultätsversammlung im Juni studentische Störaktionen richteten, blieb ein Teil der Professoren den Versammlungen fern. Im Sommersemester 1969 stand Ernst Nolte im Zentrum dieser Konflikte. Seine Vorlesung über das Dritte Reich, die er, dem Wunsch der Studenten entgegenkommend, als Diskussion angelegt hatte, wurde mehrfach durch Gruppen des SDS gestört, die zum Protest gegen die Hessische Landesregierung mobilisieren wollten. Er versuchte zu verhindern, dass Studenten ihm das Vorlesungspult streitig machten und bot zugleich die Diskussion hochschulpolitischer Fragen außerhalb des Lehrplans an. Der aus Anlass seiner Vorlesung von „Basisgruppen“ vorgebrachten Kritik an seinem Faschismusbegriff, es fehle der „sozio-ökonomische“ Bezug, begegnete Nolte mit dem Hinweis auf seine Bücher. Er verteilte aktuelle Papiere im Vorlesungsraum, auf denen er seine Er-

---

<sup>36</sup> Der Schlüssel lautete: 40% Ordinarien, 20% Nichtordinarien, 20% akademische Mitarbeiter und 20% Studierende.

widerung formulierte, dass die studentische Kritik nicht einmal „Proseminarniveau“ erreiche und bloße Schwarzweißmalerei betreibe. Er gehörte zu den Hochschullehrern, die gegen „illegale Aktionen“ von Studentengruppen und gegen den unklaren Rechtsstatus der neuen studentischen Mitglieder der Fakultätsversammlung protestierten. Er schickte seine Mitarbeiter in studentische Versammlungen, um sich berichten zu lassen, was dort gesagt würde, und erfuhr so, dass die Wortführer seine Vorlesung eine „Unverschämtheit“, „Provokation“ und seine Methode „unter aller Sau“ nannten. Er sprach von einer „Menschenjagd“, als eine Gruppe von Studenten in das Büro des Dekans der Fakultät eindringen wollte, begann, selbst Flugblätter zu verfassen, und nachdem eine Scheibe und Türen am Gebäude der Historiker zu Bruch gegangen waren, schrieb er: „Die Anarcho-Terroristen haben der Universität den Krieg erklärt. Sie sprengen Fakultätsversammlungen, sie stören Vorlesungen, sie rufen zur Besetzung der Institute auf.“ Die „Nervenprobe“ dieser Konflikte veranlasste ihn, eine Dokumentation der Ereignisse zu verfassen und gemeinsam mit ähnlichen Berichten von anderen Universitäten selbst drucken zu lassen.<sup>37</sup> Dieser Bericht sah die protestierenden Studenten als militante Feinde, deren Parolen vom „proletarischen Terror“ Nolte wechselweise ironisch und dann wieder dramatisierend kommentierte. Die Verbindung von intellektueller Niveaulosigkeit mit gewalttätigen Re-

---

<sup>37</sup> Dort die angeführten Zitate. Siehe Ernst Nolte: Rückblick auf ein zukünftiges Semester. In: Ders. (Hg.): Deutsche Universitäten 1969. Berichte und Analysen. Marburg 1969, S. 154-218 (161, 163, 176, 181, 191f.). Er bemühte sich bei der Darstellung um große Genauigkeit und zitierte Plakate und Parolen, die an Wände gezeichnet worden waren. Der Bericht einer Vorlesungsstörung gibt seine Erregung und Hilflosigkeit in einem Konflikt wieder, der sich symbolisch am Ringen um das Rednerpult festmachte: „Am Donnerstagmorgen war es soweit. Als ich um 9.15 Uhr den Hörsaal betrat, fand ich den vorbestimmten ‚Ehrenmann‘ (der von der Basisgruppe Geschichte bestimmte Fachgruppensprecher, O.S.), meinen Fakultätskollegen Herrn S., am Rednerpult. Er sprach über die Gefahren des HHG 2 (des Hessischen Hochschulgesetzes, O.S.) und über die Notwendigkeit, den Widerstand zu organisieren. In den vorderen Reihen saß eine Anzahl von Leuten, die ich bisher selten oder nie in der Vorlesung gesehen hatte. Die Masse der etwa 200 Studenten verhielt sich abwartend. Ich trat auf Herrn S. zu und sagte: ‚Was tun Sie da? Verlassen Sie das Pult!‘ Er antwortete: ‚Ich kläre meine Kommilitonen über das Hochschulgesetz auf. Darf ich drei Minuten Redezeit haben?‘ Ich erwiderte: ‚Nein‘, verließ jedoch den Raum nicht, da es schon vor zwei Semestern zur Gewohnheit geworden war, daß die Fachgruppensprecher gelegentlich unmittelbar vor den Vorlesungen kurze Mitteilungen machten. Erst auf die dritte Aufforderung hin beendete er seine Ausführungen, blieb aber am Pult, ‚als Diskussionsleiter‘, wie er sagte. ‚Es gibt hier keinen Diskussionsleiter‘, antwortete ich, wandte mich dann aber den Hörern zu und erteilte einem weiteren Fakultätskollegen, Herrn T., einem Mitglied meines Proseminars, der sich nachdrücklich bemerkbar machte, das Wort. Er forderte Diskussion über das Hochschulgesetz. Ich sagte: ‚Dies ist eine Vorlesung über das Dritte Reich und zwar eine Diskussionsvorlesung. Wer mit mir über einen anderen Gegenstand diskutieren will, dem stehe ich zu einer anderen Zeit zur Verfügung. Ich schlage vor, daß wir uns heute abend um 20 Uhr in diesem Hörsaal treffen.‘ Diese Anregung paßte der Agitationsgruppe offensichtlich nicht ins Konzept, und sie wurde sehr laut und unruhig, Herr T. in erster Linie. Herr S. versuchte, mich auszuschalten, indem er von sich aus Herrn T. das Wort erteilte. Daraufhin stellte ich den Tatbestand der Vorlesungsstörung fest und verließ den Hörsaal.“ Ebd., S. 162f.

gelverletzungen, die in seinen Augen den Kern der Proteste ausmachte, rief seine Verachtung und Empörung hervor.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre leitete Wolfgang Abendroth im Juli 1969 das Habilitationsverfahren von Reinhard Kühnl ein, das zum dritten Strang der Marburger Kontroversen führte. Das Buch, das Kühnl als Habilitationsarbeit einreichte, war bereits bei Suhrkamp erschienen und behandelt die NPD als faschistische Partei der Bundesrepublik. Es wurde zusammen mit studentischen Koautoren verfasst und stützte sich auf das Material von Parteiveröffentlichungen, Wahlstatistiken, Bewertungen des Bundesinnenministeriums auf Grundlage der Verfassungsschutzberichte und weiteren Presseauswertungen.<sup>38</sup> Die Autoren ließen keinen Zweifel, dass sie in der NPD eine Gefahr sahen, die entstehen konnte, weil die Bundesrepublik „die Vergangenheit nicht bewältigt hat, obgleich man ständig davon redet.“<sup>39</sup> In der Einleitung formulierten sie, dass die NPD sich „unter vergleichbaren Bedingungen“ wie die NSDAP entwickelt habe, und sahen voraus, dass diese Behauptung „sicherlich Bedenken erregen“ werde. „Unsere These lautet: Was die zweite deutsche Demokratie von der ersten unterscheidet, sind – mit wenigen, namhaft zu machenden Ausnahmen – Oberflächenerscheinungen; die Grundstrukturen haben sich nur wenig geändert.“<sup>40</sup> Als „Ursachen des Aufstiegs“ wurden der Mangel an Demokratisierung nach 1945 infolge des Kalten Krieges, der Rückzug der Bürger aus der Politik, die „autoritären Erziehungsmethoden“ in Familie und Schule, „die hierarchische Struktur der Universität“ mit ihrer „Befestigung der unpolitischen Mentalitätsstrukturen“, die „Oligarchisierung der Parteiapparate“, die „Einflußlosigkeit der großen Masse“ im parlamentarischen System, der Antikommunismus und das „radikale Freund-Feind-Denken“ in der Außenpolitik, die Mängel der Entnazifizierung aufgezählt.<sup>41</sup> „Entscheidend bleibt“, so die Autoren, „dass die nun vorherrschenden konservativ-autoritären Denk- und Machtstrukturen den Boden für faschistische Ideologien bereitet haben.“<sup>42</sup> Daneben legte Kühnl zur politischen Aktualität und zum Begriff des Faschismus weitere Schriften vor, in denen er Noltes Faschismusinterpretation als „Sonderstellung“ bezeichnete, da Nolte zwar vom deutschen Einzelfall zum europäischen Vergleich geschritten sei, „jedoch weniger die sozialökonomische Entwick-

---

<sup>38</sup> Reinhard Kühnl, Christine Sager, Rainer Rilling: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt a.M. 1969. Die Studie war schon vor dem Habilitationsverfahren als Band 318 in der renommierten Reihe der „edition suhrkamp“ erschienen.

<sup>39</sup> Ebd., S. 8.

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> Ebd., S. 277ff. (276f., 279f., 282ff., 285).

lung der kapitalistischen Gesellschaften“, sondern politische und geistige Krisenerscheinungen betrachtet habe. Kühnl selbst definierte Faschismus als Herrschaftssystem, das die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die sozialen Privilegien der Oberklassen unter den Bedingungen der Krise mit den Mitteln terroristischer Herrschaftsmethoden aufrechterhalte.<sup>43</sup> Seine „kumulative Habilitation“ mit einer Sammlung von Texten wurde von Hochschullehrern, die an eine gewichtige monografische Leistung gewöhnt waren, von vornherein als Makel bewertet. Hinzu kam anfangs die Frage nach der Autorenschaft der NPD-Studie, da die Verfasser erst im Laufe des Verfahrens ihren jeweiligen Anteil am Gemeinschaftswerk erklärten. Diesen Punkt kritisierte in seinem ersten Gutachten der Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel, der seit 1966 neben Abendroth am Marburger Institut für wissenschaftliche Politik lehrte und der, vor dem Hintergrund der schweren Marburger Institutskonflikte, 1970 nach Frankfurt am Main wechselte, wo er im selben Jahr Gründungsleiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung wurde. Nach den negativen Voten Ernst Noltes vom November und des Privatdozenten Fritz Blaich vom Dezember 1969 war Czempiel im Januar 1970 der Dritte, der Reinhard Kühnls Habilitation ablehnte. Dieser reagierte, indem er in einem Brief an den Dekan seine Rezensionen der Veröffentlichungen Noltes zu den Habilitationsakten gab und das negative Urteil des Gutachters zur schwer wiegenden Kontroverse unter konkurrierenden Faschismusforschern umdeutete. Auf dieser erweiterten Grundlage und nach der Klärstellung, welche Anteile der NPD-Studie Kühnl verfasst hatte, schrieb Czempiel am 3. Juni ein zweites positives Gutachten, beantragte aber die Heranziehung neuer externer Gutachter. Auch Nolte forderte im September 1970 weitere Beurteilungen. Beides wurde von der Habilitationskommission der Sektion Gesellschaftswissenschaften, die inzwischen für das Verfahren zuständig war und an deren Sitzungen die ablehnenden Gutachter nicht mehr teilnahmen, unter Vorsitz von Abendroth abgelehnt.<sup>44</sup> Im Dezember zog sich Nolte aus der Kommission auch formell zurück; im Februar 1971 wurde Kühnl habilitiert, begleitet von einem zwischenzeitlich presseöffentlich ausgetragenen Streit um das Verfahren, um die Qualität der Habilitationsleis-

---

<sup>42</sup> Ebd., S. 289.

<sup>43</sup> Reinhard Kühnl: Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918. München 1969, S. 148f., sowie zwei weitere Bücher, zehn Aufsätze, sechs Rezensionen und Literaturberichte.

<sup>44</sup> Czempiel schlug Waldemar Besson, Karl-Dietrich Bracher und Iring Fetscher vor, Nolte nannte Richard Löwenthal, Jürgen Habermas, Hans Maier und Hans Mommsen. Obwohl er zusätzliche Beurteilungen für nicht erforderlich hielt, wählte Abendroth zur Stützung seiner Position die zusätzlichen Gutachter Josef Varain und Ossip K. Flechtheim, die dann positive Stellungnahmen abgaben.

tungen und die kommunistischen Machtansprüche am Lehrstuhl für wissenschaftliche Politik.<sup>45</sup>

Sowohl Kühnl und Abendroth als auch Nolte erklärten sich zu Opfern politisch motivierter Angriffe. Ernst Nolte galt die Auseinandersetzung als ein „Symptom unter vielen für die Verwandlung eines Universitätsinstituts in eine Parteihochschule“.<sup>46</sup> Er wollte den „Gesamtzusammenhang“ deuten, in dem das „Neue, das noch vor wenigen Jahren schlechthin Unvorstellbare“ sich entfaltete.<sup>47</sup> Ein zentrales Dokument, das Auskunft gibt über seine Versuche, angesichts der Herausforderung eine intellektuelle Haltung zu finden und eine Gegenposition zu bestimmen, ist die 1971 erschienene Schrift „Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Dokumentation zum Habilitationsverfahren Kühnl“.<sup>48</sup> Hier sind die mentalen Wachstumsringe nachzuvollziehen, die ihn aus der Defensive des fachorientierten „ordentlichen“ Universitätsprofessors zu einem Protest brachten, der in die breite Öffentlichkeit strebte, um das alarmierende Fazit zur Lage des Landes zu ziehen.

„An den Hochschulen hat sich in den letzten Jahren nicht ein Ständekampf zwischen Professoren und Studenten abgespielt, sondern der Angriff weniger marxistischer Hochschullehrer, einiger marxistischer Assistenten und einer mit den Erfolgen rapide wachsenden Anzahl marxistischer Studenten gegen die große Mehrheit zersplitterter, gutmütiger und ahnungsloser Professoren, Assistenten

---

<sup>45</sup> Neben zahlreichen Leserbriefen der Kontrahenten vgl. Frankfurter Rundschau, 4. Februar 1971, Die Zeit, 5. Februar 1971, Der Spiegel, 15. Februar 1971, die Nolte Antimarxismus und auch persönliche Ressentiments zuschreiben. So Klaus Walter in der FR: „Eine Reaktion könnte sein: Da ist einem ehemaligen Lateinlehrer, der nebenher über dem ‚Faschismus in seiner Epoche‘ gebrütet hat, der plötzliche Sprung vom Studienratschemel auf einen Lehrstuhl für neue Geschichte zu Kopf gestiegen; vom sozialen und wissenschaftlichen Aufstieg überwältigt, klammert er sich nun um so inbrünstiger an die durch Demokratisierungsbestrebungen bedrohte Allmacht deutscher Ordinarienherrlichkeit.“ Dagegen Iring Fetscher in der Süddeutschen Zeitung, 21./22. Februar 1971: „Durch mehr oder minder sanften ‚Druck von unten‘ ist es in einigen Fachbereichen dieser beiden Universitäten [Berlin und Marburg, O.S.] militanten, straff organisierten und dogmatischen Parteimarxisten sowjetischer Orientierung gelungen, ausschlaggebenden Einfluß auf die Personalpolitik zu erlangen. [...] Bei dieser konsequent verfolgten Berufungspolitik handelt es sich daher nicht darum, einer bislang an den Universitäten unterrepräsentierten philosophischen und politischen Richtung endlich eine kleine Chance zu verschaffen, wie es im ‚Spiegel‘ heißt, sondern um entschlossene, auf ein Monopol abzielende Kaderpolitik.“

<sup>46</sup> Ernst Nolte: Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Dokumentation zum Habilitationsverfahren Kühnl. Köln 1971, S. 7.

<sup>47</sup> Ebd., S. 8 und 16.

<sup>48</sup> Die Publikation enthält, neben Vorwort und Einleitung, eine Auswahl aus den Texten, die im Zusammenhang mit der Habilitation Reinhard Kühnls entstanden sind: Im Hauptteil Noltens negatives Gutachten und die ergänzenden, als Erwiderung auf Wolfgang Abendroth geschriebenen Stellungnahmen. Im Anhang eine kommentierte Zeitleiste zu den Ereignissen, drei Briefe Noltens, an den Dekan der Philosophischen Fakultät, den Sektionsleiter der Sektion Gesellschaftswissenschaften und die

und Studenten, ein Angriff freilich, der sich die ständischen Ziele des Mittelbaus und den Wunsch vieler Studenten nach Abbau des ‚Leistungsdrucks‘ rücksichtslos zunutze machte. [...]

Als das Wesen des militanten Marxismus enthüllt sich wieder einmal der Ruf nach ‚Ausschaltung‘ und ‚Vernichtung‘ und die Unterordnung aller intellektuellen Tätigkeit unter das oberste politische Ziel. [...]

Es läßt sich nicht leugnen, daß die staatlich tolerierte Ersatz-Revolution, die sich an den deutschen Hochschulen abspielt und deren eigentliches Angriffsobjekt der Staat ist, gewaltige Fortschritte gemacht hat und aus dem Frühstadium der bloßen Turbulenz längst hinausgelangt ist.“<sup>49</sup>

Doch waren das bereits die öffentlichen Worte der vollzogenen politischen Willensbildung. Anfangs, im November 1969, wurde hochschul- und gremienintern formuliert. Und hier zeigt sich der ursprüngliche Affekt. Ernst Noltes Reizschwelle war die Trennlinie zwischen der sich wandelnden Gesellschaft und dem Bestand der Universität. Jene war das offene Feld grober politischer Kämpfe und Massenbewegungen, diese erhob Anspruch auf vornehme Gesinnung und kooptierte, als Sozietät der Ausgewählten, neue Mitglieder nach Verdienst und Loyalität. Als „marxistische Assistenten“ mit politischen Absichten, in denen die Aufstiegsambitionen einer neuen Elite verkapselt waren, gestützt auf studentischen Zuspruch scheinbar mühelos in den exklusiven Kreis der Professoren vordrangen, reagierte Nolte zunächst, in seinem „Gutachten über die von Herrn Dr. Kühnl vorgelegten Habilitationsleistungen“, vor allem indigniert. „Noblesse“ fehle der Arbeit über die NPD. Der Autor gebe sich von vornherein als scharfer Gegner der Partei zu erkennen. Nicht das politische Urteil des Verfassers jedoch und nicht der „Gegenwartscharakter“ des Untersuchungsgegenstandes – so problematisch beides in seinen Augen sei –, sondern die vorsätzliche, einseitige Grobheit der Anklage sah Nolte als Ursache der mangelnden Wissenschaftlichkeit. Ein „wissenschaftliches Buch über die NPD“ sei nicht zu schreiben

„ohne ein besonders prononciertes Bemühen, alle Seiten des Phänomens zu beleuchten. Nur in diesem Rahmen kann die selbstverständliche Voraussetzung der wissenschaftlichen Genauigkeit sich auf einen wissenschaftswürdigen Ge-

---

Studierenden der Fachgruppe Soziologie, Politologie sowie abschließend Leserbriefe und Artikel aus der Presse.

<sup>49</sup> Ebd., S. 9-11.

genstand beziehen. Ich bedauere sagen zu müssen, daß ich diese Noblesse nicht finde und nicht einmal diese Genauigkeit.“<sup>50</sup>

Der an klassischen Texten geschulte und im Schuldienst pädagogisch geprägte Korrektor, der das genaue Quellenzitat fordert, hatte merklichen Anteil an Ernst Noltes beruflicher Identität. Er nahm die Würde und den Anspruch des Professorenamtes umso ernster, als er es spät und auf Umwegen erworben hatte. Dies trug bei zu seinem Selbstbewusstsein als Historiker, der nicht auf geradem Wege vom Doktorvater in die Universitätskarriere protegiert wurde, sondern der bis zu seiner Habilitation neben dem Beruf auf sich gestellt forschte. Zwar bestritt er, dass es ein „herrliches Los“ sei, „ein deutscher Ordinarius zu sein“. Er gab an, seit seiner Berufung „nicht in einem Augenblick glücklich gewesen zu sein“, da ihm die „monologisch-punktuelle Existenzweise“ „fremd und bedrückend“ geblieben sei. Als „stumme Schatten“ in den Hörsaalreihen erschienen ihm die Studenten, und ihre Mitarbeit fand er mittelmäßig.<sup>51</sup> Jedoch sprach auch aus diesen Äußerungen noch das Ideal von Ehre, Distinktion und Herausgehobensein. Sein Stolz auf das mit einem monumentalen Habilitationswerk über den Faschismus persönlich Geleistete stand im Kontrast zu der Leichtigkeit, mit der offenbar eine neue Generation von Akademikern an den Reformuniversitäten aufstieg. Kühnls NPD-Buch, das mit Hilfe von Studenten geschrieben wurde, widerstrebte ihm auch auf dieser Ebene. Zu einem späteren Zeitpunkt der Kontroverse war es die Andeutung von Wolfgang Abendroth, diese direkte Zuarbeit sei üblich, die Nolte empfindlich traf: „für meine Person weise ich sie auf das schärfste zurück: Es gibt nicht eine einzige Zeile in allen meinen Publikationen, die nicht von mir selbst geschrieben wäre (und ich müßte mich ganz außerordentlich täuschen, wenn entsprechendes auf Herrn Abendroth nicht genauso zuträfe).“<sup>52</sup> Ernst Nolte äußerte sich als stolzer Akademiker, der sich vom Fall Kühnl provoziert fühlte.

So unterzog er die NPD-Studie mit erheblichem Arbeitsaufwand einer Quellenüberprüfung und wies Kühnls Darstellung über die kämpferische politische Parteinahme, die dieser gar nicht leugnete, hinausgehende Schwächen nach: Generelle Aussagen über die rechtsextreme Ideologie wurden schwach belegt, Funde aus dem Feuilleton der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“ als solche nicht gekennzeichnet, Zitate aus ihrem Kontext gelöst und durch gezielte Auslassungen absichtlich

---

<sup>50</sup> Ebd., S. 19-20.

<sup>51</sup> Nolte: Sinn und Widersinn der Demokratisierung, S. 10f.

<sup>52</sup> Ebd., S. 29.



dramatisiert, um mit größerer Schärfe die NSDAP-Ähnlichkeit der Partei behaupten zu können.<sup>53</sup> Dass Abendroth über diese Einwände hinwegging, kränkte Nolte nur noch mehr. Er entrüstete sich: „Ich bin aufs tiefste befremdet, daß Herr Abendroth diese Dinge mit der für die ganze bisherige Arbeit der Fakultät insultierenden Bemerkung abtut, solche Mängel kennzeichneten jede Habilitationsarbeit.“<sup>54</sup> Seine zunehmende Erregung ging dort über die berechtigten Kritikpunkte an Kühnls Arbeit hinaus, wo er professorales Standesbewusstsein artikulierte und den Habilitationskandidaten schon im Ton nicht als ebenbürtig anerkannte<sup>55</sup>, vielleicht am meisten dort nicht, wo er im vormundschaftlichen Gestus des Wohlwollens über ihn sprach<sup>56</sup> und das Lehrer-Schüler-Verhältnis wieder zurechtrücken wollte. Er bestand auf den allgemeinen Würdevorrang der „Wissenschaft“. Eine wissenschaftliche Arbeit dürfe zornig sein, müsse aber „Niveau“ haben. Und was das Niveau von Kühnl angehe, so frage er sich, „für welches Publikum diese katechismusartigen Simplismen, diese ständigen Wiederholungen vor allem im Deutschland-Buch eigentlich bestimmt sind“.<sup>57</sup> In seiner ersten öffentlichen Äußerung in einem Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb er, Kühnl habe „eine Art Lehrbuch der Schwarzweißmalerei für fortschrittliche Obersekundaner“ verfasst.<sup>58</sup>

Doch unverkennbar war auch, und dies entgegen Noltens ausdrücklichen Beteuerungen, dass er sein gutachterliches Votum mit seinen politischen Ansichten über Kühnl verband. Zwar behauptete Nolte, es ginge ihm einzig um Qualitätsgesichts-

---

<sup>53</sup> Nolte führt dafür sieben Beispiele an, vgl. ebd., S. 20-23, und noch einmal in der Auseinandersetzung mit dem Gutachten von Wolfgang Klafki, S. 39-43. Ein weiteres Beispiel nennt Fritz Bleich, vgl. ebd., S. 82. Ernst-Otto Czempel, vgl. ebd., S. 69, äußerte sich in einem Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 1971: „Das Problem lag nicht in der Quantität – Kühnl reichte ein umfassendes Oeuvre ein –, sondern in der Qualität einiger Stücke. Um sie drehte sich die Auseinandersetzung, dahinter stand die Frage, ob die anderen Arbeiten für eine Habilitation ausreichten. Für meine Person hat Kühnl das Problem so gelöst, dass er seinem Antrag einige weitere Arbeiten hinzufügte und seinen Anteil an einem kollektiv verfaßten Buch deklarierte.“ Der von Reinhard Kühnl in einem Leserbrief an die FAZ, 15. Januar 1971, gegen Nolte erhobene Vorwurf, dieser wolle ihn „mit den bewährten repressiven Maßnahmen aus der wissenschaftlichen Diskussion ausschalten“ (ebd., S. 63), hält einer Überprüfung an Noltens Gutachten und Stellungnahmen nicht stand. Dort wird mehrfach hingewiesen auf Kühnls frühere „sehr respektable wissenschaftliche Leistung“ (ebd., S. 26, vgl. auch S. 31, 43, 57.) Anders verhält es sich mit Kühnls Verweis, Nolte habe nicht alle eingereichten Schriften gewürdigt. Tatsächlich konzentrierte dieser sich auf das NPD-Buch und urteilte, dass er auch bei korrekter Zitierweise nicht der Meinung gewesen wäre, dass „Taschenbücher ohne Indices als ‚vollgültige Habilitationsleistungen‘ nach den bisherigen Maßstäben anerkannt werden können“ (Ebd., S. 26)

<sup>54</sup> Ebd., S. 57.

<sup>55</sup> „Herr Kühnl müsste indessen noch einen langen Weg gehen, bevor ich Anlaß sehen könnte, mich mit ‚seiner‘ Theorie zu beschäftigen.“ (Ebd., S. 31)

<sup>56</sup> „Er hat manche respektable Leistung aufzuweisen, und wenn er lernt, sorgfältiger zu lesen, wird noch Gutes von ihm zu erwarten sein.“ (Ebd., S. 43)

<sup>57</sup> Ebd., S. 25f.

<sup>58</sup> 8. Januar 1971, vgl. ebd., S. 61.

punkte des akkuraten Zitats und der „sauberen“ Schlussfolgerung: „*Nur* diese Frage hat mich geleitet. *Nur* auf dieser Basis bin ich zu einem negativen Ergebnis gekommen.“<sup>59</sup> Und er erklärte, dass es unzulässig sei, „sachliche Schwächen gegen gute Intentionen abzuwägen“.<sup>60</sup> Nur war er eben gar nicht der Ansicht, Kühnl sei von guten Absichten motiviert. Er glaubte daran, seine Abneigung gegen die seines Erachtens schädlichen Motive des Habilitanden im Zaume halten zu können, und wies sie als gänzlich irrelevant für das wissenschaftliche Urteil aus. Gleichwohl verbarg Nolte nicht, wie sehr ihn Kühnls Fundamentalkritik einer angeblich autoritären westdeutschen Entwicklung verstörte und zur eigenen entgegengesetzten Positionierung drängte. Nolte war Westdeutschland eher zu wenig autoritär. Er hatte selbst kein unproblematisches Verhältnis zum politischen System der Bundesrepublik, das Grundfreiheiten auch für eine „Lebensform radikaler Kritik“ gewährte. Seine Abneigung gegen Kritik und Protest fand Eingang in seine historischen Kommentare. Erst ein Jahr zuvor hatte Nolte bekundet, dass schon in der Revolte der Reformation gegen die Ordnung des katholischen Europa etwas „essentiell Neues“ auftrat, „das vielleicht härter, disharmonischer, unsympathischer war als alles Vorhergehende.“<sup>61</sup>

Die Bewertung Kühnls, die den Bekundungen des akademischen Lehrers zufolge nach eindeutigen Maßstäben ausfallen sollte, steckte voller Ambivalenz. Im ersten Gutachten versuchte Nolte, seine politisch emotionalen oder staatsbürgerlichen Einwände gegen Kühnl auf ein Nebengleis zu schieben, ohne indes das gutachterliche Urteil ungerührt vorbeiziehen lassen zu können oder zu wollen. Es drängte ihn, die Feindseligkeiten gegen die Bundesrepublik aufzudecken, ohne freilich sich selbst mit dem attackierten System zu identifizieren. Er erhob Gegenanklage, aber nur aus der Distanz, in Anführungszeichen und geradezu stellvertretend für die eigentlich dazu berufenen Liberalen, die nicht erkannten, dass hier die Grundlagen der Freiheit unterminiert wurden:

„Am wenigsten ist ein zwingendes wissenschaftliches Urteil bezüglich der ‚Konzeption‘ der beiden Bücher möglich. Daß nicht eigentlich die NPD, sondern die Entwicklung der Bundesrepublik seit ihrer Entstehung angeklagt wird, springt in die Augen. Nun ist der Zorn ganz gewiß nicht einfach eine außerwissenschaftliche Emotion, und ich weiß wohl, daß ein beträchtlicher Teil der deutschen Ge-

---

<sup>59</sup> Ebd., S. 35, kursiv im Orig.

<sup>60</sup> Ebd., S. 24.

<sup>61</sup> Nolte: Die Krise des liberalen Systems, S. 21.

schichtsschreibung des 19. Jahrhunderts vom Zorn gegen die habsburgische Dynastie getragen ist. Und es ist hier nicht der Ort, in die Prüfung der Fragen einzutreten, ob eine so negative Beurteilung der letzten zwei Jahrzehnte überzeugend ist oder ob die Forderung einer ‚Vernichtung der Wurzeln des Faschismus‘ sich mit dem Begriff der ‚westlichen‘ Demokratie verträgt. Aber wenn der Zorn wissenschaftlich produktiv sein will, muß sein Resultat nicht nur im einzelnen grobe Verzerrungen vermeiden, sondern es muß auch im ganzen in sich konsistent sein, und es muß Niveau haben.“<sup>62</sup>

Wolfgang Abendroth lehnte das akademische Subordinationsverhältnis zwischen Nolte und Kühnl ab, interpretierte den Konflikt als Kontroverse eines konservativen und eines progressiven Forschers und unterstellte dem etablierten Historiker Intoleranz, ohne auf dessen Punkte im einzelnen einzugehen. Für Ernst Nolte war damit Augenhöhe hergestellt. Denn nun wandte er sich gegen einen standesgleichen Ordinarius, den er wohl der Demagogie bezichtigte<sup>63</sup>, zugleich aber als den um beinahe zwanzig Jahre älteren Professor und in politischen Kämpfen profilierten Marxisten wo nicht achtete so doch respektierte.

Abendroth (1906-1985)<sup>64</sup> absolvierte sein juristisches Staatsexamen in der Weimarer Republik und arbeitete für die KPD, aus der er 1928 ausgeschlossen wurde, weil er für die Zusammenarbeit mit der SPD warb. Nach 1933 mit Berufsverbot belegt, promovierte er in der Schweiz und ging zurück nach Deutschland in den Untergrund. Er wurde verhaftet, gefoltert, 1937 zu Zuchthaus verurteilt und anschließend in ein Strafkommando der Wehrmacht überwiesen, aus dem er in Griechenland desertierte. Als Mitglied der griechischen Partisanenbewegung geriet er in britische Kriegsgefangenschaft, wurde 1947 aus Ägypten nach Deutschland entlassen, ging in die sowjetische Besatzungszone und arbeitete als Regierungsrat im brandenburgischen Justizministerium in Potsdam. Er habilitierte sich in Halle und floh im Dezember 1948 in die britische Zone, da er sich als SPD-Mitglied (seit 1946) gegen die Zwangsfusion mit der KPD zur SED ausgesprochen hatte. Von 1950 bis 1972 lehrte er als Professor für wissenschaftliche Politik in Marburg, betreute 1961 die Habilita-

---

<sup>62</sup> Nolte: Universitätsinstitut oder Parteihochschule?, S. 25.

<sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 61.

<sup>64</sup> Vgl.: Wolfgang Abendroth. In: Munzinger/Internationales Biographisches Archiv 38/1995, und ausführlich Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock und Uli Schöler (Hg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-Bibliographische Beiträge. Opladen 2001.

tion von Jürgen Habermas, der ihn seinerseits als „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“<sup>65</sup> bezeichnete.

Nolte gestand seine Faszination. Fraglich ist, ob er tatsächlich Bewunderung empfand für einen Menschen, der bis über den Rubikon der Todesbedrohung hinaus gegen den Faschismus gekämpft und der sich nie gestattet hatte, eine auch nur taktisch konforme, geschweige denn gefügte politische Position einzunehmen, sich vielmehr noch 1961 lieber aus der SPD ausschließen ließ, als dem parteiintern verhängten Kontaktverbot zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund Folge zu leisten.<sup>66</sup> Nolte hielt ihn jedenfalls mehr als irgendeinen anderen für verantwortlich, eine marxistisch-leninistische „Diktatur“ am Institut für wissenschaftliche Politik herbeigeführt zu haben, „weil er unter Millionen von Skeptikern der einzige Gläubige war“.<sup>67</sup> Die religiöse Metapher wurde zur politischen Losung Noltés. Sie schlug im historischen Resonanzraum der europäischen Geschichte den schreckensbesetzten Ton wilder konfessioneller Bürgerkriege an. Die Wissenschaft, so Nolte, werde unter dem Marxismus zur „Magd der Theologie, wenn auch einer vergleichsweise neuartigen Theologie“.<sup>68</sup> Genuine Toleranz hingegen gebe es nur im Rahmen des einen übergreifenden Wissenschaftsbegriffes, dem es um „Richtigkeit im einzelnen und Gerechtigkeit im ganzen“ gehe.

„Ich brauche mich nicht gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß ich den Marxismus als Methode der Erkenntnis nicht zu schätzen wüßte. Für den Marxismus als fanatische Predigt allerdings sehe ich keinen Platz im Gebäude der Wissenschaft.“<sup>69</sup>

Nolte kam im Juni 1971 – er befand sich zu einem Forschungsaufenthalt in Cambridge, Massachusetts – zu dem Schluss, dass der Angriff auf die Wissenschaft mit dem Antifaschismus zu tun habe: Als Katalysator gefährlicher Bürgerkriegszustände galt ihm eine aktualisierende Kritik der NS-Vergangenheit, die mit dem marxistischen Antifaschismus den Wolf im Schafspelz hofiert und in die Herde gutgläubiger bürgerlicher Intellektueller aufnimmt:

---

<sup>65</sup> Zit. nach Munzinger.

<sup>66</sup> Vgl. ebd.

<sup>67</sup> Nolte: Universitätsinstitut oder Parteihochschule?, S. 16.

<sup>68</sup> Ebd., S. 43.

<sup>69</sup> Ebd., S. 30.

„Dieser Angriff [weniger marxistischer Hochschullehrer, einiger marxistischer Assistenten und einer mit den Erfolgen rapide wachsenden Anzahl marxistischer Studenten] kommt gleichwohl keineswegs aus dem Nichts, sondern er gewinnt seine Kraft nicht zuletzt aus einer starken Tendenz der öffentlichen Meinung, die in ihrer gefahrlosen Abneigung gegen längst vergangene oder nur noch sehr schwache Phänomene (Obrigkeitsstaat, Repression, ehemalige Nationalsozialisten usw.) all denjenigen aufs Wort glaubt, die diese Abneigung auf besonders entschiedene Art zu repräsentieren scheinen.“<sup>70</sup>

Der 46jährige Neuzeithistoriker Ernst Nolte erlebte in Marburg sicher nicht sein Damaskus. Grundlegender war die frühere Bildungserfahrung bei Martin Heidegger in einer Zeit des Zusammenbruchs, da die alte bürgerlich-katholische Welt des anti-jüdischen Vorurteils und der Mobilmachung gegen den kommunistischen „Antichristen“ im Osten entblößt worden war durch die nationalsozialistischen Vernichtungsfantasmen und den Massenterror des deutschen Krieges. Heideggers Seinsbeschwörung, vorgetragen im „Kultus der Eigentlichkeit“<sup>71</sup>, wurde von Nolte nicht imitiert. Doch ein elitäres Ressentiment gegen die demokratische Norm der Gleichheit, ein geistiges Nomadentum in einer Republik, die sich vorbehaltlos den Demokratien des Westens anverwandelte und sich zunehmend auch den Werten des angelsächsischen Liberalismus öffnete, konnte er in Heideggers Schule lernen.

Durch die Marburger Konflikte exponierte sich Nolte. Er fand seinen Gegner. Er probte als initiiertes Gründungsmitglied des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ eine Art bürgerschaftliches Engagement im Verein mit Akademikern, die das Erschrecken über die Studentenbewegung zusammenführte.<sup>72</sup> Am Ende dieses ersten seiner Streite schrieb er „an die Studenten der Fachgruppe Soziologie/Politologie“ einen offenen Brief. Trocken-ernsten Tones und dennoch fast erleichtert forderte er sie auf, dass zur weiteren Klärung der Lager die Geister sich doch scheiden mögen:

---

<sup>70</sup> Ebd., S. 9.

<sup>71</sup> Theodor W. Adorno: Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie. Frankfurt a.M. 1964, S. 8.

<sup>72</sup> Nolte erklärte, dass die Mitgliedschaft im Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) „nicht etwa die Ursache, sondern eher die Folge meiner Stellungnahme in diesem Habilitationsverfahren war“. In: Universitätsinstitut oder Parteihochschule, S. 8. Im Rückblick nach zehn Jahren erinnerte er sich, dass die Marburger Ereignisse seine „Überzeugung, es müsse nun ein ‘Bund Freiheit der Wissenschaft’ gegründet werden, zu einem nicht geringen Teile hervorgerufen“ haben. Ders.: Wissenschaft und Politik. In: Thomas Nipperdey (Hg.): Hochschulen zwischen Politik und Wahrheit. Sind die Reformen zu verkraften? Zürich 1981, S. 63-93 (89).

„Bekennen Sie sich doch endlich unzweideutig als das, was sie sind, nämlich als Kommunisten, denen die DDR, die Sowjetunion oder auch die Volksrepublik China das Vorbild ist. Geben Sie die Manipulationen mit dem Grundgesetz auf, das die Vollsozialisierung und die Herrschaft einer Partei, auch der ‚Partei des Proletariats‘, grundsätzlich verneint. Lassen Sie die verlogenen Reden vom ‚Pluralismus‘!“<sup>73</sup>

Der übrigen Fraktion der „Nicht-Konformisten“ riet er, sich über den Bund Freiheit der Wissenschaft zu unterrichten. „Rufen Sie (69) 4611 an und Sie erhalten Informationen.“

## **2. Eine Sammlungsbewegung des liberalen und konservativen Protests**

„Der Historiker Ernst Nolte forderte die Tagungsteilnehmer auf, im Herbst einen Bund ‚Freiheit der Wissenschaft‘ zu gründen“, berichteten die „Hochschulpolitischen Informationen“ in ihrer ersten Nummer am 15. Oktober 1970. Das Kölner Periodikum, das in den folgenden Jahren Öffentlichkeitsarbeit für den akademischen Protest gegen die Studentenbewegung besorgte, erschien zunächst in flugschriftähnlicher Aufmachung, die kaum den Eindruck einer professionell publizistischen oder finanzaufwändigen Unternehmung erwecken konnte: Die acht mit einfacher Schreibmaschinentype bedruckten Seiten, ohne Blocksatz, ohne Fotografien, glichen im Erscheinungsbild durchaus den Flugblättern studentischer Gruppen.<sup>74</sup> Und in der Tat meinten die Jungsozialisten Hessen-Süd es mit einer „rechten Apo“ zu tun zu haben, der jetzt von Seiten der Sozialdemokratie ebenso zu begegnen sei wie dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund 1961; der Unvereinbarkeitsbeschluss dieser Be-

---

<sup>73</sup> Ebd., S. 60.

<sup>74</sup> Die Hochschulpolitischen Informationen, nachfolgend zitiert als HPI, erschienen bis 1983 im Markus-Verlag Köln, herausgegeben bis 1971 von der Wissenschaftlichen Gesellschaft e.V., danach vom Verlag in eigener Verantwortung „zur Unterstützung der Bestrebungen des Bundes Freiheit der Wissenschaft“. Vgl. Bund Freiheit der Wissenschaft: Notizen zur Geschichte des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Berlin 2001, S. 8f. Der BFW trug das Periodikum allerdings nur bis 1973 mit. 1982 folgte wegen finanzieller Querelen der offene Bruch. Von Februar 1971 bis Oktober 1973 erschien die

zirkskonferenz der SPD-Jugendorganisation, der einige Monate später vom südhessischen Bezirksparteitag bestätigt wurde, blieb anders als die Order des Parteivorstands gegen den SDS jedoch eine bloße Randnotiz zu den Ereignissen.<sup>75</sup>

Was war geschehen? Am 22. Juni 1970 hatte in Bonn eine „hochschulpolitische Tagung“ stattgefunden, zu der durch die 1969 gegründete „Wissenschaftliche Gesellschaft e.V.“ eingeladen worden war. Rund 100 Teilnehmer folgten dem Ruf der Professoren Karl Häuser, Friedrich H. Tenbruck und Hans Maier, sich über „die Lage der deutschen Hochschulen“ auszutauschen.<sup>76</sup> Zu den Organisatoren zählte auch Walter Rüegg, der aus Protest gegen das hessische Hochschulreformgesetz, das Kultusminister Ludwig von Friedeburg verantwortete, als Rektor der Frankfurter Universität zurückgetreten war. Er schilderte dem Bayerischen Rundfunk, die „Initianten“ seien „ein Kreis liberaler Dozenten, welche die Gefahren des Totalitarismus für die Freiheit der Wissenschaft und der Gesellschaft als Studenten erlebt hatten, sich in den Jahren 1945 bis 1955 bei den Bemühungen zur Demokratisierung der deutschen Universitäten getroffen und befreundet hatten und sich vor zwei Jahren wiederfanden, um zusammen mit ihren Studenten und Gesinnungsfreunden den Widerstand

---

BFW-Mitgliederzeitschrift „Moderator“, ab Januar 1974 dann als offizielles Organ „Freiheit der Wissenschaft“ (FdW).

<sup>75</sup> Beschluss der Jungsozialisten vom 18. November 1970, dokumentiert in: Bund Freiheit der Wissenschaft: Der Gründungskongreß in Bad Godesberg am 18. November 1970. Hgg. v. Hans Maier und Michael Zöllner, Köln 1970, S. 125f. Zum Beschluss des SPD-Bezirksparteitages Hessen-Süd vgl. HPI Nr. 6, 2. April 1971.

<sup>76</sup> Vgl. BFW: Notizen zur Geschichte, S. 6f., und HPI Nr. 1, 15. Oktober 1970, S. 2. Johannes T. Theißen, selbst von 1977-1980 Mitarbeiter des BFW, führt in seiner Bonner Dissertation, die vom BFW-Mitglied Hans-Helmuth Knütter betreut wurde, die Wurzeln des Bundes auf fünf Vorläufergruppen zurück: (1) Das „Marburger Manifest“ vom 17. April 1968, mit dem dreißig Marburger Professoren auf Initiative von Ernst Benz und Ernst Wolff gegen Politisierung und „sogenannte“ Demokratisierung der Hochschulen protestierten und dafür rund 2.000 Unterzeichner gewannen; (2) den „Frankfurter Kreis“ der Professoren Friedrich Tenbruck, Walter Rüegg, Karl Häuser und Heinz Saueremann, die am 25. Januar 1969 die „Wissenschaftliche Gesellschaft e.V.“ gründeten, um für eine „freie Entfaltung der Wissenschaft“ zu werben; (3) die „Notgemeinschaft für eine freie Universität“ in Berlin, die am 13. Dezember 1969 von den Professoren Jürgen Domes, Georg Nikolaus Knauer, Hans Sanmann und Thomas Nipperdey gegründet wurde, um die Öffentlichkeit über „die Lage an den von der Unterwanderung bedrohten bzw. bereits heimgesuchten“ Westberliner Universitäten aufzuklären; (4) den „Verein Freiheit der Hochschule“ in Bonn, der seit dem 4. Juli 1970 bestand sowie (5) den „Donnerstagskreis in Bonn, in dem sich seit Mitte 1968 CDU-Mitglieder trafen, um die Lage an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu diskutieren. Vgl. Johannes T. Theißen: Die Rolle der Interessenverbände im Hochschulbereich unter besonderer Berücksichtigung von „Bund Freiheit der Wissenschaft“ und „Bund demokratischer Wissenschaftler“. Inaugural-Dissertation, Bonn 1984, S. 73-81. Walter Rüegg bündelt die Vorgeschichte des BFW rückblickend bei zwei Frankfurter Wirtschaftswissenschaftlern, den Professoren Hans Saueremann und Karl Häuser, die den ersten Anstoß zur Gründung der Wissenschaftlichen Gesellschaft (bei ihm datiert auf den 19. Januar 1969) gegeben und denen sich Ernst Nolte in Marburg, Friedrich Tenbruck in Tübingen sowie Hans Maier in München angeschlossen hätten. Vgl. Walter Rüegg: 20 Jahre Bund Freiheit der Wissenschaft. Vom Defensivbündnis zum think tank. In: FdW Dezember 1990, S. 8.

gegen den neuauftkommenden Totalitarismus zu organisieren.“ Sie seien „zu einem großen Teil Schüler, Mitarbeiter und Freunde Arnold Bergstraessers“.<sup>77</sup>

Der Historiker, Kultur- und Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser (1896-1964) indes stand zu dieser Zeit, sechs Jahre nach seinem Tod, schon für das zwiespältige Erbe der deutschen Staatslehre zwischen Diktatur und Demokratie. Sein Ansehen als einer der wirksamsten unter den politikwissenschaftlichen Gründervätern in der Bundesrepublik Deutschland, die nach 1945 aus der amerikanischen Emigration zurückkehrten, strahlte fraglos weit hinaus über den ab 1954 bekleideten Lehrstuhl für „Wissenschaftliche Politik und Soziologie“ an der Universität Freiburg.<sup>78</sup> Die „Schule“, die er dort begründete, galt mit ihrem normativen und praxisnahen Politikverständnis als eine der pädagogischen Säulen und staatsverbundenen Stützen der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Bergstraesser machte sich gemeinsam mit Theodor Eschenburg, mit dem er seit 1952 in Tübingen gelehrt hatte, dafür stark, die politikberatende Rolle des jungen Faches im Sinne einer Demokratiewissenschaft auszubauen, forderte die Einführung des Schulfaches „Gemeinschaftskunde“ und die Etablierung der Politikwissenschaft in der universitären Lehrerausbildung. Zu den zahlreichen Schülern und methodischen Nachfolgern Bergstraessers, die ihrerseits einflußreiche Politologen wurden, zählten 1970 Dieter Oberndörfer und Wilhelm Hennis in Freiburg, Hans Maier in München, Kurt Sontheimer und Alexander Schwan in Berlin und Hans-Peter Schwarz in Hamburg. Jedoch gab eine zweite, ältere biografische Linie Arnold Bergstraessers, die nach dem Krieg seine gewünschte Wiederberufung nach Heidelberg verhindert hatte, denen Anlass zum Misstrauen, die Ende der 60er Jahre verstärkt das Verhältnis führender deutscher Wissenschaftler zum Nationalsozialismus befragten. Schüler Alfred Webers in Heidelberg, lehrte Bergstraesser Anfang der 30er Jahre am dortigen Institut für Staats- und Sozialwissenschaften. In der Endphase der Weimarer Republik stand er antidemokratischen Kräften und autoritären Staatsvorstellungen nahe; seine akademische Karriere setzte er nach 1933 zunächst bruchlos fort.<sup>79</sup> Weil Bergstraesser eine jüdische Großmutter

<sup>77</sup> Telefoninterview am 26. Juni 1970, dokumentiert in: Bund Freiheit der Wissenschaft: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede. Die hochschulpolitische Tagung in Bonn am 22. Juni 1970. Hgg. v. Hans Maier und Michael Zöllner. Köln 1970, S. 54-56 (54).

<sup>78</sup> Ich folge der Darstellung von Wilhelm Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland. München 2001, S. 233, 248, 251f., 269, 279.

<sup>79</sup> Bleek, selbst Schüler Sontheimers, berichtet folgende Episode: “1960 habilitierte sich dann in Freiburg der Bergstraesser-Schüler Kurt Sontheimer mit einer Untersuchung des ‘Antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik’, in der er das nationalistische Gedankengebäude der Mehrheit der Intellektuellen und Professoren der ersten deutschen Demokratie offenlegte.” Ebenso wie Karl Dietrich Brachers 1955 erstellte Habilitationsschrift über die “Auflösung der Weimarer Republik” sei die



hatte, verlor er schließlich seine Lehrerlaubnis und ging 1937 nach Los Angeles, wo er an einem College lehrte. Nach dem Kriegseintritt der USA wurde er im Dezember 1941 als „feindlicher Ausländer“ verhaftet. Vom College aus war er angeschwärzt worden, er sei seiner intellektuellen Haltung nach gefährlich für die amerikanische Jugend und spreche sympathisierend über den Nationalsozialismus. Das FBI ermittelte gegen ihn, wobei seine nationalistische Gesinnung und seine nationalsozialistischen Sympathien nach 1933 im Mittelpunkt standen. Auch seine entscheidende Mitwirkung an der von Nationalsozialisten geforderten Entlassung des Mathematikers und Pazifisten Emil Julius Gumbel von der Universität Heidelberg 1932 wurde untersucht. 1942 sah Bergstraesser sich heftigen Anklagen der Emigrantenzeitschrift „Aufbau“ ausgesetzt, während der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Carl J. Friedrich sich für ihn einsetzte. Im Februar 1943 aus der Haft entlassen, fand er schließlich wegen seiner intimen Deutschlandkenntnisse eine Anstellung beim Army Special Training Program an der Universität Chicago, wo mit Eric Voegelin, Leo Strauss und Hans Rothfels auch andere konservative Emigranten lehrten.<sup>80</sup>

Walter Rüegg glättete die offenbaren Unebenheiten dieser Biografie, auf die er sich in Sachen seines gegen die Studentenbewegung gerichteten Protests berief. Hinter dem Legitimationstitel, der die frühe Bundesrepublik bestimmte: es sei dem Totalitarismus zu widerstehen, wurde verborgen, welche diskussionswürdige personelle Linien die westdeutschen Institutionen, die Universitäten zumal, in sich aufgenommen hatten. Keineswegs waren die Traditionen kontinuierlich liberale. In der aufgeheizten Stimmung von 1968 lösten Lebenswege wie derjenige Bergstraessers mit ihren stillschweigend revidierten geistigen Zugehörigkeiten und Wandlungen der politischen Bekenntnisse schnell den Verdacht aus, es handle sich um einen im Kern bundesrepublikanischer Normalität verborgenen Fall von Faschismus. Die Bereitschaft, individuelle Entwicklungen vor dem Hintergrund der Zeitläufte zu prüfen und zu wägen, subjektive Einsichten, die der je besonderen Lebenserfahrung abgewonnen

---

Arbeit zunächst auf Ablehnung gestoßen, „wobei Arnold Bergstraessers Irritation über seinen Schüler Sontheimer besonders aufschlußreich ist: waren doch die Intellektuellen, mit denen sich Sontheimer auseinandersetzte, die geistigen und persönlichen Freunde seines Habilitationsvaters.“ Ebd., S. 290f. Sontheimer selbst dankte 1962 Bergstraesser für „Anregungen und Hinweise“. Vgl. Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918-1933. München 1962, S. 9.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., S. 252, und Claus-Dieter Krohn: Der Fall Bergstraesser in Amerika. In: Exilforschung 4 (1986), S. 254-275. Golo Mann, ebenfalls emigriert und mit der Heidelberger Universität, wo er 1932 bei Karl Jaspers promoviert hatte, gut vertraut, äußerte im Lauf der Auseinandersetzungen zwischen Bergstraesser-Anklägern und -Verteidigern: Jener sei ein „Edel-Nazi“ gewesen, „und vor jedem Richter würde ich aussagen, daß ich ihn für einen moralisch schuldigen akademischen Wegbereiter der Katastrophe halte.“ Zit. nach ebd., S. 270.

sein mochten, zu würdigen und jedem Menschen zuzubilligen, war bei den Studenten kaum mehr vorhanden. Denn andererseits hatten die mit dem Faschismusvorwurf belegten Professoren sich hinter der neu gewonnenen akademisch-politischen Würde abgeschottet. Ehrliche, geschweige denn selbstkritische Auskünfte, die einen Dialog hätten ermöglichen können, gab es wenige. Auf Seiten der ungeduldig rebellierenden Studenten urteilten viele nun schnell und ungenau über nationalsozialistische Verstrickung. Mit besonderer Aufmerksamkeit und mit ausgestellter Entrüstung registrierte und dokumentierte der Bund Freiheit der Wissenschaft, wie seine konstituierenden Treffen von Vorwürfen der Studenten- und Assistentenbewegung begleitet waren, das Bündnis erinnere an das Auftreten der NSDAP, es formiere als „Rechtskartell“ und als „Kampfbund gegen Freiheit und gegen Wissenschaft“ ein „reaktionäres Sammelbecken im Hochschulsektor“, das im gesellschaftlichen Umfeld bis zum Neonazismus reiche.<sup>81</sup> Als dann in der Fernsehsendung „Titel, Thesen, Temperamente“ des Hessischen Rundfunks<sup>82</sup> die Professoren Alexander Mitscherlich, Helmut Gollwitzer, Jakob Taubes und Uwe Wesel den Bund für seine Ablehnung der eingeleiteten Hochschulreformen kritisierten und der HR-Redakteur Jürgen Peters hinter dieser Verweigerungshaltung Industrieinteressen walten sah, antwortete der Kölner Hochschullehrer für Soziologie und Pressesprecher des BFW, Erwin K. Scheuch, mit einer breiten Kampfansage an die „Berufslinken der älteren Generation“, die schon „in der Vergangenheit auch bei Anti-Atomtod-Kampagnen und ähnlichen Volksfront-Unternehmungen marschierten“ und damit im Bannkreis der Deutschen Kommunistischen Partei stünden. „Sperrfeuer gegen den Bund Freiheit der Wissenschaft – Nach dieser Frankfurter TTT-Sendung muß etwas geschehen“, lautete dazu die Überschrift.<sup>83</sup> Diesseits inhaltlicher Positionen fiel zunächst vor allem der sprachlich eskalierende Sprung auf, der die wie immer auch bitteren Auseinandersetzungen nunmehr ansiedelte in einer Semantik des militärischen Notstands und ultimativ zur Bildung einer antikommunistischen Front aufforderte. Zugleich war Nachahmung erkennbar. Das kriegerische Vokabular kommunistischer Gruppen, das zitiert wurde, und deren „Volksfront-Strategie“ der Zusammenarbeit mit linksliberalen Intellektuellen, die der Bund warnend aufzeigte, fungierten in Scheuchs Appell nicht bloß als Kennzeichnung des Gegners. Es zeichnete sich auch ein Vorbild ab. Auf die „Akti-

---

<sup>81</sup> Vgl. BFW: Der Gründungskongreß, S. 18, wo Hans Maier die Haltung der Bundesassistentenkonferenz kommentiert, und S. 119-124, wo die Stellungnahme des Verbandes Deutscher Studentenschaften vom 18. November 1970 nachgedruckt wird.

<sup>82</sup> Ausgestrahlt am 30. November 1970.

<sup>83</sup> HPI Nr. 5, 10. Dezember 1970.

onseinheit aller Freunde wirklicher Demokratie“, hinter der die DKP stehe, sollte die „Vereinigung derer“ folgen, die „den Linksextremismus als die gegenwärtig größte Gefahr für die Freiheit“ bekämpften.<sup>84</sup>

Aus der dem Neomarxismus abgeschauten Militanz wurde freilich kein Kampf außerhalb der Institutionen. Auch einen „Marsch“ durch diese hatte der Bund nicht nötig. In ihm sammelten sich vielmehr diejenigen, die nicht nur im universitären, sondern auch im gesellschaftspolitischen und staatlichen Gefüge schon einflussreiche Ämter ausübten. Dem BFW war ein maßgeblicher Teil der Führungseliten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden.<sup>85</sup> „Unterschätzen wir doch auch nicht, welche Rolle uns eigentlich zufällt“, rief der Tübinger Soziologe Friedrich H. Tenbruck den in Bonn Zusammengekommenen in Erinnerung: „Ohne uns, gegen uns wird es keine gültige und bleibende Lösung geben!“ Er gab dem wohl verunsicherten, aber kaum erschütterten Ehr- und Machtgefühl realistischen Ausdruck, wenn er den Hochschulreformern die nach wie vor zwingende Stellung der Ordinarien entgegenhielt: „Man kann uns Paritäten vorschreiben, aber nicht unser Sachurteil. Schwerlich lebt ein anderer Beruf so stark von Bereitschaft, Hingabe und Disziplin wie der wissenschaftliche.“ Wer sich mit den Wissenschaftlern nicht „ins Benehmen“ zu setzen vermöge, müsse scheitern.<sup>86</sup> So auffällig nun also deutsche Professoren die Leninische Revolutionsfrage „Was tun?“ stellten<sup>87</sup>, so medienwirksam sie den „Aufstand der Professoren“ und das „Widerstandsrecht“ der Hochschullehrer proklamierten<sup>88</sup>, so blieb doch die revoltierende Haltung vor allem eine symbolische Geste der Selbstermutigung. Die naiv falsche Revolutionsfantasie der Studenten diente einem zweckmäßig falschen Schreckbild, das die Professoren vom drohenden Universitäts-

---

<sup>84</sup> Ebd., S. 2f.

<sup>85</sup> Hermann Lübke beispielsweise war von 1967-1970 Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen, Hans Maier wurde noch 1970 (bis 1986) Staatsminister für Unterricht und Kultus in Bayern, war zudem Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Wilhelm Hennis war von 1971-1988 Mitglied im ZDF-Fernsehrat, Richard Löwenthal Berater des SPD-Parteivorstands und Mitglied, zeitweise stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Zu den BFW-Mitgliedern in hohen Staatsämtern zählten später zudem die Bundespräsidenten Karl Carstens und Richard von Weizsäcker, die Bundesminister Gerhard Stoltenberg, Manfred Wörner, Christian Schwarz-Schilling, die Landesminister Roman Herzog, Walter Leisler Kiep, Axel von Camphausen, die Bundesstaatssekretäre Alois Mertes, Carl Dieter Spranger, des weiteren zahlreiche Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Führungspersonal der Parteigliederungen von CDU, SPD und FDP, Rolf Rodenstock als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Bernhard Tacke als DGB-Bundesvorsitzender, Präsidenten der Obersten Bundesgerichte, Oberstaatsanwälte, Karl Holzamer als ZDF-Intendant und Gerhard Löwenthal als leitender ZDF-Redakteur sowie Hochschulrektoren und Vorsitzende von Verbänden und Stiftungen. Vgl. Theißen: Die Rolle der Interessenverbände, S. 116ff.

<sup>86</sup> BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kadenschmiede, S. 48.

<sup>87</sup> So Ernst Nolte: Was kann getan werden? Ebd., S. 31-37, Friedrich H. Tenbruck, ebd., S. 46, oder Hermann Lübke: Was zu tun ist. In: BFW: Der Gründungskongreß, S. 63-75.

putsch zeichneten. Der drohend hohe Ton in der Mobilisierung der öffentlichen Meinung, der den Studenten durchaus im Bewusstsein der Ironie nachgemacht war<sup>89</sup>, stand im Missverhältnis zum nächstliegenden Zweck, die staatliche Dienstaufsicht über Hochschulangelegenheiten einzufordern, das Ordnungsrecht in den Hörsälen durchzusetzen und einen reibungslosen Ablauf der Ausbildungsleistungen wiederherzustellen. Der Überschuss an ideologischem Alarm zielte jedoch darauf, über die Lage an den Hochschulen hinaus auf die angebliche Umsturzanfälligkeit der Bundesrepublik, die „aus guten historischen Gründen weit weniger Staat als die anderen Staaten dieser Welt“ sei<sup>90</sup>, aufmerksam zu machen und die liberale Staatsbegrenzung als fragwürdig zu bezeichnen. Darauf ist zurückzukommen.

Im Ergebnis der Tagung vom Juni 1970 fand sich ein Komitee<sup>91</sup>, das die Gründung einer „Vereinigung für die Freiheit der Wissenschaft“ vorbereitete und in dessen Namen sich Hans Maier an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien SPD, CDU/CSU und FDP wandte, um das Gespräch mit den Parteivorständen zu suchen:

„Während das Presseecho auf unsere Initiative geteilt war und kritische und zustimmende Berichte sich die Waage hielten, war das interne Echo im Hochschulbereich außerordentlich positiv. Wir haben in wenigen Wochen Hunderte von Zuschriften erhalten. Am bemerkenswertesten erscheint uns Zustimmung

---

<sup>88</sup> Hans Maier: Aufstand der Professoren. In: Welt am Sonntag, 20. Juli 1970, zitiert nach: BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 62-65 (64).

<sup>89</sup> Vgl. Hermann Lübkes Ermutigung, „Information“ und „Aktion“ zu organisieren: „Statt die Misere in uns hineinzufressen, werden wir sie künftig publizieren. Auch Professoren lernen allmählich, wie man das macht, und sie finden in wachsendem Maße dafür die Unterstützung Kundiger.“ In: BFW: Der Gründungskongreß, S. 68.

<sup>90</sup> Ernst Nolte in seiner Rede am 22. Juni 1970, in: BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 36.

<sup>91</sup> Diesem Kreis gehörten an: Roland Eckert, Edith Eucken-Erdsiek, Hans Joachim Geisler, Karl Häuser, Wilhelm Hennis, Gerhard Löwenthal, Richard Löwenthal, Hermann Lübke, Hans Maier, Thomas Nipperdey, Ernst Nolte, Heinz-Dietrich Ortlieb, Konrad Repgen, Walter Rüegg, Horst Sanmann, Erwin K. Scheuch, Hatto H. Schmitt, Hermann Schmitt-Vockenhausen, Gerhard Schröder, Friedrich H. Tenbruck, Michael Zöllner. Dieses Vorbereitungskomitee deckt sich weitgehend mit den Unterzeichnern des Gründungsaufufes im November 1970 (s.u.); zu den Genannten kamen dort hinzu: Heinz Sauermann, Gerd Tellenbach und Waldemar Wittmann, während Roland Eckert, Thomas Nipperdey und Michael Zöllner nicht mehr ausgewiesen sind. Vgl. BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 9, BFW: Der Gründungskongreß, S. 11, und BFW: Notizen zur Geschichte, S. 7 und S. 131f. Weitere Unterstützer lassen sich dem Beirat der HPI entnehmen: Johann Philipp Freiherr von Bethmann, Arthur Burkhardt, F. Wilhelm Christians, Hans Dichgans, Franz Ebner, Rudolf Wilhelm Eversmann, Heinz Kaufmann, Hans-Heinrich Rupp, Otto Schedl, Theodor Schieder, Ernst Schneider, Hellmut Sieglerschmidt, Franz Ludwig Graf Stauffenberg, Josef Stockhausen, Gerhard Stoltenberg, Bernhard Tacke und Ernst Topitsch. Vgl. HPI Nr. 1, 15. Oktober 1970, S. 1. Die Rechtsberatung des BFW wurde Roman Herzog übertragen, vgl. HPI Nr. 1, 21. Januar 1971, S. 5. Der bestimmende Ein-

und Ermunterung aus zwei Richtungen: einmal von seiten bekannter Reformrektoren und -dekane, die sich durch die jüngste Hochschulentwicklung um die Früchte ihrer Arbeit betrogen fühlen; zum anderen von seiten zahlreicher Assistenten, die in zum Teil erschütternden Berichten den politischen Meinungsdruck und die Berufspressionen beklagten, denen sie von seiten radikaler Gruppen ausgesetzt sind.“<sup>92</sup>

Gewiss waren weder Personen noch Motive, die bei der Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft zusammenwirkten, einheitlich. Akademische Frustrationen waren ebenso wie politische Vorstellungen unterschiedlicher Art auf der gemeinsamen Basis auszumachen. Sie nahmen ihren Ausgang in unterschiedlichem Maße von der Störung, der Unruhe, der demonstrativen Aufkündigung von Respekt vor Titel und Amt durch die Studenten, aber sicher auch von der Angst, von heftigen persönlichen Beschimpfungen und Einschüchterungen und von den Belastungen, die studentische Aktionen einerseits und erste Erfahrungen mit der Reform der Hochschulverwaltung andererseits brachten.

Die breitere Öffentlichkeit sollte, das war einhellige Absicht, über das, „was an den Universitäten wirklich geschieht“<sup>93</sup>, informiert werden. Im Mittelpunkt stand anfangs, wie Studentengruppen auf Prüfungen, Leistungsnachweise, Berufungsverfahren und Hochschulsatzungen Einfluss nahmen und Lehrveranstaltungen „sprengten“: Der Berliner Politikwissenschaftler Arnulf Baring, so der erste Bericht in den „Hochschulpolitischen Informationen“, weigerte sich „aus Protest gegen die am Otto-Suhr-Institut eingerissenen Prüfungsverfahren“ weiter an diesen teilzunehmen, da sie ungerecht seien, Ausdruck politischer Sympathien mit „engen Kontakten zwischen einzelnen Assistenten und Prüfungskandidaten“.<sup>94</sup> Ausführlich wurde das Exempel eines „Berufungsvorgang[s] in Berlin“ geschildert. An der Technischen Universität sei die Besetzung eines Lehrstuhls für mittelalterliche Geschichte daran gescheitert, dass der Studentenrat des Historischen Instituts mit Unterstützung von vier Assistenten den „Verzicht auf einen Leistungsnachweis zum Abschluß des Grundstudiums und auf die Hauptseminarprüfung (Lateinkenntnisse)“ gefordert habe. Die „marxistisch-leninistischen“ Studenten hätten als Lehrprogramm die „Kritik des Kapitalis-

---

fluss von Sozial- und Politikwissenschaftlern, Historikern und Juristen ist deutlich. Vgl. auch Theißen: Die Rolle der Interessenverbände, S. 170.

<sup>92</sup> Vom 7. Juli 1970, zitiert nach: BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 7-9.

<sup>93</sup> BFW: Der Gründungskongreß, S. 10.

<sup>94</sup> HPI Nr. 1, 15. Oktober 1970, S. 3f.

mus und Imperialismus, [...] den dialektischen und historischen Materialismus und die marxistische Politische Ökonomie“, die „Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft“ verlangt. Schließlich sei von der „Vollversammlung, an der 29 der etwa 100 Studierenden des Historischen Instituts teilgenommen hatten“ beschlossen worden, die vorgesehene Berufung abzulehnen. Der Bewerber, den Studenten gegenüber auf „ausreichende Lateinkenntnisse“ bestehend, habe sich unter Protest gegen die „rechtswidrige[n] Aktionen des Studentenrates“ und gegen deren „Duldung“ durch den Präsidenten der TU zurückgezogen.<sup>95</sup> Zitiert wurde aus Briefen, die organisierte Studenten an die auf Platz eins der Berufungslisten stehenden Kandidaten schrieben. So die Fachschaft Politische Wissenschaft der Universität München, die sich in einem Berufungsverfahren übergangen sah, an einen Hochschullehrer: „Wir legen Ihnen daher nahe, sich und uns Verdruß zu ersparen und auf den Ihnen angebotenen Lehrstuhl zu verzichten.“ Die „Demokratischen Jurastudenten“ in Heidelberg teilten einem für Öffentliches Recht zu berufenden Professor mit, man habe erkannt, wie sehr seine Forschungstradition „einer Emanzipation der Gesellschaft von irrationaler Herrschaft entgegensteht“. Er müsse sich vor einer studentischen Vollversammlung „wissenschaftlich zu legitimieren versuchen“.<sup>96</sup> Als Menetekel für die Massivität der Drohungen und die negativen Folgen für die wissenschaftliche Qualität der Hochschulen wurde der Fall von Robert Spaemann angeführt: „Professor Spaemann verläßt Heidelberg“, hieß es, und wiedergegeben wurde ein offener Brief des Philosophen:

„Mein Entschluß hat keine persönlichen und familiären Gründe, und ich bin mir bewußt, mich mit dem Verlassen des Heidelberger Lehrstuhls selbst einer der schönsten Wirkungsmöglichkeiten zu berauben, die sich ein Lehrer der Philosophie wünschen kann. Leider hatte diese Möglichkeit einen zu hohen Preis. Sie schloß die Bereitschaft ein, gewisse gewaltsame politisch bedingte Einschränkungen der Lehrfreiheit innerhalb der Universität hinzunehmen. Ich nenne die Namen van der Meulen, Molt, Frau von Baeyer, Tenbruck. Herr van der Meulen [hier eine Fußnote der HPI-Redaktion: „Der Philosoph und Psychotherapeut van der Meulen beging im vergangenen Jahr Selbstmord. Als Begründung dafür nannte er in einem Abschiedsbrief die studentischen Aktionen, in denen er eine erneute Gefährdung der wissenschaftlichen Freiheit sah.“] wünschte seinem Tod

---

<sup>95</sup> HPI Nr. 4, 5. März 1971, S. 6-8.

die Bedeutung eines Signals zu geben. Das Signal wurde nicht verstanden. Kein Student ging mit zu seinem Grab. Ich glaubte, dieses Signal verstärken zu sollen, wengleich ich mir keine Illusionen über die Wirkung mache. [...]“<sup>97</sup>

Ebenfalls in Heidelberg würden die Vorlesungen des Historikers Werner Conze „systematisch gestört“, um Diskussionen zu erzwingen. Es sei „ohne Grund zu Professor Conze ‚Du Lügner‘ und ‚Halt den Mund, du Schleimscheißer‘ gesagt“ worden, woraufhin vierundzwanzig Professoren und Assistenten in einen Solidaritätsstreik getreten seien, um „die mit terroristischen Mitteln durchgeführten Störungen“ zu verurteilen.<sup>98</sup> Zustimmend wurde die Intervention der Landesregierung Baden-Württemberg zur Rettung der Universität gemeldet: „Vor der Landespressekonferenz erklärte Ministerpräsident Filbinger, die Landesregierung werde es nicht hinnehmen, daß ‚eine Handvoll von radikalen Kerlen‘ eine der empfindlichsten und kostspieligsten Einrichtungen kaputt mache.“<sup>99</sup> In Hamburg „sprengten“ Studenten „trotz der Intervention des Universitätspräsidenten“ die Vorlesung des Politologen Hans-Peter Schwarz. Zitiert wurde unter der Überschrift „Gewalt: ‚Unter anderem auch in der Vorlesung des Herrn Schwarz‘“ aus der Presseerklärung des Allgemeinen Studentenausschusses:

„Wir werden den Kampf gegen Schwarz, gegen seine Kriegsforschung, den Kampf für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für die Anerkennung der DDR, für eine Europäische Sicherheitskonferenz, und d.h. den Kampf für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt gegen die Interessen der aggressivsten Teile des westdeutschen und internationalen Großkapitals unter anderem auch in der Vorlesung des Herrn Schwarz fortsetzen!“<sup>100</sup>

---

<sup>96</sup> HPI Nr. 1, 15. Oktober 1970, S. 5.

<sup>97</sup> Brief von Robert Spaemann an den Dekan der Philosophischen Fakultät, Ernst Tugendhat, zitiert nach: Ebd., S. 5f.

<sup>98</sup> HPI Nr. 10, 8. Juni 1971, S. 9-12.

<sup>99</sup> HPI Nr. 11, 21. Juni 1971, S. 10.

<sup>100</sup> HPI Nr. 15, 20. August 1971, S. 12-14. Der Vorwurf ging dahin, Hans-Peter Schwarz in die Nähe des Faschismus zu rücken; der Anklang an die orthodox-marxistische Faschismus-Definition des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern von 1933 ist unverkennbar. Dort hieß es: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Zitiert nach Wolfgang Schieder: Art. Faschismus. In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. II, Freiburg, Basel, Wien 1968, Sp. 438-477 (458).

Es kam vieles zusammen, was die Neigung der zunächst antiautoritären Studentenbewegung hin zum dogmatischen, ausgesprochen autoritären Parteikommunismus anzeigte. Der breite Protest für offenere, diskussionsfreudigere Lehrformen und gerade in der Geschichtswissenschaft auch für sozialhistorische Forschungsmethoden, die unter linksliberalen Professoren viel Sympathie genossen, war noch nicht verschwunden, wurde aber durch direkte Drohungen gegen ausgesuchte Hochschullehrer verdrängt, wenn nicht gar entwertet. Demokratisierung hieß im antiautoritären Verständnis, sich Freiräume für alternative und gemeinsam unternommene Denkanstrengungen zu schaffen. Dazu gehörte, sich an den traditionellen Fachvertretern zu reiben und intellektuell mit ihnen zu ringen. Sie einschüchtern, vertreiben zu wollen oder nur noch fernzuhalten, signalisierte ein geistiges Veröden der studentischen Impulse. Die ironisierende Infragestellung von Konventionen und Umgangsformen, die in der deutschen weit mehr als etwa der amerikanischen Universität Distanz schufen und formelle Hierarchien betonten, der Versuch, egalitäre menschliche Achtung in das überkommene System Hochschule einzuführen, verlor an Kraft gegenüber intoleranter Missachtung akademischer Tätigkeit und zuweilen schlichter Rohheit. Wo ein „Initiativkomitee der Roten Zellen“ von den Professoren einer Archäologischen Fakultät als „akademischen Scheißern“ sprach, mit denen es „nichts mehr zu verhandeln gibt“<sup>101</sup>, konnten die Betroffenen mit der Unterstützung nahezu aller Hochschullehrer rechnen, in jedem Fall aber mit dem solidarischen Reflex der liberalen und konservativen Professoren. Der im allgemeinen unwahre Satz, mit dem sich der Bund Freiheit der Wissenschaft gründete: es sei „der alte Gegensatz zwischen ‚Konservativen‘ und ‚Reformern‘ in hochschulpolitischen Fragen überholt“, in diesen konkreten Fällen wurde er wahr. Und wenn auch die Gleichsetzung mit den antisemitischen Übergriffen nationalsozialistischer Studenten auf den nach Breslau berufenen Rechtsprofessor Ernst Cohn im November 1932<sup>102</sup> oder mit den kommunistischen Säuberungen in der DDR<sup>103</sup> der effektvollen Skandalisierung der westdeutschen Studentenbewegung diene, so forderte nun ein Politikwissenschaftler wie Richard Löwenthal, der vom NS-Regime als Jude und Sozialist ins Exil vertrieben worden war, einen gegen die Willkür und Gewalt der Studentenbewegung gerichteten Konsens. Löwenthal war nicht der einzige sozialdemokratische Hochschulreformer im BFW.

---

<sup>101</sup> HPI Nr. 2, 29. Oktober 1970, S. 7f.

<sup>102</sup> HPI Nr. 2, 29. Oktober 1970, S. 8.

<sup>103</sup> HPI Nr.3, 12. November 1970, S. 6.



Am 29. Oktober 1970 wurde der Gründungsaufwurf veröffentlicht<sup>104</sup>: Die Hochschulen müssten dem raschen und tiefgreifenden Wandel gerecht werden. „Modeströmungen“ und „ideologische Heilslehren“ aber böten keine Antwort. Die gesellschaftlichen Ansprüche an die Wissenschaft seien gewachsen, das „gesellschaftliche Dasein in viel stärkerem Maße von der Wissenschaft bestimmt“ als je zuvor. „Demokratisierung“ so verstanden, „daß sozial ungerechte Zugangsbeschränkungen beseitigt werden“ und „die Lehrkörper beträchtlich erweitert“, sei sinnvoll, entscheidend aber, dass „Parteinahme“ der Wissenschaft fremd bliebe. Marxismus habe einen „legitimen Platz an der Hochschule“, doch nicht als „fanatischer Anspruch auf Alleinbesitz der Wahrheit“. Für die Mitwirkung der Studenten böten sich eine Fülle von Möglichkeiten an. Aber ihre „unbegrenzte Mitbestimmung“ sei „das Brecheisen, mit dem die deutsche Universität als die schwächste Institution der Gesellschaft aus den Angeln gehoben werden kann.“ Um die Reform der Hochschulen sei ein „Rauchschleier“, hinter dem letztlich ein „Angriff“ auf die „westlich-parlamentarische Gesellschaftsordnung“ vor sich gehe. „Lähmung und Vernichtung“ – vor einer solchen Gefahr stünden heute die Hochschulen, morgen könne es den Staat treffen:

„Die zahlreichen unverhüllten Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft sind in den letzten Jahren auf merkwürdig geringen Widerstand gestoßen. Obwohl Verleumdungen, Terror, Gewaltanwendung und Rechtsverletzung immer üblicher wurden, beschönigte man dies alles als eine Folge verzögerter Reformen des Hochschulwesens oder einfach als jugendlichen Radikalismus, wie es ihn eh und je gegeben habe. Man nahm nicht zur Kenntnis, was die ‚progressivsten‘ studentischen Kreise offen erklärten, nämlich, daß die Hochschulen für sie ein Manövrierfeld zur Vorbereitung des Vernichtungskampfes gegen die ‚spätkapitalistische‘ Gesellschaft seien.“<sup>105</sup>

Ohne die sprachlichen Dramatisierungen, die freilich eine bedeutende Zugabe darstellen, blieben inhaltlich polyvalente Positionen. Eine Fortentwicklung der Hochschulen wurde als Fortschritt bejaht, die Gründe dafür aber äußerlich und anonym der Dynamik des sozialen Wandels zugeschrieben, der das Handeln erzwingt. Was getan werden sollte, wurde als Funktionsreform verstanden, mit deren Hilfe die

---

<sup>104</sup> Zitiert nach: BFW: Der Gründungskongreß, S. 7-11.

inneruniversitären Abläufe sich straffen und der Absolventenausstoß im Dienste der Wirtschaft sich steigern ließe. Der sozialdemokratische Gedanke, für Chancengleichheit beim Bildungserwerb zu sorgen, wurde angedeutet und sogleich zur Fairness der Bewerbungsmöglichkeiten verengt. Die Universität sollte nicht mehr nur für eine schmale Elite da sein, aber über allem stand das Ziel der „Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institution“. Die Studenten sollten mitwirken, soweit es ihre Arbeitsbedingungen als Belehrte betraf, ihre Mitbestimmung in Fragen der „freien“ Wissenschaft hingegen galt als Gefahr, die definitiv auszuschließen war. Der Aufruf war durchzogen von einem Grundstrom der Unheilserwartung, der sich zum scharfen Misstrauen gegen den Begriff der Demokratisierung hin konkretisierte.

Gleich der Regierungserklärung einer Mehrparteienkoalition zeichnete sich das Gründungsdokument des Bundes dadurch aus, dass ein jeder etwas für sich darin finden konnte. Das uneinheitliche Autorenkollektiv wurde kenntlich. Die konservative Position mit ihren rein negativen Bestimmungen fiel dabei umso stärker ins Gewicht. Und die daraus abgeleitete, affektheisende Sprache, die aufforderte, den Feind zu erkennen, war relevant, denn sie half, Binnenfraktionen zu relativieren, die Identifikation mit der gefährdet geglaubten Ordnung zu verabsolutieren, emotionalen Anschluss einzuwerben, kurz, die Einheit in der Abwehr herzustellen.

Der Aufruf hatte Erfolg. Er traf auf ein Bedürfnis. Als am 18. November 1970 der Gründungskongress des Bundes Freiheit der Wissenschaft in Bad Godesberg begann, gab es großen Andrang. Vorab schon waren nach Auskunft des BFW mehr als zweitausend Sympathiebekundungen und Beitrittsanträge eingegangen. Zur Versammlung selbst kamen 1.700 Personen, zur Hälfte Hochschullehrer, zur Hälfte Assistenten, Studenten, Politiker, Wirtschafts-, Verbände- und Pressevertreter.<sup>106</sup> Ein Beobachter, den die linksliberale „Aktionsgruppe Hochschullehrer“ an der Freien Universität Berlin entsendete, der Soziologe Wolf Lepenies, sah die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Er saß im Publikum und machte Notizen, in denen er Beifall und Zwischenbemerkungen der ihn umgebenden Teilnehmer zu charakterisieren versuchte: Die Emotionen fand er apolitisch, demokratiemüde und autoritätsfixiert. Er sei sich wie in einer NPD-Versammlung vorgekommen. Das wiederum verstand

---

<sup>105</sup> Ebd., S. 7.

<sup>106</sup> Vgl. die Angaben in HPI Nr. 4, 26. November 1970. Folgt man den Angaben des BFW und den von Nina Grunenberg, die aus der Lehrkörperstatistik für das Jahr 1970 insgesamt 4849 Ordinarien in der Bundesrepublik zitiert, so waren in Bad Godesberg immerhin rund 18 Prozent dieser Gruppe anwesend. Vgl.: Dies.: Professoren auf dem Prüfstand. In: Die Zeit, 27. November 1970, zitiert nach: BFW: Der Gründungskongress, S. 130-134 (130).

der FU-Politologe Alexander Schwan, der dem Bund angehörte, als Denunziation. Die Berliner Lager warfen sich gegenseitig die unlautere Absicht persönlicher Beschädigung vor.<sup>107</sup> Nina Grunenberg, die für die „Zeit“ berichtete, schrieb, der Gruppenauftritt, das „süße, ungewohnte Gefühl der Solidarität“ habe die Professoren nach Jahren der Frustration so erleichtert, dass sie in „frenetischen“ Jubel ausbrachen. Den Bund bezeichnete sie als ein „Mixtum compositum“, dessen positiver politischer Wille hinter „markigen Worten“ noch nicht absehbar sei.<sup>108</sup>

*a) Wilhelm Hennis*

Der 1923 geborene Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis wich in seinem Referat auf dem Gründungskongress des BFW am weitesten ab von dem Tenor, der im Aufruf vorgegeben worden war. Der Direktor des Seminars für wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg bekannte gar Verständnis für die Kritik der Studenten, die er vom Marxismus ablöste und zugleich entdramatisierte. Eigentümlicher aber noch musste den Zuhörern auffallen, wie er die Freiheit der Wissenschaftler, die in Bad Godesberg idealiter in aller Munde war, von ihrer destruktiven Seite her problematisierte.

Hennis, Mitglied der SPD seit 1946, stellte sich als Jurastudent in Göttingen öffentlich gegen den westdeutschen Antikommunismus und eine aus ihm begründete Wiederbewaffnung. Er verdächtigte diese Haltung eines verbrämt fortlebenden Faschismus. Auf solchem Antikommunismus, schrieb er 1949, „können in Deutschland nur Faschismus und Nationalismus gedeihen, die sich stets in einer Feindposition sehen müssen, damit ihnen überhaupt irgendein Sinn zukommt. Demokratische Lebensart wächst auf anderem Boden.“<sup>109</sup> Er rief zur ersten Bundestagswahl auf, indem er, gegen „Skepsis“ und „Lethargie“ der zur Wahl Gerufenen, an ein allgemeines

---

<sup>107</sup> Vgl. den Brief von Dieter Claessens, Direktor des Instituts für Soziologie an der FU Berlin, an Hans Maier, inzwischen bayerischer Kultusminister, vom 14. Januar 1971, in dem er Wolf Lepenies gegen „ein regelrechtes Kesseltreiben“ schützen zu müssen meinte, um zu verhindern, „daß ein junger Wissenschaftler auf diese Weise kaputt gemacht wird“. Maier antwortete, es sei vielmehr „gegen den Bund Freiheit der Wissenschaft eine in ihren Mitteln nicht wählerische Kampagne entfesselt“ worden, und von der Bezeichnung „akademische NPD“ fühle er sich persönlich um so mehr getroffen, als er durch seine Äußerungen „gegen den Verdacht gefeit“ sei, er nähme „braunen Terror weniger ernst als roten.“ Zitiert nach: HPI Nr. 2, 5. Februar 1971, 1-3.

<sup>108</sup> Nina Grunenberg: Professoren auf dem Prüfstand. In: Die Zeit, 27. November 1970, zitiert nach: BFW: Der Gründungskongreß, S. 130-134.

<sup>109</sup> Wilhelm Hennis: Krieg aus Angst. Wiederaufrüstung im Schatten der Vergangenheit. In: Göttinger Universitäts-Zeitung 4, Heft 1 (1949), S. 7-8 (7).

bürgerliches Freiheits- und Staatsbewusstsein appellierte, das die moralische „Bereitschaft zum Staate“ aufbringen sollte, obwohl die grundlegenden Fragen der Verfassungsgebung schon ohne das Volk entschieden worden seien.<sup>110</sup> Anfang der 50er Jahre, nach seiner staatsrechtlichen Promotion bei Rudolf Smend in Göttingen, wurde Hennis zunächst Mitarbeiter des Rechtsexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Adolf Arndt. Die juristische Ausbildung im öffentlichen Recht und die rechtswissenschaftliche Bewertung politischer Fragen betrachtete er als Gütezeichen. Er wechselte 1953, nach dem Scheitern der erhofften Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundesverfassungsgerichts, an die Universität Frankfurt am Main. Dort hatte der sozialdemokratische Jurist Carlo Schmid (1896-1979), vormals Mitglied des Parlamentarischen Rates, einen der ersten politikwissenschaftlichen Lehrstühle der Bundesrepublik übernommen. Hennis wurde sein Assistent, habilitierte sich 1960 und lehrte Politologie an der Pädagogischen Hochschule Hannover und an der Universität Hamburg, bevor er 1967 zum Ordinarius in Freiburg berufen wurde.<sup>111</sup>

Hennis hatte einen Begriff der Politik – er nannte ihn den „älteren“ –, der sehr stark wertbezogen, moralisch aufgeladen und orientiert war an der Tugend des Bürgers in einem „guten Gemeinwesen“, das dem Zweck des menschlichen Glücks verpflichtet ist. Diese Idee der Politik nahm das Politische als Sphäre eigener Bedeutung, die von vorgegebenen Sätzen der Ethik bestimmt, nicht aber aus materiellen Kräften, Konflikten, psychologischen Nöten oder sozialfunktionalen Erfordernissen abgeleitet war. Auf einer Studienreise an die Universität Harvard und durch die USA setzte Hennis sich 1952 mit der amerikanischen politikwissenschaftlichen Szene auseinander, wies aber das Konzept einer Political Science zurück, die normative und institutionelle durch sozialpsychologische oder funktionalistische Kategorien ersetzte. Die Amerikanisierung der westdeutschen Politikwissenschaft lehnte er ab. In den USA orientierte er sich an deutschen Emigranten wie Eric Voegelin und Leo Strauss, die eine geistesgeschichtliche Verwurzelung des Faches bewahrten. Jede Form des Positivismus war Hennis zuwider.<sup>112</sup> Mit dem stolzen Maßstab einer allgemeinen Humanität urteilte Hennis über die Ermöglichung und Begrenzung je legitimer Re-

<sup>110</sup> Wilhelm Hennis: Vierzehnter August. In: Göttinger Universitäts-Zeitung 4, Heft 15 (1949), S. 1-3.

<sup>111</sup> Vgl. Wilhelm Hennis. In: Munzinger/Internationales Biographisches Archiv 43/1997, Wilhelm Hennis im Gespräch mit Gangolf Hübner: Politikwissenschaft als Disziplin. Zum Weg der politischen Wissenschaft nach 1945. In: NPL 44 (1999), S. 365-379, und Wilhelm Hennis: Politikwissenschaft als Beruf. „Erzählte Erfahrung“ eines Fünfundsechzigjährigen (1998). In: Ders.: Politikwissenschaftliche Abhandlungen. Bd. 1: Regieren im modernen Staat, Tübingen 1999, S. 381-415.

gierungsmacht. In seinem 1957 gehaltenen Vortrag zum Problem des Staates in der neueren deutschen Geschichte wandte er sich ab von der nationalen Klage über die verlorene Staatsmacht: „Daß ‚Staatsbewußtsein‘, ‚Staatsgefühl‘, ‚Staatsgesinnung‘ Desiderata der deutschen Gegenwart sind, ist ein Gemeinplatz“, begann er. „Wie aber steht es um das Staatsverständnis? Welche Idee, Anschauung, ‚Theorie‘ im allgemeinen Sinne, liegt dem gegenwärtigen deutschen Denken über Staat und Politik zugrunde?“<sup>113</sup> Seine eigene Verlustanzeige betraf nicht die Macht, sondern das Bewusstsein für die ethische Zweckbestimmung des deutschen Staates. Dieses vor allem sei verloren gegangen. Die „Wiedergewinnung einer inhaltlichen Theorie der Politik“, die der entleerten Definition von Politik als Machthandeln zu begegnen vermochte, stellte er sich zur Aufgabe. Er versprach sich „von einem Überblick über diesen Prozeß fortschreitender Entleerung aber auch einiges Licht auf die Ursachen des jüngsten deutschen politischen Unheils“.<sup>114</sup> Sei nicht der „gegen westeuropäisches und angelsächsisches Denken“ ausgespielte so genannte deutsche Staatsgedanke ein „besonders forciertes Verschleudern gemeineuropäischer Tradition?“ Hennis fragte, ob, und er glaubte, dass dies eine „fragwürdige Absonderung“ Deutschlands sei. „Auf diesem Wege kann man zwar nicht das positive Aufkommen des Nationalsozialismus erklären“, fügte er hinzu, „wohl aber die Schwäche der Widerstandskraft.“ Ein Versuch, den „älteren Traditionsbestand“ wieder zu finden, sei am „Leitfaden des ‚Staates‘“ nicht möglich. „Denn ‚Staat‘, der Begriff ‚Staat‘ steht ja gerade für die Entwicklung zum modernen Machtstaat, den man als ‚Betrieb‘, als ‚Apparat‘ verstehen kann, dessen sich jeder zu beliebigen Zwecken glaubt bedienen zu können, verfügt er nur über die Macht letztinstanzlicher Bestimmung, wie immer diese erworben sein mag.“<sup>115</sup> Die Verfallsgeschichte der höheren politischen Zwecke ließ Hennis mit Machiavelli beginnen, dem Politik Machttechnik gewesen sei, er führte sie über Thomas Hobbes, der bloß Machttrieb und Todesfurcht als Gründe für den Staat gesehen habe, und über Montesquieu, der Tugend staatsmechanisch zur Triebfeder der Republik gemacht habe, bis auf Rousseau und Marx, bei denen der „radikale Wandel“ offenbar geworden sei: „Ist bis dahin die Tugend etwas dem Menschen Aufgegebenes ohne Rücksicht auf seine Schwächen und psychischen Affekte“, so

---

<sup>112</sup> Vgl. ebd., S. 369ff. Spätestens seit den 60er Jahren, so Hennis im Rückblick, sei die westdeutsche Politikwissenschaft „nur noch eine Unterdisziplin der Soziologie“ geworden, diese ihrerseits „eine Mixtur aus Marx und Parsons“. Ebd., S. 373.

<sup>113</sup> Wilhelm Hennis: Zum Problem der deutschen Staatsanschauung. Vortrag im Rahmen der Hessischen Hochschulwochen in Bad Wildungen, Oktober 1957. In: VfZ 7 (1959), 1-23 (1).

<sup>114</sup> Ebd., S. 3.

werde sie jetzt reduziert zu „einem Produkt sinnlicher Erfahrung“.<sup>116</sup> Hennis hielt Kants radikale Vernunftkritik, Rankes Historismus und die „Verachtung der allgemeinen Menschheitsidee“ in der deutschen Nationalbewegung, er hielt den Rechtspositivismus, Max Webers Zurückführung des Politikbegriffs auf Gewalt und Fügsamkeit und schließlich Carl Schmitts Definition, dass das Politische keine eigene Substanz habe, für Wegmarken zum „Ende der naturrechtlichen Tradition“ in Deutschland. „Das Ergebnis ist offenkundig“, schloss er: „Wenn es keinen spezifischen Inhalt des Politischen und keine spezifische Aufgabe des Staates gibt, so kann eben alles politisch und staatlich werden, warum also nicht auch – ich ziehe nur die Konsequenzen des Schmittschen Gedankengangs – der ‚rassische‘ Blutanteil eines Menschen [...]“.<sup>117</sup> Von dem Versuch einer Aufarbeitung deutscher Vergangenheit her, ein Erfordernis, das ihn prägte und antrieb<sup>118</sup>, sah Wilhelm Hennis die vornehmste Bestimmung der Politikwissenschaft in einer Aufgaben-, Ziel- und Normenlehre der gesamten Politik. Er setzte sie scharf ab gegen einen spezialisierenden, Teildisziplinen auseinanderdividierenden soziologischen Szientismus, der eine Wertfreiheit, eine, so Hennis, „sogenannte ‚Wirklichkeit‘ ‚voraussetzungsloser‘ politisch-empirischer Forschung“ postuliert.<sup>119</sup> Die Menschen stellten weiterhin die Frage, wonach eine politische Gemeinschaft streben soll, welchen Zweck die Politik habe, auch wenn die Wissenschaft solche Fragen für töricht erkläre. „Es mag sein“, so Hennis in der Einleitung seiner Habilitationsschrift, „daß der Bürger einmal verlernt haben wird, solche Fragen zu stellen. Die politische Wissenschaft sollte sich davor sichern, daran mitschuldig zu werden. Sie durchschneide ihren eigenen Lebensfaden, bemühte sie sich nicht, auf solche Fragen Antwort zu geben.“<sup>120</sup> Dreh- und Angelpunkt von Hennis‘ Habilitation war der von ihm im 19. Jahrhundert verortete „einzigartige Traditionsabbruch“<sup>121</sup> der älteren, noch aus antiken Wurzeln stammenden Polislehre, die im Sinne einer „praktischen Philosophie“ auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten Einfluss nahm. Das politische Motiv hinter seiner Frage-

---

<sup>115</sup> Ebd., S. 4.

<sup>116</sup> Ebd., S. 13.

<sup>117</sup> Ebd., S. 23.

<sup>118</sup> Vgl. Wilhelm Hennis im Gespräch, S. 372: „Die Frage, die jeden denkenden Menschen beschäftigen mußte, war doch, wie die ‚Umwälzung‘ von 1933 geschehen konnte. Über ein zivilisiertes Land war die Barbarei gekommen. Wie konnte das geschehen, wie kann man verhindern, daß es erneut geschieht? [...] Alle Fragen des Regierungssystems, der ‚Regierbarkeit‘, der Erziehung standen im Schatten des Ereignisses von 1933.“

<sup>119</sup> Wilhelm Hennis: Politik und praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft. Neuwied, Berlin 1963, S. 20.

<sup>120</sup> Ebd., S. 18f.

<sup>121</sup> Ebd., S. 125.

stellung aber war das Problem des Nationalsozialismus, das er zum Problem des machstaatlichen Positivismus machte: Die Problematik um den Begriff des Staates, „die schwere Belastung, die er für angemessenes politisches Denken darstellt“, werde erst heute, „nach der erneuten Erfahrung dessen, was eine Tyrannis ist, langsam sichtbar.“

„Gehört es doch zum wesentlichen des modernen Staatsbegriffs, daß er gegenüber den Erscheinungsformen politisch staatlicher Herrschaft, die ja auch eine tyrannische sein kann, völlig indifferent ist. Welche Probleme dadurch aufgeworfen werden, zeigt in aller Deutlichkeit die alles andere als bloß technische Frage der Fortdauer der nationalsozialistischen Beamtenrechte. Wer begründet die Rechte und Pflichten eines ‚Staatsdieners‘? ‚Der Staat als solcher‘, ein Abstraktum, eine überhistorische Kategorie oder eine konkret-geschichtliche Ordnung, die durch ihre Verfassungsprinzipien zutiefst bestimmt, den je und je neu zu bewährenden Anspruch erhebt, solche Rechte und Pflichten begründen zu können?“<sup>122</sup>

Sein Festhalten an den tradierten Kategorien von Recht, Macht, Herrschaft, Legitimität oder eben auch der des „Despotismus“, der „Tyrannis“ und seine Warnung vor der fortschreitenden Spezialisierung auf einzelne Politikfelder trugen ihm schließlich den Vorwurf ein, „Opas Politikwissenschaft“ zu betreiben.<sup>123</sup> Und doch, Hennis repräsentierte Ende der 60er Jahre das pädagogische Gründerkonzept einer Politologie, die engagiert und bekennd nicht nur für die Verfassungsidee, sondern ebenso für die etablierte Institutionenordnung der Bundesrepublik einstand. Dazu gehörte die Bereitschaft zur Politikberatung. Hennis hatte 1964 den Vorsitz der Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung übernommen. Ein Streit um die Einführung des Mehrheitswahlrechts, das er vergeblich forderte, war es, der Ende der 60er Jahre zum Bruch mit der SPD und zum Übertritt in die CDU führte. Hennis befürwortete die Konzentration der politischen Macht in Ämtern mit repräsentativer Verantwortlichkeit und lehnte die Verbreiterung der demokratischen Teilhabe durch plebiszitäre Formen der Willensbildung ab. „Die deutsche Unruhe“, nicht das undemokratische Untertanentum betrachtete er als die eigentliche Gefahr, die der Freiheit drohe, und von diesem Punkt her entsetzte er sich

---

<sup>122</sup> Ebd., S. 63f.

nach 1968 über die Studentenbewegung. „Eine Geschichtsschreibung Deutschlands, die nicht ständig von der Frage angetrieben wird, wie es in diesem Lande zum Nationalsozialismus hat kommen können“, schrieb er in einem Aufsatz im Januar 1969, „ist m.E. keinen Pfifferling wert.“<sup>124</sup> Darin stimmte er der neuen Linken zu. Gerade aber eine solche Besinnung musste in seinen Augen zu dem Ergebnis führen, dass vor der „deutschen Zipfelmütze“ sich „noch nie jemand gefürchtet“ habe, „wohl aber vor dem Furor teutonicus, der deutschen Wildheit und Besessenheit, unserer Radikalität und Unfähigkeit zum Kompromiß.“<sup>125</sup> Was die Studenten taten, war für ihn „politischer Aktivismus“, der sich daran berauschte, Autoritäten und Amtspersonen herabzuwürdigen, nur um das Erlebnis eines antibürgerlichen „Lebensstils“ auszukosten. Gerade das wirke bedrückend auf ihn, was die Liberalen an der studentischen Bewegung priesen: „das ‚Engagement‘, der ‚Elan‘, die vor nichts sich scheuende ‚Einsatzbereitschaft‘. Ich kann nicht verhehlen, ich mag diese Worte nicht.“<sup>126</sup> Er glaubte an eine „pragmatische Nüchternheit“ nach 1945, an die humane „Kargheit“ im Stil Konrad Adenauers und wandte sich gegen die „eilige Denunzierung des privaten Strebens nach dem ‚kleinen Glück‘ der Wohlstandsgesellschaft“.<sup>127</sup> Er verglich die neue Linke der Bundesrepublik mit der nationalistischen Rechten der Weimarer Republik unter dem Rubrum einer „Revolution“, die gespeist sei aus dem „Haß wider die Bürgerlichkeit“.<sup>128</sup> Eine tief illiberale Tendenz beginne die Studentenbewegung zu dominieren. „Die intolerante Unduldsamkeit, die Unfähigkeit, miteinander zu diskutieren, das Alles-schon-so-genau-Wissen, die Irrationalität trotz ständigen Zitierens der Rationalität, – ich glaube, man kann vor ihnen nicht mehr die Augen verschließen. Ich bin außerstande, in der deutschen Unruhe eine Hoffnung zu sehen.“<sup>129</sup> Großen Anteil am Aktivismus der Jugend und an der, wie Hennis sich sorgte, Unfähigkeit sozialliberaler Hochschullehrer, Publizisten und Politiker, ihn in die Schranken zu weisen, schrieb er dem Unverständnis über den Begriff der Demokratie zu. Die Demokratisierung als den „Generalanspruch unserer Zeit“ beobachtete er aus großer Distanz. Kritisch sah er, wie Willy Brandt im Bundestagswahljahr 1969 mit der Demokratisierung der Gesellschaft warb. Als eine „gedankenlose liberale Parole“ verflache die Forderung die „höchsten Begriffe“ der Politik. Gravierender aber noch sei,

---

<sup>123</sup> Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 390, zu Hennis' Fragestellung auch S. 413f.

<sup>124</sup> Wilhelm Hennis: Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik. Hamburg 1969, S. 125.

<sup>125</sup> Ebd., S. 127.

<sup>126</sup> Ebd., S. 132.

<sup>127</sup> Ebd., S. 133.

<sup>128</sup> Ebd., S. 134.



dass Demokratisierung zu den „typischen transitiven Begriffen“ der Geschichtsphilosophie gehöre. Hennis lastete dem Drängen auf Demokratisierung eine Aufhebung der Grenze zwischen politisch-staatlicher und gesellschaftlich-privater Sphäre an.<sup>130</sup> „Ich scheue mich nicht zu sagen“, so warnte er in einem Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Juni 1969, „daß das, was sich hinter diesem Begriff verbirgt, auf die Preisgabe von Grundlagen der abendländischen politischen Kultur hinausläuft, wie sie einschneidender nicht gedacht werden kann.“<sup>131</sup> Unter Rückbezug auf Aristoteles trennte Hennis die politische von der privaten Herrschaft. Die dem Begriff der Demokratie unverzichtbar zugeordneten Bestimmungen von Freiheit und Gleichheit seien nur im politischen Raum erfüllbar. In der Familie, in den Schulen, den Universitäten und in der Wirtschaft hingegen herrsche Abhängigkeit, die aus sach- oder naturnotwendiger Ungleichheit resultiere: die Ungleichheit des unmündigen Kindes im Verhältnis zu den Eltern, die Ungleichheit des zu Belehrenden gegenüber dem Lehrenden, die Ungleichheit entlang von „Kompetenzdifferenzen“, die unaufhebbar sei.<sup>132</sup>

Eigensinnig konservativ äußerte sich Hennis' Skepsis gegen den wissenschaftlichen Fortschritt, den er, auch bezogen auf sein Fach, weitgehend als Verfallsgeschichte der Humanität deutete. Grundlage der modernen Wissenschaft sei „Haß auf die natürlichen Bedingungen unseres Lebens“, und aus dieser Emotion rührte Hennis zufolge auch „die emanzipatorische Forderung nach Demokratisierung von auf Grund der *Natur* durch Ungleichheit bestimmten Sozialatbeständen“. Da solche wibernatürlichen Hoffnungen unerfüllbar seien, da „illusionäre Erwartungen nicht eingelöst werden können, könnte am Ende auch dieser illusionären Erwartung hier wie immer nur stehen: die Agonie der Freiheit.“<sup>133</sup> Hennis geriet bei der Studentenbewegung unter den Verdacht „restaurativer“ Absichten.<sup>134</sup> Die kulturkritische Position, die seinen Stil prägte, konnte gleichwohl selbstbewusst auch mit der kritischen Theorie sympathisieren, wo es galt, die unreflektierte Dienstbarkeit der Wissenschaft für die Macht und die Selbstzerstörung der technischen Zivilisation zu benennen.

„Ich muß Horkheimer zustimmen“, sagte Hennis vor der Gründungsversammlung des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Er zitierte den ehemaligen Leiter des

---

<sup>129</sup> Ebd., S. 136.

<sup>130</sup> Wilhelm Hennis: Demokratisierung – Zur Problematik eines Begriffs. Köln, Opladen 1970, S. 9ff., 15, 23f.

<sup>131</sup> Ebd., S. 22.

<sup>132</sup> Vgl. ebd., S. 17, 34ff.

<sup>133</sup> Ebd., S. 38f.

Frankfurter Instituts für Sozialforschung, der als Haupt der Frankfurter Schule galt, mit einer schon 1937 formulierten Warnung, die durch die Erfahrung des Nationalsozialismus in katastrophaler Weise anschaulich geworden war: „‘Eine Wissenschaft, die in eingebildeter Selbständigkeit die Gestaltung der Praxis, der sie dient und zugehört, bloß als ihr Jenseits betrachtet und sich bei der Trennung von Denken und Handeln bescheidet, hat auf die Humanität schon verzichtet.“<sup>135</sup> Hennis fügte dem hinzu: „Die Gefährdung der deutschen Universität aus ihren Wissenschaftsprinzipien heraus war seit langem, spätestens seit den Erfahrungen des Nazismus, sichtbar.“<sup>136</sup>

Wilhelm Hennis, dem rückblickend im Versuch, die Geschichte der deutschen Politikwissenschaft zu schreiben, der Status eines „gleichermaßen kämpferischen und geachteten Außenseiter[s]“<sup>137</sup> zuerkannt wird, wusste 1970, dass im Kreis der sich sammelnden Professoren „nicht ganz so leicht Einverständnis herbeizuführen“ war über die Gefahren, die der wissenschaftlichen Freiheit selbst entspringen. Für diese musste ein Bund Freiheit der Wissenschaft unaufmerksam sein. „Ich würde hier nicht sprechen, stünde ich nicht zu dieser Gründung und zu diesem Namen“, versicherte der Abweichler. „Und doch, glaube ich, sollten wir uns hüten, ‚Freiheit der Wissenschaft‘ als etwas allzu Selbstverständliches und Nichtzubefragendes aufs Panier zu schreiben.“<sup>138</sup> Im Problemhorizont der 1944 im amerikanischen Exil von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno abgeschlossenen „Dialektik der Aufklärung“, die in einer Neuausgabe erst 1969 in Deutschland wieder erschienen war<sup>139</sup>, stellte Hennis die beunruhigte Frage nach der Bedeutung des wissenschaftlichen Fortschritts.

„Niemand kann mehr daran vorbeisehen, daß der Progreß der Wissenschaft im Sinne des Gewinnens und der Ausbeutung immer neuer Information und Erkenntnis sehr wohl in erschreckender Weise mit dem Regreß der Lebensmöglichkeiten des Menschen einhergeht. Vor allem auf jenen Gebieten wird heute eine Entwicklung und Förderung der Wissenschaft verlangt, wo sie aufgerufen ist, die Wunden, die sie der Menschheit schlägt, durch Gegenmittel zu heilen. Ein

---

<sup>134</sup> Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 414f.

<sup>135</sup> Wilhelm Hennis: Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft. In: BFW: Der Gründungskongreß, S. 47-62 (56).

<sup>136</sup> Ebd., S. 61.

<sup>137</sup> Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 413.

<sup>138</sup> BFW: Der Gründungskongreß, S. 48.

Zirkel ohne Ende. Die moderne Naturwissenschaft [...], nur in wenigen bedrängenden Momenten überkommt sie das Gefühl, daß sie die Geister, die sie rief, noch lange nicht zu meistern weiß.“<sup>140</sup>

Im „noch“ des letzten Satzes liegt das Residuum von Vertrauen auf die Schadensbegrenzung, die Hoffnung, die Hennis ermöglichte, vor der in der kritischen Theorie entwickelten Negation der falschen Praxis halt zu machen, so dringlich er auch das ethische Defizit der Wissenschaft darstellte: Die Zerstörungskräfte der Waffentechnik, die in der Atombombe kulminierten, führten vor, wie die „höchste Form der Macht“ ausschließlich wissenschaftlich vermittelt sei, und der Bund Freiheit der Wissenschaft brächte sich um jede Wirkung, stellte er nicht in Rechnung, dass diese Erfahrungen im Protest der Studenten mitschwängen. Deren neue Variante der Gesinnungsethik sei mehr hilflos als bösartig.<sup>141</sup> Die Wissenschaft jedenfalls sei eine „ungeheure, die Lebensumstände der Menschen bestimmende Macht“ und komme daher „unter das Gesetz politischer Verantwortung und Verpflichtung zu stehen“<sup>142</sup>.

Hennis erklärte seinen „Protest“ im Verein des Bundes Freiheit der Wissenschaft nicht mehr vorwiegend mit bedrohter Freiheit, sondern mit mangelnder gesellschaftlicher Bindung akademischer Tätigkeit, eine alte deutsche Misere, die er in den Hochschulreformen der 60er Jahre nicht aufgehoben, sondern bloß verwandelt sah. „Die demokratisierte Gruppenuniversität“, die erneut eine autonome Verwaltung der Hochschule fordere, sei nur „eine Parodie auf den alten professoralen Elfenbeinturm.“<sup>143</sup> Dagegen manifestierte sich für ihn die Kontrolle wissenschaftlicher Macht durch „die Gesellschaft in ihrer nichtinstitutionalisierten Form wie in ihrer repräsentativen Gestalt, das heißt als Staat.“<sup>144</sup> Zum Ende hin verengte Hennis seine Vorstellungen, wer zu handeln habe, auf einen klaren Adressaten. Da eine gesellschaftlich „aufgefächerte Beziehung“ der Universitäten etwa durch die Trägerschaft von Stiftungen sich nicht habe durchsetzen können, bleibe unter den „deutschen Gegebenheiten“ nur der staatliche Dienstherr. Die „letzte Rechtsaufsicht“ müsse bei ihm liegen: „In der gegebenen Lage bleibt nichts als der Appell an den Staat – den Bundestag,

---

<sup>139</sup> Zur Entstehung und Publikation vgl. das Vorwort „Zur Neuausgabe“ vom April 1969. In: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1944). Deutsche Neuausg. 1969, Frankfurt a.M. (13)2001, S. IXf.

<sup>140</sup> BFW: Der Gründungskongreß, S. 48f.

<sup>141</sup> Ebd., S. 52f.

<sup>142</sup> Ebd., S. 50.

<sup>143</sup> Ebd., S. 57.

<sup>144</sup> Ebd., S. 54.

die Landtage und die Regierungen –, die hochschulpolitische Kompetenz und Verantwortung in der Hand zu behalten.“<sup>145</sup>

*b) Richard Löwenthal*

Die Unfähigkeit der deutschen Ordinarienuniversität, aus eigener Kraft auf die Höhe der gesellschaftlichen Entwicklungen zu gelangen und angemessene Reformen einzuleiten, hob Richard Löwenthal (1908-1991) erheblich schärfer noch als Hennis hervor. Kein anderer Redner forderte wie er die Erneuerung und keiner außer ihm skizzierte Vorschläge, in denen ein positiver Begriff der Demokratisierung zum Zuge kam. Beeindruckt aber, erschüttert und motiviert war Löwenthal durch die Radikalisierung der Studenten, die er als Wiederkunft totalitärer Mentalität in Deutschland, als Vorschein kommunistischer Herrschaft in der Bundesrepublik auffasste.

Löwenthal selbst war einmal Kommunist gewesen.<sup>146</sup> Ab 1926 gehörte er zum Kommunistischen Studentenverband, wurde aber schon 1929 ausgeschlossen, weil er gegen die stalinistischen Angriffe auf die SPD opponierte. Wie Bergstraesser gehörte er Anfang der 30er Jahre zum Schülerkreis von Alfred Weber in Heidelberg und promovierte bei diesem 1931 in Nationalökonomie. Jedoch organisierte er, während Bergstraesser noch reüssierte, die sozialistische Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“. Er emigrierte schließlich 1935 über Prag und Paris nach England, wo er unter dem Pseudonym Paul Sering publizierte und, gleich zahlreichen anderen kommunistischen Flüchtlingen, den Liberalismus der angelsächsischen Welt erlebend und beobachtend mit Idee und Praxis des demokratischen Sozialismus zu verbinden suchte. Seine 1946 unter amerikanischer Lizenz veröffentlichte Programmschrift „Jenseits des Kapitalismus“ war ein eigentümliches Dokument dieser Neuorientierung: einerseits nach wie vor mit marxistischen Begriffen vom „notwendigen“ Untergang des Kapitalismus überzeugt, andererseits an einer „europäischen Idee des freiheitlichen Sozialismus“ Maß nehmend, die den falschen „Anspruch auf dogmatische Endgültigkeit“ abwies zugunsten einer betont demokratischen Herleitung und Erklärung des Sozialismus.<sup>147</sup> Löwenthal bezeichnete hier den amerikanischen „New Deal“ und die

---

<sup>145</sup> Ebd., S. 59f.

<sup>146</sup> Vgl. Richard Löwenthal. In: Munzinger/Internationales Biographisches Archiv 41/1991.

<sup>147</sup> Vgl. Richard Löwenthal (Paul Sering): Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung. Mit einer ausführlichen Einführung: Nach 30 Jahren. Berlin (2)1977, S. 5ff., 26ff.

Erfahrungen mit der englischen Wirtschaft, die Investitionslenkung und die Konsumsteigerung mit dem Neologismus „Plankapitalismus“. Er zeigte sich beeindruckt von den Freiheitsrechten und den Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften in England und fand die zentrale Orientierungsgröße für die Überwindung des Kapitalismus im planenden Staat, der als „Wohlfahrtsstaat“ nicht mehr Unterdrückungsinstrument, sondern „Retter in der Not“ für die Arbeiter sei.<sup>148</sup> Die „Chancen demokratisch-sozialistischer Verwirklichung“, schloss er, „bestehen gegenwärtig gerade in den Demokratien Europas und des britischen Commonwealth, nicht in den kontinentalen Superstaaten der USA und der Sowjetunion.“<sup>149</sup> Obwohl er nach 1933 nicht für eine der Universitäten, Colleges, Forschungsinstitute und Regierungsstellen in den USA arbeitete, ist Richard Löwenthals Lebensweg mit den deutschen Emigranten der Sozial-, Geistes- und Rechtswissenschaften verbunden, die in Amerika nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung der Social and Political Sciences gewannen, zum Teil auch Regierungsberater wurden.<sup>150</sup> Ganz überwiegend waren sie Juden, die aus zumeist liberalen, bürgerlich integrierten Elternhäusern stammten und sich von verbleibenden religiösen und traditionellen Bindungen gelöst hatten. Als säkulare, „freischwebende“ Intellektuelle, vaterlandslos geworden durch den nationalistischen deutschen Antisemitismus und auch an der zionistischen Bewegung nicht beteiligt, erarbeiteten viele sich ein im weitesten Sinne marxistisches Verständnis gesellschaftlicher Emanzipation. Nicht alle gewiss, denn die schon genannten Bergstraesser, Strauss, Voegelin oder auch Hannah Arendt suchten in einer je charakteristischen Aneignung des griechischen politischen Denkens, der jüdischen Ethik, der kantischen Vernunftkritik und des deutschen Idealismus eigene Gegenwartsbestimmungen zu finden. Eine bedeutende Reihe derer aber, die in das Nachkriegsdeutschland zurückkehrten, war schon in der Weimarer Republik in den Gewerkschaften, in der SPD, in kommunistischen und sozialistischen Zirkeln engagiert; sie waren Rechts-

---

<sup>148</sup> Vgl. ebd., S. 77ff., 81, 89ff., 205ff.

<sup>149</sup> Ebd., S. 247. In seiner revidierenden Einleitung „Nach 30 Jahren“ schrieb Löwenthal 1976: „Als ‚Paul Sering‘ das vorliegende Buch schrieb, fühlte er sich als Marxist. Ich würde mich heute nicht mehr so beschreiben.“ Was er damals nicht mit der notwendigen Klarheit erkannt habe, sei die unauflöslche Verbindung des Marxismus mit einem „nicht wissenschaftlichen Element“, „einem diesseits-religiösen Erlösungsglauben, der dem industriellen Proletariat die Rolle des Erlösers der modernen Welt zuschreibt.“ Dieses Element ermögliche immer wieder die „Verwendung marxistischer Formeln als Ideologie totalitärer Bewegungen“. (S. LVf.) In diese rückblickende Selbstdistanzierung gingen deutlich die Erklärungsmuster der konservativ-liberalen Gegenbewegung nach 1968 ein. Das Buch „Jenseits des Kapitalismus“ von 1946 konnte zwar in vielen Formulierungen als zu begriffsdogmatisch gelten, aber ein quasireligiöses Erlösungspathos fand sich darin nicht.

<sup>150</sup> Ich folge auch hier der Überblicksdarstellung von Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 246ff.

anwälte, übten als Sozialphilosophen, Wirtschafts- und Politiklehrer schriftstellerische und akademische Berufe aus. Hier sind unter zahlreichen anderen für die Soziologie einerseits Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse (der indes in den USA blieb) zu nennen, für die Politologie andererseits die sozialdemokratischen Arbeits- und Staatsrechtler Franz L. Neumann und Ernst Fraenkel. Sie schrieben aus rechtsanwaltlicher Praxis heraus erste Analysen des NS-Staates – Fraenkel, dekoriertes Mitglied des Ersten Weltkrieges, konnte noch bis 1938 legal im Dritten Reich arbeiten.<sup>151</sup> Ernst Fraenkel (1898-1975) hatte es eingedenk der jahrelangen systematischen Verfolgungen, der Vertreibung, der Ermordung der deutschen und europäischen Juden zunächst abgelehnt, wieder nach Deutschland zu kommen; er beteiligte sich ab 1951 aber schließlich doch auf Bitte von Otto Suhr am Wiederaufbau der Berliner Hochschule für Politik. Ein Jahr später wurde er zum Professor für „Vergleichende Lehre der Herrschaftssysteme“ an der Freien Universität berufen.<sup>152</sup> Insbesondere mit seinem Namen verbindet sich in der und für die entstehende Bundesrepublik die „Wissenschaft von der Politik“ als „demokratische Wissenschaft par excellence“, die „in einer funktionierenden Demokratie ebenso unentbehrlich [ist] wie sie außerhalb eines demokratischen Herrschaftssystems erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird.“<sup>153</sup> Fraenkel kritisierte mit dieser Bestimmung das deutsche Juristenmonopol bei der Ausbildung zum Beamten, das er für ein „Nebenprodukt jenes Kompromisses zwischen den bürokratischen Traditionen des Obrigkeitsstaates und den rechtsstaatlichen Bestrebungen des Liberalismus“, als typische Geburt des „liberalen Rechtsstaates bürokratisch-monarchischen Gepräges“ hielt<sup>154</sup>, der die Demokratie verachtete. Er selbst ging aus von der Norm der „rechtsstaatlichen antitotalitären Demokratie“ der westlichen Welt und bekannte sich „zu der Existenz einer kraft Verfassungsrechts unverbrüchlich geschützten staatsfreien Sphäre“ autonomer gesellschaftlicher Gruppen im Rahmen eines pluralistischen Sys-

---

<sup>151</sup> Ernst Fraenkel: *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*. New York 1941. Das Buch erschien erst spät im Deutschen: *Der Doppelstaat*. Frankfurt a.M. 1974. Und Franz L. Neumann: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*. New York 1942, der ebenfalls erst in den 70er Jahren übersetzt wurde: *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Hgg. v. Gert Schäfer. Köln u.a. 1977.

<sup>152</sup> Vgl. Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft*, S. 280.

<sup>153</sup> Diese programmatische politikwissenschaftliche Aussage, die unter dem Titel der Politologie als „Demokratiewissenschaft“ häufig aufgegriffen wurde, machte Ernst Fraenkel in einem Vortrag des Jahres 1955, zitiert nach: Ernst Fraenkel: *Akademische Erziehung und politische Berufe* (1955). In: Ders.: *Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie*. Hgg. v. Falk Esche und Frank Grube. Hamburg 1973, S. 315-336 (322).

<sup>154</sup> Ebd., S. 327.

tems.<sup>155</sup> Die politischen Berufe des staatlichen, partei-, verbandspolitischen und journalistischen Bereichs sah er sämtlich an der „Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft“<sup>156</sup> angesiedelt, und er forderte für ihre verantwortliche Ausübung eine akademische Erziehung, die dem „Spezialgebiet des Politikers“ entsprechen sollte: der „Beobachtung, Lenkung, Kontrolle und Beeinflussung der öffentlichen Meinung“, dem Fällen politischer Entscheidungen unter sowohl fachlichen wie „massenpsychologischen“ Erwägungen, der Vermeidung einer „Kluft“ zwischen Regierenden und Regierten, indem „die Regierten begreifen, was die Regierenden beschließen“ und „die Regierenden begreifen, was die Regierten ersehnen“.<sup>157</sup> Ernst Fraenkel orientiert sich an den angelsächsischen Demokratien und versuchte, ein von dort entlehntes Leitbild des würdevollen und verantwortungsbewussten, weder populistischen noch elitären, parlamentarisch und medial geschulten Politikers in Deutschland zu beheimaten. Er meinte damit immer wieder auch eine „Absage an den gerade in akademischen Kreisen so weit verbreiteten Hochmut gegenüber dem Berufspolitiker“ in Deutschland.<sup>158</sup>

Mit Fraenkels Fürsprache übernahm Löwenthal, der als Vertrauter Willy Brandts zum Berater des SPD-Parteivorstands wurde und als Korrespondent für die britische Zeitung „Observer“ gearbeitet hatte, 1962 den Lehrstuhl für „Außenpolitik“ an der Freien Universität Berlin und begann, wie sich Wilhelm Bleek aus eigener Anschauung erinnert, „unter großem Zuspruch der Studenten seine Lehrtätigkeit“. Während Fraenkel seine Lehre auf die westlichen Demokratien konzentrierte, spezialisierte Löwenthal sich auf Systeme und Außenpolitik der kommunistischen Staaten.<sup>159</sup>

Sympathien für den dogmatischen Kommunismus östlicher Prägung sah Richard Löwenthal als eine „reale politische Gefahr“, die sich in Verbindung mit einem in der deutschen Kulturtradition veranlagten irrationalen, antiliberalen und antiwestlichen „Nihilismus“ zur „Zerstörung aller politischen Freiheit“ in der Bundesrepublik auswachsen könnte. Seine Auseinandersetzung mit der Studentenbewegung ging auf Vorträge von 1967 und 1969 zurück, die er im Sommer 1970 als Anklageschrift veröffentlichte.<sup>160</sup> Eine „romantische Verzweiflung“ von „zerstörerische[r] Gewalttätigkeit“ nannte er darin „die utopistisch inspirierte Rebellion eines wichtigen Teils der

---

<sup>155</sup> Ebd., S. 318.

<sup>156</sup> Ebd., S. 319.

<sup>157</sup> Ebd., S. 325.

<sup>158</sup> Ebd., S. 321.

<sup>159</sup> Vgl. Bleek: Geschichte der Politikwissenschaft, S. 328f.

studentischen Jugend in den entwickelten, demokratischen Industrieländern des Westens“.<sup>161</sup> Löwenthal wusste um die Relevanz der gesellschaftlichen Konflikte, die in den 60er Jahren in diesen Ländern zum Ausbruch kamen. Er zählte auf: die atomare Drohung, den Vietnamkrieg, die bürokratisierte Welt, die dem einzelnen das Gefühl einer macht- und wehrlosen Objektexistenz gebe, und die Krise der Familie, die nicht mehr in der Lage sei, überlieferte Werte glaubwürdig zu vermitteln. Er plädierte für die „Vermenschlichung der Industriegesellschaft“. Doch sei all dies so offensichtlich, dass es nur angedeutet zu werden brauche.<sup>162</sup> Als unbearbeitete Frage drängte sich ihm vielmehr die Anfälligkeit der deutschen Intellektuellen für den „romantischen Rückfall“ auf. Unter diesem Begriff stellte er gleich Wilhelm Hennis die neue Linke in einen ideenpolitischen Zusammenhang mit den Nationalisten und konservativen Revolutionären nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>163</sup> Er kannte beides aus nahegehender Lebenserfahrung und hatte beides verneinen gelernt – den Kreis der nationalrevolutionären Demokratiefeinde, die am Untergang der Weimarer Republik mitgewirkt hatten, die „linken Leute von Rechts“, die dabei doch „ehrliche und ehrlich suchende Menschen“ gewesen seien<sup>164</sup>, und den Marxismus als die „utopisch umgebogene Aufklärung“, die nun zur „Wiederbelebung des romantischen Affekts“ gegen die Moderne führe<sup>165</sup>. Die Verwandtschaft beider Kräfte zeige sich in dem „radikalen Unverständnis für die westlichen Institutionen, für den liberalen Rechtsstaat, für seine Toleranz, seinen Minderheitenschutz, seinen Individualismus“.<sup>166</sup> Als Unterbrechung der Linie von 1918 zu 1933 und 1968 kennzeichnete Löwenthal die „Umkehr der ‚skeptischen Generation‘“ nach 1945. Dieser Begriff, den Löwenthal ohne Verweis von Helmut Schelsky entlehnte, erfuhr bei ihm eine charakteristische Umdeutung. Denn Schelsky hatte damit 1957 eine resignierte, angepasste, „privatistische“ Jugend gekennzeichnet, die durch Krieg und Nachkriegszeit, „zum Teil durch die politische Aufklärung, Propaganda und Reeducation der Besatzungsmächte und der neuen politischen Führer“, zum anderen durch „Not und Gefährdung der eigenen Familie durch Flucht, Ausbombung, Deklassierung, Besitzverlust“ von der Politik

---

<sup>160</sup> Richard Löwenthal: Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution. Stuttgart u.a. (2)1970, Zitate S. 8ff, zu Entstehung und Publikation der Schrift vgl. S. 5f.

<sup>161</sup> Ebd., S. 5.

<sup>162</sup> Ebd., S. 7 und S. 35ff.

<sup>163</sup> Löwenthal knüpft an bei Kurt Sontheimer, der die antidemokratischen Ideen der deutschen Rechten „als Ausfluß eines romantischen irrationalen Verhältnisses zur Politik“ gekennzeichnet und mit „politischem Irrationalismus“ die „geistigen Prämissen“ des Untergangs der Weimarer Republik beschrieben hatte. Vgl. Sontheimer: Antidemokratisches Denken, S. 19f, 23ff.

<sup>164</sup> Löwenthal: Der romantische Rückfall, S. 24.

<sup>165</sup> Ebd., S. 31.



abgerückt sei.<sup>167</sup> Diese Jugend, so Schelsky, werde die „gebilligte Demokratie“ nicht wieder aufs Spiel setzen, sie werde eine „stille Generation werden, eine Generation, die sich damit abfindet und es besser weiß als ihre Politiker, daß Deutschland von der Bühne der großen Politik abgetreten ist.“<sup>168</sup> Wo Schelsky mit „skeptisch“ die innere Distanz zur Nachkriegsordnung meinte, die er in den Horizont von Niederlage und Niedergang nationaler Gesinnung rückte, wertete Löwenthal nun „skeptisch“ um in kritisch, teilnehmend am aktiven demokratischen Aufbruch: Der „Schock über die Verbrechen des Hitlerregimes“ habe die „moralische Besinnung“ heraufgeführt, entstanden sei eine pragmatisch-kritische Art von Intelligenz, die eine moderne Demokratie brauche, um sich zu entwickeln, und an diesem Neubeginn habe die Wissenschaft von der Politik als „Demokratielehre“ ihren Anteil gehabt.<sup>169</sup> Es war seine eigene Vita, sein eigener Bildungsweg durch Bedrohung, Flucht und Neubeginn hindurch, den Löwenthal durch die Studenten angegriffen sah, als er sich entschied, den Bund Freiheit der Wissenschaft mitzugründen.

Richard Löwenthal war bei der Gründung eine der aktivsten, mindestens aber eine der exponiertesten Persönlichkeiten. Er verteidigte den Bund gemeinsam mit Hans Maier in einer Fernsehdiskussion, an der neben dem damaligen Wissenschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, auch Tilmann Westphalen, Vorsitzender der Bundesassistentenkonferenz, teilnahm.<sup>170</sup> Das Gespräch verlief auffallend moderat, solange es um Modelle einer Hochschulreform ging, die keiner prinzipiell in Frage stellte. Dann aber kam Löwenthal auf die Störaktionen der Studenten zu sprechen. Der Ton verschärfte sich.

*„Professor Löwenthal: [...] Es geht darum, daß bestimmte Gruppen verhindern wollen, daß bestimmte Meinungen an der Hochschule gelehrt werden. [...] Und man darf doch diese Dinge nicht so verharmlosen. [...] Solche fanatisierten Studentenbewegungen der verschiedensten Art haben wir in den verschiedensten Ländern zu den verschiedensten Zeiten gehabt. Demokratisch-revolutionäre Bewegungen gegen autoritäre Regime, nationalistische Bewegungen gegen Koloni-*

---

<sup>166</sup> Ebd., S. 24.

<sup>167</sup> Helmut Schelsky: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend. Düsseldorf, Köln 1957, S. 84ff., 86, 92.

<sup>168</sup> Ebd., S. 489.

<sup>169</sup> Löwenthal: Der romantische Rückfall, S. 25ff.

<sup>170</sup> Am 20. November 1970 im Westdeutschen Rundfunk in der Sendereihe „Ende – offen“ ausgestrahlt. Zitiert wird im folgenden nach der Transkription der Diskussionsbeiträge in: BFW: Der Gründungskongreß, S. 88-118.

alregime, faschistische Bewegungen gegen demokratische Regime und so weiter. Und in allen solchen Bewegungen kommen solche Dinge vor. Am meisten allerdings ähneln die Formen studentischen Terrors, die wir in den letzten Jahren gehabt haben, den faschistischen. Es ist nicht eine Frage des Prozentsatzes, Herr Westphalen, wenn an soundso vielen Universitäten sich immer wieder herausstellt, daß bestimmte Leute wegen ihrer Meinung zu einer Zielscheibe der Beleidigung und Bedrohung, der physischen Angriffe, der Bedrohung ihrer Familien und der Unmöglichmachung ihrer Existenz gemacht werden; daß gezielte Kampagnen gegen Hochschullehrer mit allen Mitteln – ich wiederhole: einschließlich der Bedrohung ihrer Familien und einschließlich der physischen Angriffe – wegen ihrer Gesinnung – nicht wegen ihrer Lehrmethoden – stattfinden. Und dann möchte ich Sie fragen, Herr Westphalen, wenn sie alt genug gewesen wären, 1932 zu erleben, wie die ersten Vorlesungen von Hochschullehrern wegen ihrer Rasse gestört wurden, mit ähnlichen, mit vergleichbaren Methoden – ich möchte wissen, ob Sie damals die Frage nach dem Prozentsatz gestellt hätten.

*Dr. Westphalen:* Verzeihen Sie, ich werfe Ihnen vor, daß Sie in diesen Dingen eine absolut einseitige Darstellung betreiben. Ich bin nicht für die Störung von Vorlesungen, um dieses Mißverständnis auszuräumen.

*Professor Löwenthal:* Ich danke Ihnen.

*Dr. Westphalen:* Ich bin nicht dafür, ich halte es auch nicht für gerechtfertigt. Aber bei der Güterabwägung, ob ich für die erste Störung gleich die Polizei holen soll ...

*Professor Löwenthal:* Davon hat überhaupt kein Mensch gesprochen.<sup>171</sup>

In der Tat hatte Richard Löwenthal nicht nach Polizeieinsätzen gerufen, als er drei Tage zuvor an das Rednerpult des Gründungskongresses getreten war. Er sprach von Reformen, wohl wissend, wie wenig geklärt diese gestaltenden Ansätze innerhalb des Bundes waren: Der Zugang zum Studium solle sozial gerechter werden, die Hochschulen nicht mehr „Tummelplatz“ Privilegierter sein; die Berufsausbildung solle besser an den gesellschaftlichen Erfordernissen orientiert, Berufsorganisationen und Fachverbände stärker an der Formulierung von Lehrplänen beteiligt werden; im einzelnen sollten die Curricula auch durch Studenten mitbestimmt werden können; deren Seminarkritik sei legitim, in den USA seit langem selbstverständlich; die For-

---

<sup>171</sup> Ebd., S. 113f.

derung nach allgemeinpolitischen Veranstaltungen zur Ergänzung der fachspezifischen Ausbildung sei sinnvoll, um das politische Bewusstsein für den „gesellschaftlichen Zusammenhang der kommenden Berufstätigkeit“ zu bilden.<sup>172</sup> Er sagte, „von dem sehr notwendigen Läuten der Sturmglocken“ sei „in wachsendem Maße zur Herausarbeitung positiver Prinzipien“ überzugehen. „Dabei haben wir eine Schwierigkeit: Wir verstehen uns als breite Sammlungsbewegung“, und eine Sammlungsbewegung könne sich kaum auf Einzelvorschläge einigen.<sup>173</sup>

Einigkeit aber durfte der Sozialdemokrat erwarten, wenn er die „verantwortlichen Stellen, die Regierungen und die Parteiführungen“ an den Ernst der Lage, die Bedrohung der „Grundlagen des Staates“ erinnerte und ihnen eine Art von reformierender Intervention nahelegte, die sowohl Funktionsfähigkeit wie Leistungsstandards der Universität aufrechtzuerhalten geeignet sein sollte.<sup>174</sup>

*c) Friedrich H. Tenbruck, Erwin K. Scheuch*

Ungenügen, Schädigung und Verfall der Universitäten sahen die Soziologen Friedrich H. Tenbruck (1919-1994) und Erwin K. Scheuch (geboren 1928). Sie führten dies auf eine leistungsfeindliche Ideologie sowie auf wirtschaftliche und administrative Kompetenzanmaßungen der „Neuen Linken“ zurück, die sie exemplarisch in den Hochschulreformen realisiert fanden. War auch der Anknüpfungspunkt, die akademische Verwilderung zu beklagen, ein scheinbar ähnlicher, Position und Stil wandelten sich hier. Hennis und Löwenthal waren Reformbefürworter und argumentierten in je eigener Weise vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Krisen. Tenbruck und Scheuch erklärten nun die Krise zum Produkt linker Agitatoren. Ihre Abwehr von Fragen, welche die Studentenbewegung zuspitzte, war gekennzeichnet durch eine neue konservative und antimarxistische Polemik.

---

<sup>172</sup> Richard Löwenthal: Demokratisches Prinzip und Leistungsprinzip in der Hochschule. In: BFW: Der Gründungskongreß, S. 36-46 (41ff.).

<sup>173</sup> Ebd., S. 46. Als der BFW schon lange nicht mehr nur defensiv war, sondern eine immer eindeutiger CDU-nahe Bildungspolitik vertrat, schied Löwenthal aus. Im November 1978 verließ er den Bund. Vgl. Theißen: Die Rolle der Interessenverbände, S. 165f. Thomas Nipperdey indes, ebenfalls ein im BFW tätiges SPD-Mitglied, sah den ausschlaggebenden Grund darin, dass Löwenthal sich nicht von der Sozialdemokratie entfremden wollte und den BFW opferte, um sich mit der Parteilinken versöhnen zu können. Vgl. Thomas Nipperdey: Nachruf Richard Löwenthal. In: FdW Dezember 1991, S. 10.

<sup>174</sup> Vgl. Ebd., S. 38ff. und S. 45f.

Erwin K. Scheuch sprach rückblickend von sich selbst als einem der „Jungtürken“ der deutschen Nachkriegssoziologie der Jahrgänge 1926 bis 1930, die das „überschäumende Selbstvertrauen“, an der Entwicklung einer bedeutenden Disziplin teilzuhaben, und die Erfahrung des Studentenaustausches mit den USA verband.<sup>175</sup> Er wird zur zweiten soziologischen Generation der Bundesrepublik gerechnet, die ab den 60er Jahren an der zunehmenden Bedeutung des Faches einerseits, an den scharf aufbrechenden Kontroversen andererseits Anteil hatte.<sup>176</sup> Unter dem Zeichen der gemeinsamen Aufbauarbeit in den 50er Jahren vollzog sich die pragmatische Kooperation zwischen dem von Max Horkheimer wiedergegründeten Institut für Sozialforschung in Frankfurt und dem Kölner Soziologieprofessor René König, ebenso wie Kontakte der kritischen Theorie zu Vertretern einer soziologischen Anthropologie wie Helmuth Plessner und Arnold Gehlen möglich waren.<sup>177</sup> Während Gehlen jedoch wie auch Helmut Schelsky als ehemaliger Assistent Hans Freyers, der sich mit dem Nationalsozialismus identifizierte, dem intellektuellen Kreis einer „Deutschen Soziologie“ verbunden war, verband Horkheimer, König und Plessner die alles durchdringende Erfahrung der Emigration: den Nationalsozialismus überlebt zu haben. Sie trafen sich in dem Interesse, die Erziehung der Deutschen zur Demokratie sozialwissenschaftlich zu untermauern. Die Überführung empirischer Methoden aus der politikberatenden amerikanischen Sozialforschung nach Deutschland wurde gemeinsam gefördert. Andererseits war besonders Horkheimer, der 1951 als Staatsbürger der USA zurückkehrte und Rektor der Frankfurter Universität wurde, gegenüber marxistischen Gruppen ausgesprochen misstrauisch; er gab an, sich mit „American ideals and American policies“ zu identifizieren, erklärte seine Dankbarkeit für das Land, das ihm in den Tagen der Verfolgung nicht nur Asyl sondern eine Heimat geboten habe<sup>178</sup>; er fürchtete die Expansion der kommunistischen Regime und schrieb 1958,

---

<sup>175</sup> Erwin K. Scheuch: Von der deutschen Soziologie zur Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 15, Heft 1 (1990), S. 30-50 (42).

<sup>176</sup> Vgl. Manfred Bock: Metamorphosen der Vergangenheitsbewältigung. In: Clemens Albrecht u.a.: Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule. Frankfurt a.M., New York 1999, S. 530-566 (554f.)

<sup>177</sup> Vgl. Clemens Albrecht: Vom Konsens der 50er zur Lagerbildung der 60er Jahre: Horkheimers Institutspolitik. In: Ders. u.a.: Die intellektuelle Gründung, S. 132-168 (155ff.).

<sup>178</sup> Die Zitate entstammen Briefen Horkheimers an das amerikanische Generalkonsulat und an das Repräsentantenhaus Anfang der 50er Jahre, mit denen er sich bemühte, die 1940 angenommene Staatsbürgerschaft der USA trotz dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland zu behalten. Zitiert nach Clemens Albrecht: „Das Allerwichtigste ist, daß man die Jugend gewinnt“: Die kultur- und bildungspolitischen Pläne des Horkheimer-Kreises bei der Remigration. In: Ders. u.a.: Die intellektuelle Gründung, S. 97-131 (113). Die Frage der Staatsbürgerschaft zeigt das verbliebene Misstrauen gegen die Bundesrepublik. Der Rückweg sollte offen bleiben. So verbrachte etwa Adorno 1952/53 nur deshalb

im Streit um die Atombewaffnung der Bundeswehr, die er weder befürworten noch ablehnen mochte: „Wir sind davon überzeugt, daß jede Schwäche des westlichen Europas angesichts der totalitären Herrschaft im Osten früher oder später die Versklavung zur Folge haben wird.“ Veröffentlichten wollte er diese Ansicht aber nicht.<sup>179</sup> Der Sozialdemokratie warf er vor, einen wirksamen Widerstand gegen Hitler behindert zu haben. Für die Arbeit der Reeducation setzte er daher eher auf „aufrechte Konservative und wirklich religiöse Leute“.<sup>180</sup> Hinter dem Gründungskonsens, der die Soziologie auch mit der Regierung von Konrad Adenauer verband<sup>181</sup>, stand in starkem Maße die Suche nach Allianzpartnern, mit denen sich die pädagogische und kulturelle Westbindung voranbringen ließ. Diese auf den Pol Amerika bezogene Stabilisierung der Bundesrepublik war gedacht als Garantie gegen ein Neuaufflammen autoritärer und antisemitischer Ressentiments.

Der Soziologentag von 1959 wird als die „Zäsur in der Fachgeschichte“ interpretiert, von der aus sich die empirisch-analytische Kölner und die Frankfurter Schule heftig voneinander absetzten.<sup>182</sup> Jene sah eine „marxistische Verschärfung“<sup>183</sup> vor allem durch Theodor W. Adorno, der die Leitung des Instituts für Sozialforschung übernahm und sich vom „Positivismus“ einer hinnehmenden Soziologie abgrenzte. Die Tübinger Tagung von 1961, der „Positivismusstreit“<sup>184</sup> in seiner quasi elektrischen Entladung, ist nicht hinreichend zu verstehen ohne das politische Entzweibrechen in Lager, die um eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Ursachen des Nationalsozialismus stritten.<sup>185</sup> Der positiven Orientierung auf die im Westen etablierten

---

noch einmal ein Jahr in den USA, um den Verlust seiner Citizenship abzuwenden. Vgl. Albrecht: Vom Konsens der 50er zur Lagerbildung, S. 159.

<sup>179</sup> Aus dem Entwurf eines Leserbriefes an die Zeitung „Diskus“ vom 9. Juli 1958, den Horkheimer nicht abschickte. Zitiert nach ebd., S. 151.

<sup>180</sup> Aus einem Brief an John Slawson vom American Jewish Committee vom 10. Januar 1948. Zitiert nach Albrecht: Die kultur- und bildungspolitischen Pläne, S. 125.

<sup>181</sup> Beleg dafür ist die Bereitschaft des Instituts für Sozialforschung, beim Aufbau der Bundeswehr durch die Auswahl der Offiziere mitzuwirken. Das Projekt kam über das Anfangsstadium nicht hinaus. Doch seit 1952 gab es Besprechungen mit der Dienststelle Blank, die überwiegend von Mitarbeitern Horkheimers wie Hellmut Becker betreut wurden, an denen aber auch der IfS-Leiter selbst teilnahm. In einem IfS-Protokoll hieß es dazu, die Bundeswehr sei ein „volkspädagogisches Faktum ersten Ranges“, auf dessen Führungsauswahl man Einfluss ausüben solle. Vgl. Albrecht: Vom Konsens zur Lagerbildung, S. 150f.

<sup>182</sup> Vgl. Clemens Albrecht: Wie das IfS zur Frankfurter Schule wurde. In: Ders. u.a.: Die intellektuelle Gründung, S. 169-188 (180).

<sup>183</sup> Ebd., S. 171.

<sup>184</sup> Die Referate der Tagung wurden, mit einer ausführlichen Einleitung von Adorno versehen, erst 1969 publiziert. Dies hat Anlass zum Vorwurf einer nachträglichen Verschärfung der Kontroverse gegeben. Vgl. ebd., S. 184, und Theodor W. Adorno u.a.: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie (1969). Frankfurt a.M. (13)1988.

<sup>185</sup> Vgl. dazu die zeitgenössische Einschätzung von Ralf Dahrendorf: Anmerkungen zur Diskussion der Referate von Karl R. Popper und Theodor W. Adorno. In: Adorno u.a.: Der Positivismusstreit, S. 145-153 (145), und bei Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. Geschichte. Theoretische Entwick-

Institutionen der demokratischen Staatsmacht und des wirtschaftlichen Wettbewerbs, die normativ die Sicherung der „offenen Gesellschaft“ meinte<sup>186</sup>, stand eine aufwühlende Kritik gegenüber, die autoritäre Persönlichkeitsstrukturen zur Aufarbeitung empfahl und auf Wissenschaftstraditionen zeigte, welche die „Zwänge“, in der Gesellschaft zu funktionieren, „zur geistigen Haltung“ erhoben hätten. Dergestalt, so Adorno, werde die Sehnsucht, die der Erkenntnis innewohne, zu „gesellschaftlich nützlicher Arbeit“ hin diszipliniert. „Daß man nicht vom Baum der Erkenntnis essen solle, wird im Positivismus zur Maxime von Erkenntnis selbst. Neugier wird bestraft im Neuen des Gedankens, die Utopie soll ihm in jeglicher Gestalt, auch der von Negation ausgetrieben werden. Erkenntnis resigniert zur wiederholenden Nachkonstruktion. Sie verarmt wie das Leben unter der Arbeitsmoral.“<sup>187</sup>

Adorno schrieb 1969 über Erwin K. Scheuch, er sei ein Positivist.<sup>188</sup> „Sziencisten“ wie Scheuch beargwöhnten die Dialektiker als „Größenwahnsinnige“; der „Vorwurf der Krypto-Theologie“ aber, des „Megalomanischen“ werde ungerechterweise erhoben.<sup>189</sup> Vielmehr befand Adorno an Scheuchs „reiner“, reduzierter Soziologie, die nichts sein wolle als Soziologie, eine „neurotische Berührungsangst“ vor gesellschaftlichen Kontexten der sozialen Phänomene. Adorno illustrierte mit dieser Angst, was er als „latenten“, als „verkappte[n] Anti-Intellektualismus“ auswies, der es versäume, nach den konkret demokratiefeindlichen Haltungen hinter der Fassade abstrakter Bekenntnisse zur Demokratie zu fragen.<sup>190</sup> Für Scheuch waren solche Vorhaltungen nicht mehr unter den Begriff der Wissenschaftlichkeit zu bringen, sondern betrieben eine moralisierende „Weiterführung des deutschen Idealismus“, bei der Soziologie zu einer feuilletonistischen „Façon de parler“ mit „verheerenden Folgen für die Konsolidierung“ des Faches als empirischer Sozialforschung werde.<sup>191</sup>

Scheuch, Professor für Soziologie und Direktor des Instituts für vergleichende Sozialforschung der Universität Köln, hatte 1968 einen Sammelband herausgegeben,

---

lung. Politische Bedeutung. München (6)2001: „Die Differenzen liefen auf nicht weniger hinaus als den gegenseitigen Vorwurf totalitärer Tendenzen.“ (S. 629)

<sup>186</sup> Vgl. die dreizehnte These in Karl Popper: Die Logik der Sozialwissenschaften. In: Adorno u.a.: Positivismusstreit, S. 103-123 (112f), der allerdings seine wissenschaftstheoretische Position als die eines „kritischen Rationalismus“ begriff und sich durch die Bezeichnung Positivismus kaum angemessen wiedergegeben gefühlt haben kann. So wurden Adorno und Jürgen Habermas betreffs ihrer bipolaren Anordnung der Diskutanten tendenziöse Absichten unterstellt. Vgl. Hans Albert: Kleines verwundertes Nachwort zu einer großen Einleitung. In: Adorno u.a.: Positivismusstreit, S. 335-339 (336).

<sup>187</sup> Theodor W. Adorno: Einleitung. In: Ders. u.a.: Positivismusstreit, S. 7-79 (67f.)

<sup>188</sup> Ebd., S. 48.

<sup>189</sup> Ebd., S. 48f.

<sup>190</sup> Ebd., S. 66ff.

<sup>191</sup> Scheuch: Von der deutschen Soziologie, S. 40, 46f.

zu dem er selbst den Aufsatz über das „Gesellschaftsbild der ‚Neuen Linken‘“ beisteuerte. Scheuchs Beiträge zu diesem Buch haben den Charakter eines Pamphlets. Er warnte vor der Studentenbewegung und ihren geistigen Vätern als einer „Säkulartheologie“, als einer „chiliastischen“ „Bewegung der Täufer“, als „Besessene“, als „Gesinnungskriminelle“; er rückte die „Neue Linke“ in eine „böse historische Kontinuität der Vergewaltigung des Mitmenschen aus Gesinnung“.<sup>192</sup> Die Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus zog sich als Sequenz durch den gesamten Text.<sup>193</sup> „Weltanschauung“ und „Agitation“ der „Neuen Linken“ als Neufaschismus zu bezeichnen, die Parallele der Judenverfolgung zu ziehen, diente Scheuch zur provokativen Polemik.<sup>194</sup> Er sprach von einer den Bürgern angedrohten „‘Endlösung‘ der Antiautoritären“. Daran schloss sich der Vorwurf an, die „neomarxistischen Kinder“ des „gehobenen Bürgertums“ wüßten das Geld nicht zu schätzen.<sup>195</sup> Scheuch imitierte den Blickwinkel des sprichwörtlichen kleinen Mannes, und als Unterprivilegierter sah er sich selbst: „Soziale Ungleichheit wurde von mir erlebt als Aufforderung zum Aufstieg“, bekannte er. Das „Niedergestoßen-Werden und den Aufstiegskampf“ niemals erlebt zu haben, kreidete er den „wortmächtigen intellektuellen Eliten“ an.<sup>196</sup> Er beabsichtigte 1968 deren Verächtlichmachung. Denunziatorische Ausfälle gegen Schriftsteller und Akademiker, die mit der Studentenbewegung sympathisierten, drückte Scheuch in das Kleingedruckte der Endnoten, wo er sich empörte über Heinrich Böll, der die faschistische Volksgemeinschaft tradiere<sup>197</sup>, über Hans Magnus Enzensberger, den „überalterten Geistes-Twen“<sup>198</sup>, über den „Psycho-Philosoph“ Alexander Mitscherlich<sup>199</sup>, den „Bildungs-Seher“ Hartmut von Hentig<sup>200</sup> und überhaupt über die „Abkömmlinge der Protestanten-Prominenz“<sup>201</sup>.

Mit der religiösen Konnotation griff Scheuch die provozierende Intensität der Kritik auf, die ihm in den Theorien der „Neuen Linken“ begegnete. Er bewältigte sie, indem er orthodoxmarxistische Zitate beibrachte, denenzufolge aller einzelne Protest zum Protest gegen das System des Spätkapitalismus gemacht werden müsse, und

<sup>192</sup> Erwin K. Scheuch (Hg.): Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen. Köln 1968, S. 8,11.

<sup>193</sup> Vgl. ebd., S. 5, 12, 106, 108, 112, 117, 119, 134, 143.

<sup>194</sup> Vgl. ebd., S. 112.

<sup>195</sup> Vgl. ebd., S. 134.

<sup>196</sup> Zitiert nach Lorenz Jäger: Blick von unten. Erwin K. Scheuch wird siebzig. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juni 1998.

<sup>197</sup> Scheuch: Die Wiedertäufer, S. 144.

<sup>198</sup> Ebd., S. 147.

<sup>199</sup> Ebd., S. 146.

<sup>200</sup> Ebd., S. 149.

<sup>201</sup> Ebd., S. 148.

daraus folgerte, der Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze seien nur Vorwände für ein angemessenes „Recht auf Umsturz“.<sup>202</sup> Er bewältigte die verstörende Ablehnung der Bundesrepublik, indem er die Systemkritik abtrennte von ihren Begründungen und als anlasslose Kopfgeburt, als agitatorische Exzentrik einer „Heilslehre“ darstellte, die reines Zerstörungswerk sei. Das isolierende Vorzeigen einer Radikalität ohne Radix, eines Protests also ohne gesellschaftliche Wurzeln, sollte davon überzeugen, fanatische Unvernunft sei wie eine Plage über den ungetrübten Wohlfahrtsstaat hergefallen. Nicht der Staat fräße seine Kinder, sondern die Kinder den Staat, der sie gutgläubig nährte.

Fanatismus wähnt sich im Besitz absoluter Gewissheit, und in der Studentenbewegung gab es Fanatismen zuhauf. „Keine gesellschaftliche Erkenntnis darf sich anmaßen, des Unbedingten mächtig zu sein“, schrieb Adorno. Doch: „Der Vorwurf der Krypto-Theologie bleibt auf halbem Wege stehen.“ Denn am säkularen Fanatismus wie an den traditionellen religiösen Systemen lässt sich der Weg, den die Imagination auf das Absolute hin geht, in die gesellschaftliche Erfahrung zurückverfolgen: „Waren die großen metaphysischen Kategorien Projektionen innerweltlicher gesellschaftlicher Erfahrung auf den seinerseits gesellschaftlich entsprungenen Geist, so behalten sie, einmal in die Gesellschaft zurückgeholt, nicht den Schein des Absoluten, den jene Projektion ihnen anschuf.“<sup>203</sup> Den Schein des Absoluten, den Scheuch bei den Studenten angriff, bestätigte er zugleich als Absolutes, weil er vor der gesellschaftlichen Erklärung halt machte. Es sei eine „Berührungsangst“ im Spiel, mutmaßte Adorno. Was den Protest bedingte, blieb unbearbeitet, so dass dessen Verdammung bedingungslos sein konnte. Dies geschah kaum um der Studenten, wahrscheinlicher aber um der Distanzierung willen, die es dann erlaubte, sich mit der gesellschaftlichen Ordnung, aus welcher der Protest wuchs, weiterhin unbedingt zu identifizieren.

Die Beschuldigung, es seien wohlversorgte Protestantenkinder wie „Täufer“ am Werk, erhielt einen spezifischen Sinn in der Entgegensetzung von Wirtschaft und Religion. „Die moralische Entrüstung der ‚Neuen Linken‘ über das Profitmotiv“, schrieb Scheuch, „ist eine direkte Fortsetzung der Wirtschaftsfremdheit bei den großen Religionen – nicht zuletzt in den christlichen Konfessionen.“<sup>204</sup> Er leitete daraus

---

<sup>202</sup> Ebd., S. 121. Bedeutsam ist die Einbettung des Zitats in einen Kommentar zu den wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen in der Bundesrepublik, vgl. S. 120. Scheuch macht das Empfinden plausibel, die Systemkritik entwache einer Undankbarkeit für die Leistungen des Systems.

<sup>203</sup> Adorno: Einleitung, S. 48f.

<sup>204</sup> Scheuch: Die Wiedertäufer, S. 129.



den öffentlichen Erfolg einer „Utopie“ ab, die „von einer unfaßlichen Primitivität“ sei; denn sie artikuliere „das Unbehagen einer humanistisch gebildeten, aber wirtschafts- und sozialwissenschaftlich analphabetischen Gruppe von Intellektuellen“ an der Industriegesellschaft.<sup>205</sup>

Friedrich H. Tenbruck teilte Scheuchs Horror vor den moralischen Ansprüchen der Protestbewegung. Er schwankte aber, wie diese zuzuordnen seien. Während Scheuch sie am ehesten mit einer metaphysischen deutschen Tradition in eins setzte und davon den amerikanischen Sozialpragmatismus positiv abhob, beschäftigte sich Tenbruck mit den schädlichen Auswüchsen einer Sozialtechnik, die nach 1945 aus den USA importiert worden sei.

Tenbruck wurde 1952 mit 33 Jahren, nach dem Studium der Philosophie in Freiburg, Berlin, Köln, Greifswald und Marburg und nach einer Anstellung als „Adviser for Higher Education“ bei der Alliierten Hohen Kommission, für fünf Monate persönlicher Assistent Max Horkheimers am Institut für Sozialforschung. Seine Beteiligung an Forschungsarbeiten des Instituts – er arbeitete 1953 mit an einer Studie zur Hochschulreform – ist im „Muster der skeptischen Generation“ zu deuten, das Horkheimers auf antitotalitären Konsens und auf das amerikanische Vorbild bedachte Institutspolitik anleitete. In dieser Zeit nahmen junge Wissenschaftler das Institut als „Repräsentanz amerikanischer Kultur und Sozialforschung“ wahr.<sup>206</sup> Friedrich Tenbruck stand also in einem nahen, teilnehmenden Verhältnis zu den Bemühungen der Reeducation, folgte jedoch nicht der Renaissance der kritischen Theorie in den 60er Jahren. Er habilitierte sich bei Arnold Bergstraesser in Freiburg mit einer Arbeit über „Geschichte und Gesellschaft“. Von 1957 bis 1962 lehrte er als Assistent Professor in den Vereinigten Staaten, wurde 1963 zum Soziologieprofessor an die Universität Frankfurt berufen und wechselte 1967 an die Universität Tübingen.

Eine frühe Quelle zu seiner Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus ist der 1948 erschienene Aufsatz „Die antifaschistische Illusion“.<sup>207</sup> Tenbruck setzte sich darin mit dem schon 1939 in London erschienenen Buch von P.F. Drucker, „The End of Economic Man“, auseinander. „Wir halten in der Regel irgendwelche bekannten Kräfte – etwa die Militärs, die Industriellen, die Preußen, die fanatischen Nationalisten – für die Urheber der totalitären Strömungen“, schrieb er. Diese „antifaschisti-

---

<sup>205</sup> Ebd., S. 138.

<sup>206</sup> Vgl. Clemens Albrecht: Die Frankfurter Schule in der Geschichte der Bundesrepublik. In: Ders. u.a.: Die intellektuelle Gründung, S. 497-529 (524).

<sup>207</sup> Friedrich Tenbruck: Die antifaschistische Illusion. In: Frankfurter Hefte 3 (1948), S. 711-720.

sche Illusion“, dass der Faschismus sich gegen die gesunde Ordnung des geschichtlichen Fortschritts gestellt habe, gelte es zu zerstören.<sup>208</sup> Tenbruck lobte Druckers universalhistorische Perspektive, die gerade *nicht* eine historische Auseinanderentwicklung der öffentlichen Kultur, der politischen Ideen, der Staatlichkeit und der Gesellschaftsstrukturen zwischen dem Deutschen Reich einerseits und den westlichen Demokratien andererseits annahm, sondern ein generelles Versagen der modernen wirtschaftlichen Rationalität vor dem Versprechen, Freiheit und Gleichheit zu verwirklichen. Die totalitären Ordnungen seien die folgerichtige Konsequenz, indem sie den Vorrang der Wirtschaft revidiert und das Gleichheitsversprechen der Volksgemeinschaft an dessen Stelle gerückt hätten.<sup>209</sup> Weder die kapitalistische, noch die sozialistische Variante, durch neue wirtschaftliche Verheißungen den Faschismus verhindern zu wollen, seien angemessen. Tenbruck lehnte das Interpretationsmuster eines deutschen „Sonderweges“ ab. Er wies das Ansinnen der westlichen wie der östlichen Siegermacht zurück, ein Rezept gegen die deutsche Krankheit zu haben. Auf dieser Linie bildete sich bei ihm ein Vorbehalt. Er entfremdete sich von der Erziehungspolitik der alliierten Hochkommissare, die mit dem Aufbau von Sociology und Political Science im Sinne einer „civic education“ auch die Aufhebung deutscher Geistesstraditionen verbanden. Im Rückblick verwarf Friedrich Tenbruck dies als „verordnete Vergangenheitsbewältigung“, die Deutschland nach dem Ebenbild der Sieger neu zu erschaffen beansprucht habe, ohne auf eigenwüchsige nationale Beiträge zu bauen. Er rückte sie schließlich in die Nähe einer „Geschichtsfälschung“ und klagte über die Sonderwegs-Literatur, „mit der Deutschland nun jahrelang überschwemmt“ worden sei.<sup>210</sup>

Auf einer zweiten Linie setzte sich Tenbruck ab von den modernen Sozialwissenschaften als solchen, in denen die aus der Aufklärung folgende Hybris des planbaren Menschenglücks institutionalisiert sei. Zwischen 1967 und 1970 erarbeitete er eine Zurückweisung der zeitgenössischen gesellschaftlichen Schlüsselstellung der Sozial- und Humanwissenschaften. Diese sei nicht einem Fortschritt an Erkenntnissen geschuldet, sondern dem praktischen Gestaltungsehrgeiz soziologischer Eliten. Sie verfügten in der „verwalteten Welt“ erstmals über Instrumente eines umfassenden Da-

---

<sup>208</sup> Ebd., S. 711, 719.

<sup>209</sup> Vgl. ebd., S. 714f., 717.

<sup>210</sup> Es handelt sich bei diesem Text um das letzte vor seinem Tod verfasste Manuskript. Friedrich H. Tenbruck: Von der verordneten Vergangenheitsbewältigung zur intellektuellen Gründung der Bundesrepublik. In: Clemens Albrecht u.a.: Die intellektuelle Gründung, S. 78-96 (91, 94f.).

seinszugriffs.<sup>211</sup> Ein noch kaum bemerkter „menschheitsgeschichtlicher Wendepunkt“ sei erreicht. Nach der technischen Unterwerfung der natürlichen Umwelt vollziehe sich die „Unterwerfung der sozialen Welt mittels der Sozialwissenschaften“.

Begriff und Vorstellung der verwalteten Welt gehören der kritischen Theorie an, die darin Max Webers These von der Rationalisierung als Herrschaftssteigerung und Naturbeherrschung aufnimmt; auch das Eingespanntsein der Wissenschaft „in den gesellschaftlichen Apparat“ ist ein wesentliches Element jener Kritik. Jedoch begriff Max Horkheimer die „theoretische Anstrengung“ als durchleuchtende Kraft „im Interesse einer vernünftig organisierten zukünftigen Gesellschaft“, die der „Praxis der Befreiung“ voranarbeite.<sup>212</sup> Friedrich Tenbruck wandte sich nun gegen jegliche sei es kritische, sei es positive „Soziologisierung des Wissens“ und verengte seine Warnung vor der verplanten Welt auf die Praxis des Soziologen, die außerordentliche Ansprüche mobilisiere und ihn „fast in die Rolle eines Medizinmannes der Gesellschaft“ erhebe. Daraus resultierten „die ständige Vermehrung sozialwissenschaftlicher Stellen im akademischen Bereich“, mit unübersehbaren Kosten.<sup>213</sup> Die konservative Kehre des Gedankens erschließt sich anhand derjenigen Realität, die bei Tenbruck von rationaler Erwägung nicht belangt und von der Rechtfertigung entlastet bleiben soll: die Gesellschaft im Sinne des bestehenden Herrschaftsgefüges. Denn Demokratie, Mündigkeit, Selbstverwirklichung – „oder was sonst eben im Schwange steht“ – seien keine gesellschaftlich fassbaren Ziele, sondern vage Formeln, die individuelles Glück substituieren.<sup>214</sup> Das Glücksversprechen, das sich auf äußere Bedingungen berufe und „Glück als Anspruch an die Gesellschaft“ richte, führe zur permanenten Infragestellung der Gesellschaft, die wirklich besteht. „Was ist, ist allemal schon entwertet, weil es bereits zur Reform gestellt ist oder zur Reform gestellt werden könnte.“<sup>215</sup> Dem Menschen aber sei nicht zu helfen, der „seine Präferenzstrukturen nicht auf die Realität zuzuschneiden“ wisse und der keine „Innenstrategie zur Ordnung seiner Gefühle“ erlerne.<sup>216</sup> In Tenbrucks Kritik wird nicht die Gesellschaft

---

<sup>211</sup> Friedrich H. Tenbruck: Zur Kritik der planenden Vernunft. München 1972, S. 13. Zur Publikationsgeschichte vgl. S. 16.

<sup>212</sup> Max Horkheimer: Traditionelle und kritische Theorie (1937). In: Ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze. Frankfurt a.M. 1992, S. 205-259 (213, 250).

<sup>213</sup> Tenbruck: Kritik der planenden Vernunft, S. 59f.

<sup>214</sup> Ebd., S. 74.

<sup>215</sup> Ebd., S. 87.

<sup>216</sup> Ebd., S. 93.

kritisiert, sondern der je einzelne Mensch, der in ihr sich nicht einrichtet, denn dieser Mensch gilt als gefährlich.

„Der Gedanke vom realisierbaren Glück, die Vorstellung von der fortschreitenden Selbstverwirklichung des Menschen, – sie müssen immer Träume bleiben. Wer darauf baut, wird im besten Falle sich selbst und andere narren. Eine öffentliche und politische Philosophie auf ihnen aufzubauen, muß aber als gefährlich gelten, weil damit irreparable Veränderungen in Gang gesetzt werden könnten.“<sup>217</sup>

Ein Vorgriff sei an dieser Stelle erlaubt. Denn die zwei geschilderten Linien des Tenbruckschen Vorbehalts – gegen die von den Alliierten aufgezwungene Vergangenheitsbewältigung und gegen die demokratischen Reformen – fanden in einem gebündelten Ressentiment zueinander, das Ursache und Wirkung angibt: „So hat Amerika nach 1945 die Sozialwissenschaften, insbesondere die Soziologie und die Sozialforschung, weltweit verbreitet.“ Auf diese Weise seien sie nach Deutschland gekommen, hätten die andersartigen deutschen Traditionen verdrängt. „Und mit den Sozialwissenschaften“, so Tenbruck, „kamen schon die Keime für die meisten ‚Reformen‘, die seither ausgeführt worden sind (Familie, Frauen, Schichtung, Schule und Bildung).“ Veränderung der Geschlechterrollen, Jugendkriminalität, Terrorismus, Aussteigebewegung – wer untersuche schon, ob dies nicht „mit der sozialwissenschaftlich inspirierten Sozialkunde nebst Abschaffung der Geschichte als Bildungsmacht“ zu tun habe.<sup>218</sup> Der Staat in der Hand sozialwissenschaftlicher Experten halte sich nicht mit Zwang und Strafen auf: „Der Staat, seine Institutionen und sein Recht, stellen keine ‚sittliche Ordnung‘ mehr dar.“ Der Staat sei vergesellschaftet worden, „der Kampfbegriff ‚Gesellschaft‘ hat den Staat botmäßig gemacht.“<sup>219</sup> Doch in diesen Worten, die Friedrich Tenbruck im Frühjahr 1985 an die Schülerinnen des Mädchengymnasiums Jülich richten sollte, spiegeln sich bereits Konflikte, die erst noch zu behandeln sind. Der Terrorismus, der Kampf um den Geschichtsunterricht,

---

<sup>217</sup> Ebd., S. 85.

<sup>218</sup> Friedrich H. Tenbruck: Die Sozialwissenschaften als Mythos der Moderne. Köln 1985, S. 23ff. Von dieser Kritik setzte sich Erwin K. Scheuch in signifikanter Weise ab. Für ihn war die von amerikanischen Fachtraditionen erlernbare empirische Forschung der Maßstab positiver Wissenschaft. Die Verbindung zur „Kulturrevolution“ von 1968 betrachtete er als scheinsoziologisch, als „Kulturmarxismus“, der den Status der Soziologie als praktisch nützliche Erfahrungswissenschaft bedrohe. Vgl. Scheuch: Von der deutschen Soziologie, S. 46f.

<sup>219</sup> Ebd., S. 25.

die „Bildungsmacht“ deutscher Vergangenheit wurden zum Thema von Protagonisten, die sich lange vorher im Bund Freiheit der Wissenschaft versammelten, um den studentischen Marxismus in die Schranken zu weisen.

Im Jahr 1970 klagte vor den Mitorganisatoren des Bundes der ordentliche Professor für Soziologie und Direktor des Soziologischen Seminars der Universität Tübingen, den die „Demokratischen Jurastudenten“ in Heidelberg den „rechten Soziologen Tenbruck“ genannt und ausgesperrt hatten<sup>220</sup>, über die „Schädigungen“ in Forschung, Lehre und Ausbildung, die „unter dem Druck von Funktionären der Studenten und Assistenten“ eingetreten seien.<sup>221</sup> Der Statusverlust des Ordinarius kränkte ihn. Die Wissenschaft sah er auf den Markt, „auf Straßen und Höfe“ gekommen. Über sie werde jetzt „auf einem Feld von Begehrlichkeiten und Pfründengelüsten, Machtkämpfen und Gruppeninteressen, von politischen und weltanschaulichen Zielen“ entschieden.<sup>222</sup> Zwar konzidierte er, die Zeit der selbstgenügsamen Abgeschlossenheit sei vorbei, und folgerte, es bleibe nichts übrig, als nun werbend auf den Markt zu treten, um die Wissenschaft zu sichern. Doch die offene, von öffentlichen Händen expansiv finanzierte Massenuniversität bereitete ihm Grausen. Die Stipendienvermehrung zöge die „Ungeeigneten“ an, die „Faulen“, „endlich gar die Radikalen“. Die Reformer hätten eine studentische Selbstverwaltung gewollt, mit der sich Demokratie einüben ließe, und herausgekommen sei „ein staatsgefährdender Freiraum für Radikalismus, an den man sich kaum noch herantraut“.<sup>223</sup> Dagegen nun sollten die Wissenschaftler sich sammeln und fortan „aus einem Munde und mit Macht reden.“<sup>224</sup>

#### *d) Hermann Lübke*

Wie dies zu organisieren sei, trug der Bielefelder Philosophieprofessor Hermann Lübke vor. „Presse-Aktivität“, „gezielte Information an die Adresse spezieller Gruppen“, „gezielte Informationsbesuche bei politisch relevanten, ausgewählten Adressen“ und Lehr-Streik: „Wir werden in gezielten Aktionen unsere Arbeit partiell ein-

<sup>220</sup> Vgl. HPI Nr. 1, 15. Oktober 1970, S. 5.

<sup>221</sup> Friedrich H. Tenbruck: Die Wissenschaft muß auf den Markt. In: BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 38-51 (38f.).

<sup>222</sup> Ebd., S. 41.

<sup>223</sup> Ebd., S. 43.

<sup>224</sup> Ebd., S. 51.

stellen, um den Verantwortlichen Gelegenheit zu geben, die Verhältnisse wieder herzustellen, unter denen diese Arbeit einzig zumutbar ist.“<sup>225</sup>

„Organisationstechnisch ist dreierlei nötig:

1. der Aufbau einer handlungsfähigen Spitze auf Bundesebene;
2. die Konsolidierung der Basis, nicht zuletzt durch formelle oder auch informelle Zusammenschlüsse der an den einzelnen Hochschulen bereits bestehenden Verbindungen, und
3. Geld.“<sup>226</sup>

Der bislang fehlende Gruppenrückhalt, der zu Feigheit und Hilflosigkeit der Professoren führe, sei zu kompensieren. „Es kommt auf einen gezielten politischen Zusammenschluß an“, riet er schon im Juni 1970, „der einzig die Sicherung der gegenwärtig in der Hochschule bedrohten grundgesetzlichen Rechte und Freiheiten zum Zweck hat.“<sup>227</sup> Der Sozialdemokrat Lübbe, 1926 geboren, konnte auf unmittelbar relevante politische Erfahrungen zurückgreifen, denn von Februar 1967 an war er unter Ministerpräsident Heinz Kühn der für die Hochschulen zuständige Staatssekretär des Landes Nordrhein-Westfalen, bis er im August 1970, enttäuscht über die Reformpolitik, zurücktrat.<sup>228</sup>

Lübbe hatte 1963 eine Geschichte der deutschen politischen Philosophie „von Hegels Tod bis zum Ersten Weltkrieg“ veröffentlicht, die der Absicht folgte, eine nationale Fehlentwicklung zu rekonstruieren: „einen Prozeß fortschreitender Isolierung gegen die politische Realität“.<sup>229</sup> Er ging von einer strikten politischen Einbettung der politischen Philosophie aus, die er als „Epiphänomen“ gesellschaftlicher Konflikte und sozialer Kräfte auswies und von der autonomen Höhe reiner Ideen herunterdefinierte zum dienstbaren Geist, der „ohnehin herrschende politische Überzeugungen auf Begriffe“ bringe.<sup>230</sup> So fragte er nach dem Schicksal der Aufklärung

<sup>225</sup> Hermann Lübbe: Was zu tun ist. In: BFW: Der Gründungskongreß, S. 63-75 (69ff.).

<sup>226</sup> Ebd., S. 75.

<sup>227</sup> Hermann Lübbe: Freiheit braucht Zivilcourage. In: BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 10-16 (15f.).

<sup>228</sup> Vgl. Hermann Lübbe. In: Munzinger/Internationales Biographisches Archiv 43/2001.

<sup>229</sup> Hermann Lübbe: Politische Philosophie in Deutschland. Basel, Stuttgart 1963, S. 24.

<sup>230</sup> Ebd., S. 10. Hermann Lübbe war mit dieser kritischen Methode vom philosophiegeschichtlichen Idealismus weit entfernt. Er scheute sich nicht, die politische Praxis und die akademische Philosophie in einen engen instrumentellen Zusammenhang zu bringen: „Sie [die politische Philosophie, O.S.] entwickelt Programme und macht Vorschläge; sie verfaßt Manifeste und Denkschriften, Kommentare zur Lage und natürlich auch Bücher, die das Prinzipielle enthalten. Sie will wirken – akademisch auf ihr studentisches Publikum, aber auch publizistisch über die Universität hinaus auf die übrige öffentli-

im deutschen politischen Denken des 19. Jahrhunderts. „In der Geschichte der politischen Philosophie vom Hegelianismus über den Neukantianismus bis zum Monismus und Positivismus zeigt sich“, stellte Lübke fest, „wie nacheinander und mit sich verschärfender Konsequenz die Integration des politischen Liberalismus, des Idealismus sozialer Gerechtigkeit und des technokratischen Denkens positiv-wissenschaftlicher Herkunft in die politisch tragende geistige Substanz des deutschen 19. Jahrhunderts mißlang.“<sup>231</sup> Lübke wollte die Niederlage der liberalen Vernunft in der politischen Praxis zeigen. Zugleich wollte er belegen, dass es diese Vernunft des bürgerlichen Geistes durchaus gegeben habe. „Die politische Philosophie, deren Darstellung hier vorliegt, ist der Gegenbeweis gegen die marxistische These, daß die philosophischen Mächte der Aufklärung unter den Bedingungen des ‚imperialistischen‘ Deutschlands sich einzig in die Philosophie der Arbeiterklasse gerettet hätten“, schrieb er im Widerspruch gegen Georg Lukács. „Sie beweist aber zugleich“, so Lübke, „daß diese Mächte sozusagen im Abseits standen, und nur von da aus läßt sich verstehen, wie es dazu komplementär zur philosophischen Proklamation der ‚Ideen von 1914‘ hat kommen können.“<sup>232</sup> Er wollte die liberale Position der „Hegelschen Rechten“ aus dem Vergessen holen. Diese „Partei des vernünftig-praktischen Ausgleichs“ habe um Vermittlung zwischen Revolution und Absolutismus in der Gestalt der staatlich gesicherten Freiheit der konstitutionellen Monarchie gerungen.<sup>233</sup> Sie habe die soziale Frage begriffen und deren Beantwortung als Staatsaufgabe einer progressiven Steuer- und ausgleichenden Sozial- und Bildungspolitik gefordert. Sie habe die „Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft durch Integration des Proletariats ins sie“ ins Auge gefasst.<sup>234</sup> 1848 habe diese Schule das Scheitern ihrer politischen Ziele erlebt, habe resigniert oder sei unter Leugnung der eigenen liberaldemokratischen Willensäußerungen zum Reichsnationalismus der Bismarckschen Großmachtspolitik übergelaufen.<sup>235</sup> Dieses Mislingen einer positiven Möglichkeit ereignete sich Lübke zufolge ein weiteres Mal, als der dogmatische Marxismus sich gegen einen idealistischen Sozialismus durchsetzte, der zur Kompromissform eines sozialreformerischen Kaiserreichs hätte werden können, das sich auch für eine durch Eduard Bernstein reprä-

---

che Meinung, auf Parteien und auf Staatsbehörden und auf Krieger im Felde. Gelegentlich finden wir ihre Vertreter in direkter politischer Funktion als ministerielle Berater, als Abgeordnete oder Staatssekretäre.“ Ebd., S. 9.

<sup>231</sup> Ebd., S. 25.

<sup>232</sup> Ebd., S. 26, unter Bezug auf Georg Lukács: Die Zerstörung der Vernunft. Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler. Berlin 1955.

<sup>233</sup> Vgl. Lübke: Politische Philosophie, S. 29ff., 32, 38, 47.

<sup>234</sup> Ebd., S. 74f.

sentierte Sozialdemokratie zu öffnen in der Lage gewesen wäre.<sup>236</sup> Hermann Lübbes Philosophiegeschichte des deutschen 19. Jahrhunderts war wesentlich eine Geschichte im Konjunktiv nicht realisierter Chancen. Den Schlussstein setzte er mit dem Realen, dem faktischen Durchbruch der freiheitsfeindlichen Kräfte bei Kriegsausbruch 1914. Lübbe wies die verbliebenen „Empfindlichkeiten“ in dieser Sache zurück, stellte sich, bei aller Vorsicht der Formulierung, gegen ein „Bedürfnis nach Entlastung“, das „den Hinweis auf solche verlangt, die auch nicht besser waren“, und empfahl, „Fakten zur Kenntnis zu nehmen“<sup>237</sup>: Der „Neo-Idealismus“ einer willensfanatischen „Deutschtumsmetaphysik“, die den Krieg als „reinigendes“ Ereignis beschwor und begrüßte, verfolgte er bis zur nach 1918 vorherrschenden Abscheu vor einer „westlich-demokratischen Überfremdung Deutschlands“, die Hitler den Weg bereitete.<sup>238</sup>

Lübbe wird gleich Scheuch und Tenbruck jener gebrannten, grundauf desillusionierten Kinder zugerechnet, die als jugendliche „Flakhelfer“ den Zusammenbruch des Dritten Reiches erlebten und im Nachkrieg einem Erziehungsideal sich öffneten, das ihrer Aversion gegen ideologischen Fanatismus entgegenkam. Den angelsächsisch ausgeformten „kritischen Rationalismus“ nahmen sie als Gegengift gegen die rauschhafte Propaganda des totalitären Staates, der sie heranwachsend nahezu bewusstlos ausgesetzt gewesen waren.<sup>239</sup> Fürsprecher eines philosophischen, sozialen und politischen Pragmatismus, begriff Hermann Lübbe die öffentliche Auseinandersetzung als Tugend und übte sich darin, nicht nur als Wissenschaftspolitiker, sondern vor allem durchgehend als politischer Publizist ohne akademischen Dünkel.<sup>240</sup> Und selbst auf der Höhe des Abwehrkampfes gegen die Studentenbewegung konnte er dieser ohne sarkastische Absicht die produktive Wirkung zurechnen, „daß die Kunst des verbalen öffentlichen Auftretens sich verbreitet.“<sup>241</sup>

Lübbe verachtete nicht die Studenten, er entsetzte sich über die Indolenz seiner Standesgenossen. Er, der über die Erinnerung an eine gescheiterte politische Philosophie zum politischen Philosophen geworden war, sah „wenig Anlaß, die Protest-

---

<sup>235</sup> Vgl. ebd., S. 77ff.

<sup>236</sup> Vgl. ebd., S. 117ff.

<sup>237</sup> Vgl. ebd., S. 177.

<sup>238</sup> Ebd., S. 178ff., 183, 236.

<sup>239</sup> Vgl. Clemens Albrecht: Die Dialektik der Vergangenheitsbewältigung oder: Wie die Bundesrepublik eine Geschichtsnation wurde, ohne es zu merken. In: Ders. u.a.: Die intellektuelle Gründung, S. 567-572.

<sup>240</sup> Vgl. Henning Ritter: Vollendete Aufklärung. Philosophie der Bundesrepublik: Hermann Lübbe wird siebzig. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Dezember 1996.

<sup>241</sup> Lübbe: Was zu tun ist, S. 69.



bewegung in ihren Motiven zu verdächtigen.“ Er nannte sie in einem halb anerkennenden, halb paternalisierenden Gestus die „jugendbewegten Zivilisations-Flüchtlinge“, die es zu reintegrieren gelte „in unsere zugleich mannigfach zu verändernde Gesellschaft.“ Jedoch gerade „der unbezweifelbare Moralismus der neuen Jugendbewegung macht es, daß die Beschwichtiger bei ihr selbst der verdienten Mißachtung anheimfallen.“<sup>242</sup> Die Mehrzahl der Politiker ließe sich wie die meisten Professoren von den Radikalen „rhetorisch in die Kniekehlen treten“, um sich anschließend vor deren zu rühmenden Engagement noch zu verbeugen. Das sei würdelos, niederträchtig, opportunistisch, mit verheerenden Folgen für das wissenschaftliche Niveau: Die „Prestigeträchtigkeit“ der Hochschulen sinke ab, und der Staat, auf Ruhe aus, leiste „bislang nur sehr geringe Hilfe“.<sup>243</sup>

Hermann Lübke nahm den revolutionären Anspruch der Protestbewegung beim Wort, politisch aber nicht ernst. Er warnte vor den weit reichenden Kampfzielen des „revolutionären Aktivismus“, um dadurch nachgiebige Parlamentarier, Minister, Rektoren zur Gegenwehr zu bewegen, meinte aber wiederum, wo dessen Ursachen anzusprechen gewesen wären, es handele sich um einen „pseudorevolutionären Aktivismus“, der auf nichts anderes als den Mangel an bürgerlicher Widerstandskraft zurückzuführen sei.<sup>244</sup> Der Studentenprotest in Lübkes Verständnis war grundlos, jedoch folgenreich. Und gegen diese Folgen, gegen die „Unzumutbarkeiten“ einzuschreiten – „von der simplen Flegelei, über die Beleidigung durch verbale und dingliche Obzönitäten bis zur Nötigung“ – sah er nun wahrhaftig alle Ursache.<sup>245</sup> Lübke sperrte sich nicht gegen den Wandel an sich; eine an „pragmatischen Erfordernissen“ abgemessenen Studienreform erklärte er zur eigenen Sache, soweit sie „das immer wieder einmal fällige Wörtchen ‚nein‘“ zum Stop des „Extremisten-Marsch[es]“ einschließe.<sup>246</sup>

Der nordrhein-westfälische Staatssekretär formulierte die Strategie des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Er forderte politisches Engagement der Wissenschaftler nicht im Sinne akademischer Selbstorganisation, die er barsch als „fiskalisch korrupt[e]“ Kräftevergeudung zurückwies, unvereinbar mit dem Amt des Professors; er forderte die Sammlung nicht namens der „korporativen Rechte“ und der „Konservie-

---

<sup>242</sup> Lübke: Freiheit braucht Zivilcourage, S. 13.

<sup>243</sup> Ebd., S. 12ff.

<sup>244</sup> Ebd., S. 10 und 12.

<sup>245</sup> Hermann Lübke: Was zu tun ist, S. 71f.

<sup>246</sup> Ebd., S. 64.

„... um der Freiheitsgewährleistung willen, die nichts anderes sei als Ordnung. Die Bewegung sollte nichts weiter tun, als an die „Freiheitsgewährleistungsverpflichtungen“ der berufenen, aber säumigen Organe zu mahnen.“<sup>247</sup> Sie handelte somit im Notstand an Staates statt.<sup>248</sup>

„Einem bei unseren Autonomie-Fetischisten sich verbreitenden Aberglauben zum Trotz ist die Universität keine *societas perfecta*, sondern bei uns in erster Linie eine Veranstaltung des Staates, und wir müssen ihm und den ihn tragenden politischen Kräften deutlich machen, daß es nicht nur von der Sache her notwendig, sondern für ihre eigene Selbstbehauptung zweckmäßig ist, für die Herstellung zukunftsfähiger Verhältnisse nun endlich auch zu ihrem Anteil zu sorgen.“<sup>249</sup>

#### e) *Ernst Nolte*

Inmitten seines Marburger Habilitationsstreits reiste Ernst Nolte nach Bonn, um an dem vorbereitenden Treffen vom 22. Juni 1970 teilzunehmen, auf dem er die Gründung des Bundes Freiheit der Wissenschaft forderte. Er machte sich Gedanken über die innere ideelle Struktur der avisierten Professoren- und Bürgerinitiative. „Gemeinsames Handeln setzt eine gleichartige Sicht der Dinge voraus“, begann er seinen Vortrag. „Diese Sicht der Dinge muß sich auf einen Begriff bringen lassen, und aus dem Begriff sollte ein Programm hervorgehen.“<sup>250</sup> Nach Lage der Dinge konnte er keine gleichförmige Vorstellung geschweige denn Politik erwarten, welche die Professoren und die mit ihnen sympathisierenden Studenten, Regierungsbeamten, Parlamentarier, Publizisten und Verbändevertreter zusammenschloss. Gemeingut war lediglich die Entrüstung darüber, wie vehement an den Universitäten aufbegehrt, gestört, gestreikt, gedroht wurde, wie destruktiv der Zerfall eingewöhnter Formen

---

<sup>247</sup> Ebd., S. 67.

<sup>248</sup> Ebd., S. 63.

<sup>249</sup> Ebd., S. 66. Die instrumentelle Argumentation übte er auch gegen Kritik in seiner Partei: Die SPD dürfe sich dem BFW nicht verschließen, wolle sie nicht der CDU ein „De-facto-Monopol“ auf die Vertretung der Professoren überlassen. Vgl. Hermann Lübke: Der Bund „Freiheit der Wissenschaft“ als hochschulpolitische Gretchenfrage. In: Vorwärts, 10. Dezember 1970, zitiert nach: Ders.: Hochschulreform und Gegenauflärung. Analysen, Postulate, Polemik zur aktuellen Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Freiburg i.Br. 1972, S. 105-107 (105).

<sup>250</sup> Ernst Nolte: Was kann getan werden? In: BFW: Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede, S. 31-37 (31).

sich vollzog. Welcher Begriff konnte daran anknüpfen? Nolte übergang die antiautoritäre Unübersichtlichkeit der vielen Studentengruppen und stellte sie sämtlich unter das Gesetz „älterer und stärkerer Mächte“<sup>251</sup>, die als Bedrohung längst bekannt seien. Der gemeinschaftsstiftende Begriff, den er präparierte, war der des Antikommunismus. Er bezeichnete einen inneren und, was potenzierte Wirkung versprach, zugleich äußeren Feind, demgegenüber kein noch so scharfer Ausdruck leicht als übertrieben auffiel – nicht einmal der angeblicher Todesgefahr. Kräftige Ausdrücke brauchte es, um das scheckige Mosaik des Unmuts über die Studentenbewegung auf eine gleichartig kompromisslose Sicht der Dinge zu richten.

„Die Aktivisten neuer intellektueller Moden“ mögen so interessant und stimulierend sein wie sie wollen, warnte Nolte, sie seien doch mittlerweile in ihrer „politischen Linie von der SED kaum noch unterscheidbar“. Es möge auch innere Stärke beweisen, seinem Gegner gelassen zuzuhören. Aber: „Ein Staat, der seine Hochschulen zu Übungsplätzen oder gar zu Zitadellen seiner Feinde werden läßt, muß sich entweder wehren oder er hat sein Todesurteil schon unterschrieben.“<sup>252</sup> Fünf Monate später konnte Ernst Nolte schon selbstgewiss davon ausgehen, ein gemeinsames Bewusstsein vorzufinden.

„Allmählich hebt sich der Vorhang, der die wahre Bedeutung der Ereignisse an den deutschen Universitäten verbarg. Vor zehn Monaten mußten die Vorgänge des Jahres 1969 noch in der Form von Untergrundpublikationen einer spröden Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden, die nur schwer von der lieb gewonnenen Vorstellung Abschied nahm, an den Hochschulen spiele sich weiter nichts ab als der etwas rauhe Kampf einer ‚kritischen Jugend‘ mit ‚reaktionären Ordinarien‘. Heute trägt man Eulen nach Athen, wenn man von den ‚Roten Zellen‘ spricht, von dem fanatischen Machtwillen, mit dem sie ganze Institute und Fachbereiche zu erobern versuchen, von den Drohungen, durch die sie Schrecken verbreiten, von der geschickt dosierten Gewalttätigkeit, welche die legale Einflußnahme verstärkt.“<sup>253</sup>

---

<sup>251</sup> Ebd., S. 34.

<sup>252</sup> Ebd., S. 34f.

<sup>253</sup> Ernst Nolte: Die gegenwärtige Situation der deutschen Universität. In: BFW: Der Gründungskongreß, S. 20-35 (20).

Nolte hielt Rückschau auf die vergangenen fünf Jahre und skizzierte eine Genese des Unheils, die seiner Studie über die inhärente Krisenhaftigkeit und performative Radikalität des „Liberalen Systems“ glich. Die anfänglich „pseudodemokratischen Hoffnungen“ seien durch „innere Notwendigkeit“ in die „Phase ausgedehnter studentischer Gewaltsamkeit“ getreten. Im Jahr 1970 habe man es nun mit der dritten, der kommunistischen Machtergreifungsphase an den Universitäten zu tun.<sup>254</sup> Er warf die Frage nach dem System auf, das dies ermögliche. Die Bundesrepublik war in seinen Augen ein Konfliktgebilde, im Unterschied etwa zur Sowjetunion ein Staat, der „nicht bloß gelegentlich in eine Krise“ gerate, „sondern eigentlich in sich selbst eine permanente Krise“ sei. Er verkannte nicht, dass in diesem Rahmen sich geschützte Freiräume für eine vom Staat unbeaufsichtigte Wissenschaft bildeten. Eine „Todeskrise“ aber sei erreicht, „wenn sich die Ansicht verbreitet, man dürfe der politischen Opposition grundsätzlich keine Chance mehr geben“, wie die kommunistischen Studenten postulierten.<sup>255</sup> „Der Angriff dieser Gruppe und ihrer Mentoren auf die Universität der Bundesrepublik ist daher keine bloße Hochschulangelegenheit: er ist eine akute Krise des Staates, und er kann nur vom Staat zurückgewiesen werden.“<sup>256</sup>

War dieser Schluss ebenso bei Richard Löwenthal oder Hermann Lübke erreicht, so ging Ernst Nolte einen wesentlichen Schritt weiter. Denn die Zerstörung der Wissenschaft als eine „deutsche Erscheinung“, erklärte er seinen 1.700 Hörern in der Stadthalle Bad Godesberg, nähre sich „aus der bekannten Grundlagenschwäche unseres Staates“.<sup>257</sup> Diese Bundesrepublik für sich genommen lehnte Nolte ab, sie war nicht nach seinem Herzen. Jedoch billigte er ihr zu, das geringere Übel zu sein, solange es die kommunistischen Regime im Osten gab.

„Wer hätte nicht voller Verzweiflung, voller Mißtrauen oder auch voller Geringschätzung auf diesen Staat geblickt? Und dennoch – wer jemals seine Grenzen, von Osten kommend, überschritten hat, sei er Deutscher, Pole, Tscheche oder Russe, der weiß, welches Aufatmen er gewährt und wieviel Hoffnung sich an ihn knüpft.“<sup>258</sup>

---

<sup>254</sup> Ebd., S. 22ff.

<sup>255</sup> Ebd., S. 27.

<sup>256</sup> Ebd., S. 28.

<sup>257</sup> Ebd., S. 32.

<sup>258</sup> Ebd., S. 34.

Diese Hoffnung verband er mit einer antimarxistischen Gegenbewegung, sie würde sich erfüllen, wenn mit parteiübergreifender gleichartiger Sicht der Dinge der Kampf für einen neuen Staat beginne. Nolte schloss:

„Und dieser Kongreß, der Mitglieder und Freunde der drei demokratischen Parteien mit parteilosen Bürgern zusammenführt, ist schließlich eine Präfiguration dessen, was eines Tages zum allgemeinen Phänomen werden muß, sobald ein neues und entscheidendes Blatt in der Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen ist und unverhüllt als Kampf um den Staat beginnt, was als Kampf um die Universität bereits im Gange ist.“<sup>259</sup>

An anderer Stelle schrieb er im selben Jahr unter dem Titel „Hochschulpolitik als Staatspolitik“, der begonnene Kampf um den Staat sei „kein Kampf um den Status quo“. Die Bundesrepublik habe „alles Selbstbewußtsein, über das sie verfügt, aus jener überschwänglichen ‚westlichen Selbstverherrlichung‘ gewonnen, die heute tief diskreditiert ist.“ Nun aber „wird sie eines Tages vielleicht ein genuiner Staat werden, ohne ein Nationalstaat im überlieferten Sinne zu sein.“<sup>260</sup>

### 3. Staatsbewusstsein<sup>261</sup>

Plädierte der Faschismushistoriker Ernst Nolte, der Idee und Praxis totalitärer Staatsgewalt studiert hatte, wenn einmal seine sprachliche Militanz abgezogen war, nicht einfach nur für den freiheitlichen Rechtsstaat? Er riet in Bonn von einem Verbot der Studentengruppen ab. Er sagte, die Bundesrepublik als Staat „hat eben – glücklicherweise – kein allmächtiges und allwissendes Zentrum, das die Feinde der herrschenden Ideologie in die Arbeitslager und in die Nervenheilstätten bringt.

---

<sup>259</sup> Ebd., S. 35.

<sup>260</sup> Ernst Nolte: Hochschulpolitik als Staatspolitik. In: Merkur 269 (1970), S. 870-884 (883).

<sup>261</sup> Zum Begriff als einer Verdichtung von sowohl durchrationalisiertem politischen Denken als auch symbolisch vermittelter, emotionaler Massenloyalität vgl. Wolfgang Hardtwig: Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im Deutschen Kaiserreich 1871-1914. In: GG 16 (1990), S. 269-295 (269f.), der am Fall von Denkmälern, Staatsfeierlichkeiten und Kriegsgedenken im Kaiserreich die Bedeutung von Machtstaat und Obrigkeit diskutiert.

Dieser Staat ist gehalten, das Lebens- und Entfaltungsrecht auch seiner Gegner, auch der kommunistischen Studenten, zu respektieren.<sup>262</sup> Das Gedankenspiel bundesrepublikanischer Konzentrationslager evozierte Alptraumhaftes. Es verpflanzte noch in der Verneinung mit eisiger Gebärde die Möglichkeit des totalitären Schreckensregimes in die westdeutsche Gegenwart des Jahres 1970. Gewiss war dies als polemische Antwort gemeint auf den marxistischen Vorwurf, es handle sich bei der BRD um ein quasi faschistisches System. Und aus dem Satz, es sei auch der Gegner zu respektieren, spräche eine Voltairesche Unerbittlichkeit humaner Machtbegrenzung, oder eine „Noblesse“, die Nolte im Habilitationsverfahren von Reinhard Kühnl bei diesem vermisste. Dieses „oder“ ist von Belang. Wo einerseits mit der prinzipiellen Machtbegrenzung das moderne Menschenrecht artikuliert ist, gehört andererseits die Vornehmheit habituell zum Selbstbildnis eines Wissenschaftlers, der sich auf die mittelalterliche Gelehrtentradition eines abendländischen Geistesadels bezieht. Essentiell müsste die „Noblesse“, wenn Nolte damit nicht nur das korporative Standesethos auf den Staat anlegte, dem einklagbaren Freiheitsrecht des demokratischen Verfassungsstaates entsprechen.

Zunächst fällt indes auf, dass die Bundesrepublik in Auslegung der Artikel 2 und 20 Grundgesetz einem „kämpferischen“ und „aggressiven“ Gegner der Verfassungsordnung keineswegs sein politisches Entfaltungsrecht belässt. Insbesondere die für eine politische Betätigung zentralen Freiheitsrechte der Meinungsäußerung, der Lehre, der Versammlung und Vereinigung, aber auch die privaten Schutzgüter des Kommunikationsgeheimnisses und des Eigentums gelten gemäß Artikel 18 als verwirkt, soweit sie zum „Kampfe gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung missbraucht“ werden. Das leitende Staatsprinzip der „streitbaren Demokratie“ war im wesentlichen durch das Bundesverfassungsgericht schon 1952 beim Verbot der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei und 1956 beim Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands zugleich ausformuliert und ausgeführt worden.<sup>263</sup> Zwischen Juni und August 1968 wurden zudem Verfassungs- und Staatsschutz Gegenstand heftiger öffentlicher Auseinandersetzungen, als der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition von CDU und SPD die Verfassung änderte<sup>264</sup>, mit dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz die staatlichen Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis legalisierte und die Rechtsgrundlage der geheimdienstlichen Überwa-

---

<sup>262</sup> Ebd., S. 28.

<sup>263</sup> Vgl. BVerfGE 2, 1ff. und BVerfGE 5, 85ff.

<sup>264</sup> Gesetz vom 24. Juni 1968, BGBl. I., S. 709.

chung und Informationsbeschaffung verabschiedete.<sup>265</sup> Wollte Nolte also ein Mehr an Rechten für kommunistische Vereinigungen einfordern als die herrschende Meinung der westdeutschen Staatsrechtler für verträglich hielt, als Gesetzgebung, Exekutive und Verfassungsrechtssprechung erlaubten? Tatsächlich hatte sich die Bundesrepublik eingedenk der republikfeindlichen Propaganda zwischen 1918 und 1933 mit den Schranken der Pressefreiheit ein in der westlichen Welt vergleichsweise restriktives Verbotsrecht geschaffen. Das gemäß Artikel 21 Absatz 2 ermöglichte Parteienverbot gar ist, so die herrschende Lehrmeinung, „nur auf dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik und im ‚Dritten Reich‘ verständlich“. „Bezeichnenderweise kennt deshalb auch das Verfassungsrecht keines vergleichbaren Staates eine ähnliche Bestimmung.“<sup>266</sup> Die Bundesrepublik war also 1970 zu Teilen schon weit „mehr Staat“ als viele andere Staaten. Ernst Nolte hatte hingegen ihre Schwäche beklagt: sie sei „weit weniger Staat als die anderen Staaten der Welt“.<sup>267</sup> Und nun wollte er trotzdem ein Mehr an Freiheitsrechten, gerade für die ärgsten Widersacher der Ordnung? Er widersprach sich. Oder der Widerspruch ist ein scheinbarer und löst sich auf in einer anderen Bedeutung seines Satzes, es sei der Staat gehalten, das Lebens- und Entfaltungsrecht auch seiner Gegner, auch der kommunistischen Studenten, zu respektieren.

Die adlige „Noblesse“, den Gegner zu schonen, setzte dessen Subordination voraus. Die Unterwerfung, auch wo sie freiwillig erfolgte, stand unter dem Gesetz heteronomer Gewalt, die sie jederzeit erzwingen konnte. Dies war die aus dem feudalen Ehrbegriff in die absolutistische Staatspraxis tradierte Regel. Wo das Recht unter den Vorbehalt der bezwingenden Souveränität gestellt ist, verliert es seinen Rechtscharakter und nimmt die Form von „Toleranzen“ an, die der Souverän nach Maßgabe politischer Klugheit oder Gewogenheit, jedenfalls in rechtsfremder Logik gewährt oder entzieht. Die Herrschaft kann milde ausfallen, nicht weil sie begrenzt wäre, sondern gerade weil sie unbegrenzt ist. Die Macht kann an sich halten, nicht weil sie auf Schranken träge, sondern weil sie Allmacht ist und über den Menschen vollstän-

---

<sup>265</sup> Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses – „G 10“ – vom 13. August 1968, BGBl. I, S. 949: „Artikel 1, § 1, (1) Es sind 1. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, das Amt für den Militärischen Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes einschließlich der Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der nichtdeutschen Vertragsstaaten des Nordatlantik-Vertrages, 2. [...] berechtigt, die Telekommunikation zu überwachen und aufzuzeichnen, in den Fällen der Nummer 1 auch die dem Brief- und Postgeheimnis unterliegenden Sendungen zu öffnen und einzusehen.“

<sup>266</sup> Alfred Katz: Staatsrecht. Heidelberg (9)1989, S. 135.

dig gebietet. Milde und Beschränkung aber werden gleich Launen vom Souverän abfallen, sobald er die Opposition zu spüren bekommt, die sich seinem Bestimmungsvermögen entzieht. In einem sozialen Verband, einem ständischen Herrschaftsgefüge, einer Anstalt, einem Betrieb oder einem Staat, der unter der Leitung eines Souveräns steht und nach außen autonom ist, kann es kein Recht geben. „Die Vorstellung eines Souveräns ist revolutionärer Sprengstoff gegen den Verfassungsstaat“, schreibt Martin Kriele. „Nur wo es keinen Souverän gibt, kann es Menschenrechte *als Rechte* geben.“<sup>268</sup>

Wo Ernst Nolte also für gewährende Nachsicht mit den Studenten plädierte, befände er sich in vollem Einklang mit der Forderung nach einem Staat, der „mehr Staat“ ist, indem er zunächst die Über- und Unterordnungsverhältnisse wiederherstellt, die Voraussetzung für dann zu gewährende Toleranzen sind. Über die Aussage in Noltens Satz ist keine Klarheit zu gewinnen. Sie bleibt mehrdeutig. Im Kontext seiner antikommunistischen Mobilmachung jedoch forderte er durchweg mehr Staat als Recht und bedauerte den Mangel an deutscher Souveränität, wohingegen der liberale Verfassungsstaat mehr Recht als Staat ist, den Staat durch das Recht erst konstituiert und in keinem Fall einen Souverän dulden kann.

Der Ruf nach dem Staat war den Initiatoren des Bundes Freiheit der Wissenschaft gemein: Der Appell ging an die Aufsicht, die Kontrolle, die Intervention, die Zentralität, die Sachkompetenz, an Niveau, Leistungsgewähr, Macht, Ordnung, Kultur und Kampftauglichkeit des Staates. Das hierarchische Weisungsprinzip der staatlichen Verwaltung erklärte Nolte gleich zum Vorbild der Universität, als er sie mit dem Bundeskanzleramt verglich.<sup>269</sup> Und Richard Löwenthal applaudierte diesem Vergleich, indem er feststellte, dass Hochschulen Funktionseinrichtungen mit zugewiesenen Aufgaben seien, die sich in sich selbst ebenso wenig demokratisieren ließen wie die Ministerien einer Regierung.<sup>270</sup> Die Attribute, mit denen die Wünsche nach Aktivierung staatlicher Autorität verbunden waren, sind die Fähigkeiten eines Souveräns, im Notstand die Entscheidungs- und Verfügungsmacht an sich zu ziehen.

Die staatliche Verfasstheit der politischen Ordnung war an sich im Jahr 1970 kaum umstritten. Auch Autoren, die, von kritischer Theorie angeregt, nach dem sozialliberalen Regierungswechsel nun den „Abschied von der autoritären Demokratie“

---

<sup>267</sup> Nolte: Was kann getan werden?, S. 36.

<sup>268</sup> Martin Kriele: Einführung in die Staatslehre. Die geschichtlichen Legitimitätsgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates (1975). Opladen (4)1990, S. 112 und 116.

<sup>269</sup> Nolte: Die gegenwärtige Situation der deutschen Universität, S. 24.

<sup>270</sup> Löwenthal: Demokratisches Prinzip und Leistungsprinzip, S. 39f.



zu vollziehen forderten, bezogen sich auf den zu reformierenden Verfassungsstaat der Bundesrepublik.<sup>271</sup> Nur ging es ihnen um ein Mehr an Verfassung, nicht um ein Mehr an Staat, um ein Mehr an material verpflichtender Rechtlichkeit des Rechtsstaates, dessen Institutionen sich der gesellschaftlichen Gesamtheit von Individuen und Gruppen zu öffnen hätten, um soziales Gehör und politische Teilhabe über den Kreis der üblichen Besitzbegünstigten hinaus auszuweiten. Die Demokratie sollte dem Demos, von dem sie formale Legitimität bezog, gerecht werden durch erweiterte aktive und passive Freiheitsrechte. Die Aufmerksamkeit galt dabei dem Grundgesetz als entscheidende, ja als „die allein ausschlaggebende legale Legitimität“, und insbesondere den Grundrechten.<sup>272</sup> Sie streng zugunsten der wirtschaftlich je Minderbemittelten, sozial je Mindergeachteten und politisch je Minderbemächtigten auszulegen und einzuklagen, war ein Weg, um durch die Verfassung zu mehr Freiheit zu gelangen, auch im Sinne einer durch die Verfassung begründeten Freiheit. Die auf Dolf Sternberger zurückgeführte Formel vom „Verfassungspatriotismus“ würde hier passend sein, enthielte sie nicht das, was die Linke als den unvernünftigen Rest einer vorrechtlich bleibenden Bindung ans rein Institutionelle und staatlich Gewordene ansah, die der Traditionalist sein eigen nennt. Gerade diesen Autoren wurde nicht ganz selten „Verfassungsfeindlichkeit“ vorgeworfen, wo das damit Gemeinte doch wenigstens „Staatsfeindlichkeit“ hätte heißen sollen. Im Selbstverständnis von Radikaldemokraten ging es freilich um ein normatives Hinausdenken über die Dinglichkeit eines Staates, der die egalitären Freiheitsversprechen, die ihm grundrechtlich aufs Papier geschrieben standen, nicht im möglichen Maße verwirklichte, sondern vielfach auf ohnehin gegebene Besitzstände einengte. So urteilten jedenfalls die Kritiker des Status quo, die im Laufe der 70er Jahre von den staatsbewusst Konservativen zu geistigen Vätern des Terrorismus herabgewürdigt wurden.

---

<sup>271</sup> Vgl. Lothar Romain und Gotthart Schwarz (Hg.): Abschied von der autoritären Demokratie? Die Bundesrepublik im Übergang. München 1970. „Es gilt“, schrieben die Herausgeber, „eingerostete Formeln zu lösen, gesellschaftsopportunen und d.h. bisher immer auch herrschaftsopportunen Interpretationen dieses Staates und seiner Gesellschaft entgegenzutreten, sie unter die Lupe zu nehmen und ihnen ein theoretisch begründetes und zugleich praktikables Gesellschafts- und Staatsverständnis entgegenzusetzen. [...] Dieses Buch versteht sich als Plattform für eine kritische Linke, die sich uneins weiß mit allen gesellschaftsbestätigenden, konservativen Apologeten des Status quo, die aber auch jenen Fluchtweg nicht gutheißen will, der in einen zwischen redseligem Nichtstun und revolutionärem Aktionismus hin- und herpendelnden Dogmatismus einmündet. [...] Dieser Staat schafft die Möglichkeit, sowohl allgemeine Symptome für hochindustrialisierte Gesellschaften aufzuzeigen als auch die konkrete Konsequenz daraus zu ziehen – und das kann nur heißen, unter Berücksichtigung der allgemeinen wie speziellen Entwicklungen real erstreitbare, notwendige Veränderungen (nicht utopische Zielsetzungen) zu bewirken.“ (S. 8ff.)

<sup>272</sup> Wolf-Dieter Narr: Westdeutsche Demokratie nach 1945 – Verheißung und Wirklichkeit. In: Ebd., S. 87-111 (95f.).

In der preußisch-deutschen Geschichte war die Verfassung als solche ein Gegenstand erbitterter Machtkämpfe. Die schiere Existenz eines Kontrakts, der die Monarchie in ihrer „natürlichen“ Obergewalt regulieren sollte, wurde am Vorabend der Verfassungskämpfe von 1848 vom romantisch beeinflussten König Friedrich Wilhelm IV. als Sündenfall verstanden. Zwischen Fürst und Volk, zwischen Gott und Land dürfe sich nicht „ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Vorsehung“ eindrängen.<sup>273</sup> Das „monarchische Prinzip“, wie es der Berliner Staatsrechtler Friedrich Julius Stahl, der zu den Günstlingen des preußischen Hofes zählte, entworfen hatte, verlangte, die Teilung der Staatsgewalt durch eine konstitutionelle Kompetenzordnung abzuweisen.<sup>274</sup> Nachdem Demokraten und Liberale mit ihrem Anspruch gescheitert waren, die königliche Gewalt, vor allem Offizierskorps und Armee, unter das Gesetz der Verfassung zu stellen, oktroyierte die Krone eine Charta und stellte mit ihr das Recht unter die Macht; der Hohenzollernkönig und das Militär blieben außerhalb der Verfassung.<sup>275</sup> Der Begriff der Verfassung blieb außerhalb des Staatsbegriffes und war in der konservativen deutschen Staatslehre kontaminiert mit Vorstellungen ungebührlichen revolutionären Aufbruchs, wo immer bürgerliche Rechte in Frage standen. Als mit der Weimarer Republik dann alle staatlichen Institutionen wenigstens formal unter die Verfassung gestellt waren, empfanden deutsche Juristen ihr tradiertes Staatsrechtsdenken in der Krise: Das positivistische Symbioseverhältnis von herrschender Rechtslehre und herrschendem Obrigkeitsstaat hatte einen Riss bekommen. Es dominierten Verfassungsskepsis und Staatssehnsucht. Die republikanische Reichsverfassung galt „als Ausdruck einer fremden, widerdeutschen Staatsgesinnung“.<sup>276</sup> Carl Schmitt entwickelte das an Stahl und die preußischen Monarchisten erinnernde Konzept des antiliberalen, den Pluralismus gesellschaftlicher Kräfte bezwingenden Staates.<sup>277</sup> Dem wirkmächtigen antidemokratischen Denken und Handeln konservativ-autoritärer Wortführer war der Verfassungsstaat ein „Scheinstaat“: „Staatsgesinnung“, schreibt Kurt Sontheimer, „hatte darum nicht, wer für die verfassungsmäßige Ordnung der Republik eintrat, sondern wer sie um eines stärkeren und

---

<sup>273</sup> In seiner Rede am 11. April 1847 zur Eröffnung der vereinigten Ständeversammlung, in der die Liberalen die Verfassung forderten. Zitiert nach Matthias Pape: Die Verfassungsgebung in Preußen 1848/50. Akteure – Ziele – Handlungsspielräume. In: Zeitschrift für Neue Rechtsgeschichte 22 (2000), S. 188-217 (191).

<sup>274</sup> Vgl. ebd., S. 193f.

<sup>275</sup> Vgl. ebd., S. 215f.

<sup>276</sup> Sontheimer: Antidemokratisches Denken, S. 81.

<sup>277</sup> Vgl. ebd., S. 94ff.

besseren Staates willen als unstaatlich entlarvt.“<sup>278</sup> Der Gegensatz von normativer demokratischer Verfassung und autoritärem Staat ist ein bis in die Grundgesetzdiskussionen der Bundesrepublik fortwirkendes Motiv deutscher Politik.

In den Tönen eines neuen bundesdeutschen Antimarxismus, der gegen die Rohheit der „Roten Zellen“ im Recht war und doch den antiautoritären Studenten und Wissenschaftlern Unrecht tat, äußerte sich 1970 ein Bewusstsein, das weniger Verfassung wollte und dafür mehr Staat. Friedrich Tenbruck, der die Sozialreform als solche verabscheute, nahm dafür noch Begriffe von Max Horkheimer in Anspruch, wenn er die „verwaltete Welt“ anprangerte, wendete diesen Begriff jedoch gegen den einzelnen Menschen, für dessen Verteidigung er vordem gedacht worden war. Der Mensch wurde von Tenbruck der Kontrolle anempfohlen, nicht die Macht. Macht war für Tenbruck das Vermögen, den Menschen, der von seiner sehnenenden Glückshoffnung nicht lassen kann, in die Gatter tradierter Sittlichkeiten zu verweisen, wo er einsame Disziplin zu exerzieren habe. Aber weil der Mensch in soziale Erkenntnis umsetzt, was ihn nicht nur subjektiv bedrückt, beschwor Tenbruck die Gefahr der permanenten Revolution, die er im Rahmen der feststehenden Staatlichkeit zu bändigen wünschte. Den Begriff der Gesellschaft, die nicht stillzustellen ist, galt ihm schließlich als Kampfformel von aufrührerischen Agitatoren gegen den Staat, der zur Abwehr zu schreiten habe.

Die Beseelung des Staates zu einem Wesen, das allem Recht vorgelagert sei und als hoheitlich neutraler Gewährträger über den schäbigen Konflikten der Gesellschaft stünde, ist ein Erbe des Absolutismus und eine konservative Reaktion auf die demokratischen und sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Um die Entscheidung zwischen Demokratie und Machtstaat wurde seit der gescheiterten politischen Emanzipation des Bürgertums nach 1848 gerungen. Sie war gegen die demokratische Verfassung und für den nationalen Machtstaat gefallen, als das liberale Bürgertum, auch aus Furcht vor der Arbeiterbewegung, zuerst den Reichsgründungskompromiss 1871 mit dem preußischen Konservatismus und schließlich den alldeutschen imperialen Kampfbund im Zeichen von Bismarck-Mythos, Kaiserkult und Germanismus schloss.<sup>279</sup> Martin Kriele weist darauf hin, dass mit „Staat“ in dieser Vorstellungswelt der Staatsapparat gemeint war – Fürst, Beamtenschaft, Militär, die exekutive Gewalt. Die ideale Konstruktion eines „pouvoir neutre“ war Ideologie zum Nutzen derer, die sich der Herrschaft bemächtigt hatten und sich des Apparats zur Durchsetzung ihrer

---

<sup>278</sup> Ebd., S. 244.

sozialen Interessen bedienten. Als in der Gesellschaft konkurrierende Ansprüche artikuliert wurden, zog dies einen autoritären Reflex nach sich, der die gesellschaftliche Sphäre als solche gedanklich ablöste von den staatlichen Institutionen und für minderwertig erklärte. Das daraus geborene Staatsbewusstsein propagierte die Identifikation mit dem Gemeinwesen, jedoch als Trug. „Denn der Konservatismus, der sich ‚mit dem Staat‘ identifizierte, ist eine partikulare politische Strömung, die sich absolut setzt.“<sup>280</sup> Eine partikulare Gesellschaftskraft, wäre hinzuzufügen, die im Begriffsfeld „Staat“, das sie vielfach kompositorisch zu variieren weiß, eine Selbsterhebung und Selbststeigerung erfährt.

Das aus diesem Bewusstsein geformte Selbstbild ist es, Elite zu sein. Die Initiatoren des Bundes Freiheit der Wissenschaft klagten sämtlich über den Niveauverlust an den Universitäten. Dies reichte in verschiedensten Abstufungen von der Kritik an Funktionsmängeln, an der Aufweichung von Leistungsstandards, von betonter Rationalität also bis zum gekränkten Eigenwertgefühl, das die soziale Wechselbindung von Verdienst und Rang schwinden sah. Solchen Rang machte Wilhelm Hennis exemplarisch fest an der überlieferten Architektur der Universitäten, einer, wie er glaubte, erhabenen Bauform, die ihm ein Refugium bot, die ungeschlachte, streitsüchtige Parteipolitik zu fliehen und träumerisch sich mit der eigenen Teilhabe an schon vergangener Geistesgröße zu trösten.

„Wenn mir übel zumute war, so habe ich mich in der Nische des Lehrstuhls, wo es immer ein harmonisches und freundliches Klima gab, abgeschottet. [...] Ich habe die alte Universität wirklich geliebt. Mitglied einer bedeutenden Fakultät zu sein hat mich angeregt und stolz gemacht. Wie habe ich die Göttinger Universität, ihre alte Aula geliebt. Was für ein Vorzug, dass das Smendsche Staatstheoretische Seminar im Sekretärzimmer der Akademie tagen konnte! Wie schön war es, in das noble Jugendstilgebäude der Hamburger Universität zu gehen, um dort seinen Amtspflichten nachzugehen.“<sup>281</sup>

Professor geworden zu sein, bedeutete für Hennis nicht nur einen öffentlichen Auftrag angenommen zu haben. Es war für ihn ein Staatsauftrag: Der Ordinarius in

---

<sup>279</sup> Vgl. Hardtwig: Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein, S. 288ff.

<sup>280</sup> Kriele: Einführung in die Staatslehre, S. 312.

<sup>281</sup> In seinem Altersrückblick „Erzählte Erfahrung eines Fünfundsiebzigjährigen“, hier zitiert nach: Wilhelm Hennis: Aufs Ganze gehen. Politikwissenschaft als Beruf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Februar 1998.

seiner klassischen Gestalt verkörpere die spezifisch deutsche kulturstaatliche Tradition.<sup>282</sup> In ihr war für ihn die höhere Bildung aufgehoben, die verfeinerte Geistigkeit, Liebe zum Wissen und Glaube an das Menschliche, die sich mit Interessenkampf und Nützlichkeitskalkül nicht vertrugen. Hennis' Doktorvater Rudolf Smend trieb eine durchaus verwandte Frage um, als er in den 20er Jahren gegen die bloße Funktionalität des liberalen Staates den Integrations-Staat als Aufrichtung einer „Sinneinheit realen geistigen Lebens“, eines „nationalen Kultursystems“ postulierte. Bei Smend wurde der Staat „wieder zu einem Wert an sich erhoben“ – und der Weimarer Demokratie entgegengesetzt.<sup>283</sup> Noch in dem Porträt seines zweiten Lehrers Carlo Schmid erklärte Hennis diesen für gescheitert, weil die „egalitär-antiautoritäre Geisteszensur“ der Bundesrepublik einen „Kulturstaat sui generis“, den Schmid repräsentiert habe, nicht zulasse.<sup>284</sup>

Auch Ernst Nolte verband seine Abwehr der Studentenbewegung mit dem Abscheu vor der baulichen Verwahrlosung der Universität: Freiheit der Wissenschaft impliziere auch Freude, doch nur noch Bitterkeit komme auf angesichts von Institutionen, „deren Wände mit Parolen beschmiert sind und an deren Spitze nach menschlichem Ermessen in zunehmenden Maße wissenschaftliche Niemande treten werden.“<sup>285</sup> Nicht nur war dies Ausdruck des Dünkels, mit dem er auf den Verlust äußerer Rangsymbole reagierte, er deutete auch die Universalnorm der Freiheit als exklusives Vorrecht, nicht von Mittelmäßigkeit belästigt zu werden, und sah die *seine* erodieren, wo durch Massenstudium und Mitbestimmung die Freiheit des Lernens fortschritt.

Die Parole „Freiheit“ kann auf anderes als die Verteidigung gleicher Rechte gemünzt sein. Im antiliberalen Diskurs, wie er sich gegen die Republik formierte, erfuhr der zentrale Aufklärungsbegriff der Freiheit seine polemische Umdeutung. „Für uns ist die Freiheit nicht eine Angelegenheit der Gleichheit“, schrieb etwa 1929 Wilhelm Stapel, „sondern eine Angelegenheit des Niveaus. Was wertvoll ist, sei frei. Was wertlos ist, soll kuschen.“ Und über Wert und Unwert bestimme die rechte Bewegung selbst.<sup>286</sup> Das völkische Denken des Karl Anton Prinz Rohan folgerte 1930:

---

<sup>282</sup> Ebd.

<sup>283</sup> Sontheimer: Antidemokratisches Denken, S. 99f.

<sup>284</sup> Ebenfalls rückblickend in einem Vortrag im Bonner Haus der Geschichte am 2. Dezember 1996, hier (mit irreführender Überschrift) zitiert nach: Wilhelm Hennis: War er vielleicht doch ein Sozialist? Warum Carlo Schmid und die SPD einander so fremd blieben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Dezember 1996.

<sup>285</sup> Nolte: Die gegenwärtige Situation der deutschen Universität, S. 21.

<sup>286</sup> Zitiert nach Sontheimer: Antidemokratisches Denken, S. 74f.

„Wir wollen einen starken Staat, der für Wert gegen Unwert Partei ergreifen und dadurch die Herrschaft der Besten verwirklichen soll.“ Im Namen der „Volksgemeinschaft“ werde Partei ergriffen „zugunsten der für sie wertvollen Bürger, im Sinne der Durchsetzung des Qualitätsgedankens.“<sup>287</sup>

Wiederum ist die traditionelle deutsche Staatslehre der Vorläufer, und ihre Verschärfung in dem historischen Moment, da mit der Weimarer Republik der Schein obrigkeitlicher Neutralität verloschen war, explizierte, zu welcher Konsequenz man schritt, wenn die Politik in geschützte Vorrechte eindrang: Nichts anderes als die Demokratie machte Carl Schmitt 1932 haftbar für den Verlust von „Freiheit“, und um „wieder freie Sphären und Lebensgebiete zu gewinnen“, „um die notwendigen Entpolitisierungen vorzunehmen“, bedürfe es des autoritären Staates.<sup>288</sup>

Auch Richard Löwenthal und Erwin K. Scheuch, die eine Bildungsexpansion mit breitem Zugang nichtprivilegierter Schichten begrüßten, entsetzten sich über den Qualitätsverfall. Ihnen ging es anders als Hennis und Nolte um das unsentimentale, der traditionellen Kleider entblößte Leistungsprinzip. Sie verteidigten die Kompetenz der wissenschaftlichen Funktionselite, eine Auslese der künftigen Eliten vorzunehmen, als rationales Erfordernis. Und weil gerade diese Prärogative, von der abhing, ob Abschlusszeugnisse bei Wirtschaftsunternehmen anerkannt wurden, durch Sitz und Stimme der Studenten in universitären Auswahlgremien angefochten wurde, verbündeten sie sich mit einer konservativen Reformabwehr auf dem Boden der „Sicherung der staatlich kontrollierten Selbstbestimmung der im Zuge der Demokratisierung erweiterten Lehrkörper in allen Fragen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Qualifizierung“, wie es im Gründungsauftrag des Bundes formelhaft hieß.<sup>289</sup> Es bedeutete: Das aus Fachkompetenz gewonnene Vorrecht der „Selbstergänzung“ (Löwenthal) des wissenschaftlichen Personals, der Entscheidung darüber, wer als wissenschaftlich qualifiziert zu gelten habe, sollte durch staatliche Aufsicht den Professoren gesichert bleiben. Für liberal argumentierende Hochschullehrer, die auf diesem Wege dem Leistungsprinzip Geltung verschaffen wollten, zählte die heranzubildende Fähigkeit der Absolventen, sich in der Konkurrenz der Wirtschaftsgesellschaft zu behaupten. Der Druck von Studien- und Examensordnungen, gegen den Studenten opponierten, sorgte für die Auslese der geeigneten Fachmensen, und entfiel er, so sei zu befürchten, dass Technik, Wirtschaft und Verwaltung erlahmten.

<sup>287</sup> Zitiert nach ebd., S. 242f.

<sup>288</sup> Zitiert nach Kriele: Einführung in die Staatslehre, S. 316.

<sup>289</sup> BFW: Der Gründungskongreß, S. 9.

Dieser Liberalismus der Betriebsamkeit kritisierte die Tradition, wo sie sich aus funktionsfremden Erwägungen oder Empfindungen einer ökonomisch benötigten Massenausbildung widersetzte; zugleich appellierte er an den Staat, seine Machtmittel aufzubieten, wenn die Leistungsmoral künftiger Funktionsebenen nachließ und die Routinen der Qualifizierung gestört wurden. Auch in dieser Frage erinnert Martin Kriele an eine deutsche Tradition, das Recht des Verfassungsstaates zu beugen: Denn ein „liberales System“, das nur darauf gerichtet ist, ökonomische Gesetzmäßigkeiten aufrechtzuerhalten, war mit einer autoritären Regierung vereinbar. Der reine Wirtschaftsliberalismus misstraut den umständlichen Verfahren der Grundrechtsverwirklichung; kostet die Demokratie zu viel, ist für den *Homo oeconomicus* ihr Grenznutzen erreicht und er verbündet sich mit dem Autoritarismus, wenn dieser das Funktionieren der Wirtschaft effektiver zu gewährleisten verspricht. So konnte Friedrich August von Hayek sagen: „Es ist vorstellbar, dass eine autoritäre Regierung nach liberalen Prinzipien handelt.“<sup>290</sup> – „Nur ist das autoritäre Regime nicht in die liberale Verfassung eingebunden“, antwortet Kriele: „Infolgedessen handelt es in der Wirklichkeit nur zeitweise, nur in gewisser Hinsicht, nur gegenüber ausgewählten Bevölkerungsgruppen nach liberalen Prinzipien, und diese Prinzipien sind jederzeit widerruflich.“ Aussagen wie die Hayeks seien es, „die manche ehrliche Liberale, die uns vor dem ‚Weg in die Knechtschaft‘ bewahren wollen, zu unabsichtlichen Wegbereitern der Knechtschaft machen, indem sie die prinzipielle Unvereinbarkeit von Verfassungsstaat und autoritärem Staat verwischen.“<sup>291</sup>

Damit sind nicht die Intentionen von Löwenthal und Scheuch bezeichnet, jedoch ist eine Tendenz markiert, die aus der uneingeschränkten Vorrangstellung des Leistungsprinzips und seiner Fusion mit gesteigertem Staatsbewusstsein entspringt, eine Tendenz gegen die Demokratie, die bei Friedrich Tenbruck schon deutlich erkennbar war.

Das Staatsbewusstsein des Bundes Freiheit der Wissenschaft war allgemein, doch es bettete sich bei seinen Initiatoren in je unterschiedliche institutionelle Kontexte. Bei dem Sozialdemokraten Löwenthal war ein mehrpoliges politisches Kräftefeld von Parteien, von Legislative und Exekutive, von Gesamtstaat und föderalen Gliedstaaten angesprochen. Scheuch setzte sein Vertrauen auf die staatsfreundliche wirtschaftliche Entscheidungselite, die in der Lage sei, die Komplexität sozioökonomischer Erfordernisse zu durchschauen. Bei Wilhelm Hennis, mehr noch bei Friedrich

---

<sup>290</sup> Zitiert nach Kriele: Einführung in die Staatslehre, S. 317.

Tenbruck und am meisten bei Ernst Nolte projizierte sich das Leiden an der Studentenbewegung auf die rettende Gestalt eines Machtidols deutscher Tradition, das „Staat“ heißt, die zentrale Exekutive meint und das doch etwa von angelsächsischer Government ganz geschieden ist, weil es den administrativen politischen Teilbereich mit dem Ganzen der Ordnung identifiziert.

„Staat“ zu sagen, hieß in diesem Zusammenhang, zur Notbremse zu greifen, als der Zug der Reformhoffnungen an Tempo gewann. Zwischen die staatlichen Institutionen der Bundesrepublik und die normativen Postulate ihrer Verfassung war eine soziale Bewegung getreten, die Wirklichkeit und Anspruch verglich und das Potenzial der Grundrechte durch das real existierende System nicht annähernd eingelöst sah. Mehr noch: In der Beschränkung der Grundrechte durch die Notstandsgesetzgebung sah die außerparlamentarische Opposition einen legalen Angriff auf die Verfassung; der Staat, so die Kritik, erkläre die Kritiker der staatlichen Praxis zu inneren Feinden und stelle sein eigenes Grundgesetz zur Disposition. Aus diesem Verständnis heraus nahmen die „68er“ eine „Gefahr im Verzuge“ wahr: Man sei vom „Kampfklima“ mitgerissen worden, dem Kampf des Volkes um seine Verfassung.<sup>292</sup> Während von dieser Seite die Institutionen in Frage gestellt wurden, antwortete die konservative Gegenbewegung mit einer Verteidigung der Ordnung gegen unerfüllte normative Ansprüche. An Hermann Lübke lässt sich ein grundlegendes Motiv derer zeigen, die sich mit Helmut Schelsky als „skeptische Generation“ verstanden<sup>293</sup>: das der normativen Vollendung. In dieser Zeitrechnung galt es zwar, nach 1945 einen historischen Irrtum der Deutschen zu korrigieren. Die metaphysisch begabte und grüblerische, die sich selbst verschanzende und weltabgewandte, die zutiefst ideologische und politisch autistische Nation sei mit den Tugenden der westlichen Werte bekannt zu machen gewesen. Es musste versucht werden, die friedensstiftende Kultur der Kom-

---

<sup>291</sup> Ebd., S. 317f.

<sup>292</sup> So Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht (1995). Göttingen (3)2001, S. 250.

<sup>293</sup> Vgl. Franz-Werner Kersting: Helmut Schelskys "Skeptische Generation" von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes. In: VfZ 50 (2002), S. 465-495 (487f.): Im Schlagwort von der skeptischen Generation konvergiere „Schelskys individuelle Identitätsarbeit mit einem gleichgerichteten kollektiven Bedürfnis in Teilen der westdeutschen Gesellschaft.“ Zur prägenden Bedeutung dieses „Selbst-, Fremd- und Wunschbildes“ bei der Auseinandersetzung mit 1968 vgl. ebd., S. 492ff. Wo die gemeinsame Erfahrung des allumfassenden, politischen, sozialen, des materiellen, vor allem aber des ideellen Zusammenbruchs im Mittelpunkt steht, wird auch von der „45er Generation“ gesprochen: Die Geburtsjahrgänge 1922-1932 stünden als die ersten Studenten der Bundesrepublik für einen Schub der Liberalisierung Westdeutschlands und für erste kritische Auseinandersetzungen mit den nationalen Traditionen. Vgl. Dirk Moses: Das Pathos der Nüchternheit. Die Rolle der 45er Generation im Prozess der Liberalisierung der Bundesrepublik. In: Frankfurter Rundschau, 2. Juli 2002.



promisse einzuüben. Und die Ordnung der parlamentarischen Demokratie, welche Identität durch Repräsentation und Wahrheit durch Verfahren ersetzte, wurde verstanden als eine Schule der weltanschaulichen Beschwichtigung und Bescheidenheit. Die desaströsen Ausgriffe und Ausfälle in „schlechte Unendlichkeiten“ – und auch die totalitäre Herrschaft war demzufolge schlechte Unendlichkeit – sollten gezähmt werden durch bürgerliches Maßhalten in den endlichen Lebenswelten der Bundesrepublik. Dieser Lernschritt sei im Westdeutschland Adenauers vollbracht worden. Von da an jedoch musste die Losung „Keine Experimente“ gelten, die der erste Kanzler der zweiten Republik ausgegeben hatte. Hermann Lübbe übersetzte diese Vorstellung in einen Ausdruck der politischen Philosophie, indem er die Aufklärung für beendet erklärte: sie habe ihre praktisch möglichen Ziele erreicht, jedes Mehr müsse schädlich sein und in einen Rückfall münden.<sup>294</sup> In die „vollendete Aufklärung“ der Bundesrepublik sah Lübbe seit den 60er Jahren die kritische Theorie eingreifen. Die Kritik an den etablierten Institutionen deutete er als eine zerstörerische „Überspannung des Gewissens“. Jeglichen Anspruch etwa, die Aufarbeitung des Nationalsozialismus fortzusetzen, die durch Amnestie wieder eingebundenen NS-Eliten anzuprangern und die Kontinuität autoritärer Denkmuster im rechtsstaatlichen Gewand aufzuzeigen, wies Lübbe als gefährlichen „Moralismus“ zurück.<sup>295</sup>

Die Bändigung eines normativen *Overstreich* gehörte zu den Absichten des Bundes Freiheit der Wissenschaft. Er war insofern eine patriotische Vereinigung, die das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland vor Verunglimpfung zu schützen trachtete. Der Verdacht richtete sich gegen die noch Unzufriedenen, die als die Undankbaren ausgegrenzt wurden: gegen die normensuchenden, -prüfenden, -begründenden Wissenschaftler der Politologie und der Soziologie, die aus den vorgezeichneten Um-

---

<sup>294</sup> Siehe etwa die nach 1976 verfassten Aufsätze in Hermann Lübbe: Philosophie nach der Aufklärung. Düsseldorf 1980, die den zeitgenössischen Horizont als den einer „gelungenen Aufklärung“ beschreiben, die zu den „Orientierungsproblemen“ einer „hypothetischen Kultur“ geführt habe. Lübbes Überlegungen kreisten um die Notwendigkeit und Möglichkeit der „Restabilisierung“, etwa durch die „Kunst der Diskursbegrenzung“ und die Verteidigung der „Dezisionskompetenz“ in der Praxis der Normenbegründung. Vgl. ebd., S. 7f., 54, 57, 197ff.

<sup>295</sup> Lübbe wurde dementsprechend zum „eigentlichen philosophischen Verteidiger der Bundesrepublik“ ernannt. Vgl. Ritter: Die vollendete Aufklärung, und Hermann Lübbe: Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft. Berlin 1987, wo Lübbe den „nomativen Horizont traditionaler Moral“, die „Rückbindung an kulturelle Gehalte“ und den „Bestand kultureller Selbstverständlichkeiten“ gegen die Zumutungen einer überzogenen Gewissensmoral verteidigte. Der „angespannte Politmoralismus“ sei Ursache totalitärer Regime, terroristischer Verbrechen nach 1968 und der zunehmenden „Neigung zum Öko-Terror“. Als „spezielle deutsche Umstände, die in der Bundesrepublik Deutschland die Intensität des politischen Moralismus zusätzlich steigern“, machte er die Allgegenwart der nationalsozialistischen Vergangenheit namhaft. Vgl. ebd., S. 19, 26ff., 40ff., 56, 74ff.

laufbahnen ausbrachen. Zwar zählten sich die meisten der exponierten Gründungsmitglieder des Bundes selbst zur normativen Wissenschaft, die nach 1945 pädagogische Aufgaben bei der politischen Neuorientierung der Deutschen wahrnahm. Doch die demokratische Wandlung galt ihnen als vollzogen, die Formfindungsprozesse als abgeschlossen. Die „skeptische Generation“ sah in sich gewissermaßen das Siegel der demokratischen Offenbarung, und was nun noch kam, durfte nur respektvoll tradierende Auslegungskunst sein. Die Reifikation aller normativen Möglichkeiten im gegebenen Staat schnitt tief ein in manche skeptische intellektuelle Biographie. Die Kehre zum Konservatismus ist ablesbar auch daran, wie nach 1968 Diskussionen über das Grundgesetz unter das vereinheitlichende Gebot der Ordnungsakzeptanz rückten. Infolge der semantischen Prägekraft der Parteienverbote und der Notstandsgesetze heischte der Begriff „Verfassungsordnung“ Loyalität weniger für die Verfassung als für die Ordnung. Die komplexen demokratischen Anforderungen und die an Wechselwirkungen und an soziale Bedingungen vielfach geknüpften politischen Freiheitsrechte des Grundgesetzes wurden terminologisch in die Formel der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ gestaucht. Die Gretchenfrage, wie ein jeder Professor es denn mit der „FdGO“ halte, war der Griff nach dem ultimativen Positivum des Staates, wo eine normative Unruhe an den Universitäten entstanden war, deren Ausgang ganz ungewiss schien. Friedrich Tenbruck, der seinem eigenen Fach nicht mehr traute, forderte ganz konsequent die „Bewältigung der Sozialwissenschaften“ durch mehr Geschichte in den Lehrplänen.<sup>296</sup>

Was unter „Geschichte“ zu denken war, wandelte sich ebenfalls. Um „kritische Geschichte“ ging es noch, als Eric Voegelin, der dem Neomarxismus ganz entgegengesetzt war, auf die ersten Zeichen der Studentenbewegung reagierte. Aus Unbehagen an den unterderhand fortwirkenden deutschen Traditionen zeigte er Sympathie für die aufkommende Kritik. Es gehe darum, forderte er in seinem Vortrag im Rahmen der Münchner Vorlesungsreihe zur Universität im Nationalsozialismus im Wintersemester 1965/1966, aus neuem Geist ein Urteil über die vergangene Epoche zu finden: „Um kritische Geschichte zu treiben, genügt es daher nicht, anders zu reden – man muß anders sein. Das Anders-Sein aber wird nicht durch Herumführen in den Greueln der Vergangenheit bewirkt; vielmehr ist umgekehrt die Revolution des Geistes die Voraussetzung dafür, daß man verurteilend über die Vergangenheit sprechen

---

<sup>296</sup> Vgl. Konrad Adam: Scheu vor dem Schema. Ein skeptischer Soziologe der Soziologie: Zum Tod von Friedrich Tenbruck. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Februar 1994.

kann.“ Ohne dem komme man, Voegelin sagte: „kommen wir“ nicht aus der Not der Gegenwart heraus, welche die Studenten in Unruhe versetze.<sup>297</sup> Voegelin suchte nach einem „Therapeutikum für die Krisen der deutschen Gesellschaft“<sup>298</sup>, das den Nationalsozialismus durchleuchten und seine Wiederkehr verhindern könnte. Aus den USA war er 1958 auf das erste Ordinariat für Politische Wissenschaft an der Universität München berufen worden und begann den Aufbau eines philosophisch gedachten Instituts für Politikwissenschaft.<sup>299</sup> Er kam als Konservativer, der gleich bei seiner Antrittsvorlesung heftige Kritik auf sich zog, weil er Karl Marx einen „intellektuellen Schwindler“ geheißen hatte. Die Süddeutsche Zeitung warf ihm Irrationalismus und „simplifizierende Polemik“ vor.<sup>300</sup> Eric Voegelin war Wilhelm Hennis, den er beeinflusst hatte, geistesverwandt, wo er das gesamte moderne politische Denken als Verfall des vorneuzeitlichen „Ordnungswissens“ radikal verwarf. Sein hochambitioniertes, geistespolitisches Programm einer restaurativen „Neuen Wissenschaft der Politik“ ging aus von der zu überwindenden Selbstvergottung des Menschen, symbolisch vorgeprägt in der christlichen Eschatologie und beginnend mit dem Diesseitsbezug eschatologischer Erwartung „vom mittelalterlichen Immanentismus über den Humanismus, die Aufklärung, den Progressivismus, Liberalismus, Positivismus zum Marxismus“. In diesem Sinne nannte er den „Gnostizismus das Wesen der Modernität“. „Der Totalitarismus“, schrieb Voegelin, „als existentielle Herrschaft gnostischer Aktivisten ist die Endform der progressiven Zivilisation.“<sup>301</sup> Mit seiner umfassenden Einordnung von Kommunismus und Nationalsozialismus in eine vorwärtswühlende und autoritätszersetzende Moderne, die von Gott abgefallen sei und „politische Religionen“ an seine Stelle gesetzt habe, stand er dem katholischen Konservatismus durchaus nahe und weckte Interesse bei Münchner Philosophie- und Rechtsprofessoren, die seine Berufung förderten. Dennoch blieb er isoliert. Nicht nur scheiterten seine beim Kultusministerium fordernd vorgetragenen Ausbaupläne des Instituts daran, dass er praktische Anforderungen der politischen Bildung und Lehrerausbildung schroff zurückwies. Nicht nur fühlte er sich, wenn Kritik an seiner eigenwilligen Person, an seinem elitären, hochfahrenden Habitus laut wurde, nervös reagierend

<sup>297</sup> Zitiert nach Hans Maier: Ein Schwieriger zwischen den Fronten. Politikwissenschaft in universalistischer Absicht: Erinnerungen an Eric Voegelin. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. April 2000.

<sup>298</sup> Dies die Interpretation von Maier, ebd.

<sup>299</sup> Zu den Umständen der Berufung Voegelins, die schon auf das Jahr 1952 zurückgingen, Thies Marsen: Zwischen „Reeducation“ und Politischer Philosophie. Der Aufbau der Politischen Wissenschaft in München nach 1945. München 2001, S. 110ff., 139ff.

<sup>300</sup> Vgl. ebd., S. 155f.

von „Nazidreck“ umgeben. Der jüdische Wiener Gelehrte, der 1938 durch den Nationalsozialismus vertrieben wurde, konnte und wollte auch und vor allem für sein universales Ordnungsdenken im traditionellen deutschen Staatsbegriff keinen positiven Ankergrund finden, geschweige denn im Nationalstolz einer durch Reeducation gekränkten akademischen Klasse. „Zwischen den sitzengebliebenen Dummköpfen der Tradition und den apokalyptischen Dummköpfen der Revolution ist es in Deutschland schwer, geistig frei zu arbeiten“, erklärte er.<sup>302</sup> 1969 verließ er die Bundesrepublik und kehrte nach Amerika zurück.

---

<sup>301</sup> Eric Voegelin: Die Neue Wissenschaft der Politik. Eine Einführung. München (4)1991, S. 182f., 191.

<sup>302</sup> Zit. nach Marsen: Zwischen „Reeducation“ und Politischer Philosophie, S. 186.